

TAGESSCHAU

POLITIK

Kreml sagt Nein: Die Sowjetunion hat erneut sowohl den amerikanischen Vorschlag in Genf zum Verbot der chemischen Waffen als auch die NATO-Vorschläge bei den Verhandlungen in Wien über eine Truppenreduzierung in Mitteleuropa deutlich zurückgewiesen. (S. 12)

Barzel zu Berlin: Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) will bei einer offiziellen Kontaktaufnahme zwischen dem Bundestag und der Volkskammer in Ost-Berlin strikt und ohne jede Nachgiebigkeit auf der „Gleichberechtigung und Gleichberechtigung“ der 22 Berliner Bundestagsabgeordneten beharren. (S. 4)

Papst-Reise: Die tschechoslowakischen Behörden wollten einer Reise von Papst Johannes Paul II. nach Prag zustimmen, wurde aus Prag gemeldet. Offizielle Stellungnahmen des Vatikans lagen zunächst nicht vor.

Brief an Honecker: Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat in einem Brief an den SED-Chef gegen das Kohlekraftwerk bei Buchhaus protestiert.

Hauptstadt Jerusalem: Das israelische Außenministerium weist den Aufruf des Papstes zurück, die israelische Hauptstadt wegen der heiligen Stätten internationalen Recht zu unterstellen. Jerusalem sei die „ewige Hauptstadt des Staates Israel“. Erstmalig in ihrer Geschichte sei es den Gläubigen aller drei Religionen möglich, freien Zugang zu den heiligen Stätten zu erhalten. (S. 3)

Reagan-Reise: Der Präsident bereitet sich in Honolulu auf seine China-Reise am Donnerstag vor. Auf Hawaii sagte Reagan, seine Mission sei ein „vorsichtiger, doch sicherer Schritt zu Frieden und Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volk“. (S. 12)

Tschad: Libyen soll nach Berichten westlicher Diplomaten den Norden des Tschad annektiert haben. In dem Gebiet seien Volksaufstände nach libyschem Vorbild errichtet worden.

Hinter: Thailands Ministerpräsident Prem Tinsulanonda besucht die Bundesrepublik Deutschland. - Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth in Japan.

ZITAT DES TAGES



„Wer bei der Urabstimmung nicht mit Nein stimmt, macht sich mitschuldig am Verlust tausender von Arbeitsplätzen“

Dieter Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall zu den von der IG Metall angekündigten Urabstimmungen als Vorbereitung für einen Streik um die 35-Stunden-Woche. FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Bundesbank: Starnes Aktienrecht, Mitbestimmung auch in kleinen Gesellschaften und zu geringe Aktivitäten der Banken macht die Bundesbank dafür verantwortlich, daß der deutsche Aktienmarkt eine vergleichsweise geringe Rolle für die Unternehmensfinanzierung spielt. (S. 13)

Leistungssehe in Tokio: Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff

und der japanische Premierminister Nakasone nahmen an der Eröffnung der Leistungsschau von mehr als 500 deutschen Firmen teil. (S. 13)

Geißler: Der Familienminister Heiner Geißler (CDU) fordert in einem WELT-Gespräch (S. 13) zusätzliche Entlastung für die Familienlastenausgleich von etwa drei Milliarden Mark.

KULTUR

Elite-Hochschulen: Der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Berchem, spricht sich dafür aus, daß sich staatliche wie private Anstrengungen vorrangig auf die bestehenden staatlichen Hochschulen konzentrieren sollten, die nicht nur die Hauptbelastungen tragen, sondern auch das Hauptpotential in Forschung und Lehre stellen. (S. 17)

Karfreitags-Premiere: Duster und schwerer von Verhängnis stellt sich an der Deutschen Oper Berlin Debussys lyrisches Drama „Pelléas und Mélisande“ in der Inszenierung von Götz Friedrich dar. Die Karfreitags-Premiere in seinem neuen Hans entspricht ohne größere Modifikationen seiner Ausarbeitung des Pelléas für Stuttgart vor fünf Jahren.

SPORT

Reiten: Neuer Weltcup-Sieger der Springerreiter wurde in Göteborg überraschend der erst 19 Jahre alte Kanadier Mario Deslauriers auf Aramis. Michael Hüping (Itzeho) wurde auf Silbersee Vierter, Fritz Ligges (Ascheberger) auf Ramzes 21.

Motorsport: Der schwedische Ex-Weltmeister Björn Waldegaard (Toyota-Turbo) gewann die 32. Safari-Rallye durch Kenia, den vierten Weltmeisterschaft-Lauf. Der Finne Aaltonen (Opel Manta) wurde Zweiter.

Eishockey: Der Kölner EC ist zum dritten Mal Deutscher Meister. Vor 6500 Zuschauern schlugen die „Haie“ im erstmals notwendigen fünften Endspiel den EV Landshut entscheidend mit 5:0 (1:0, 2:0, 2:0). (S. 10)

Tischtennis: Neuer Europameister wurde in Moskau Ulf Bengtsson. Der Schwede hatte beim TTC Grenaa in der Bundesliga gespielt, bekam aber wegen fehlender Spielstärke in der Bundesrepublik Deutschland keinen neuen Vertrag mehr. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Bus-Stopp: Deutsche Autos finden in Frankreich reisenden Absatz. Deutsche Autobusse, ebenfalls stark beliebt, gelangen nur schlecht an die Kunden. Der Grund: Die französischen Behörden wehren sich mit Händen und Füßen gegen die rollenden Luxusriesen, weil sie dem maroden Bus-Hersteller Renault zu große Konkurrenz machen. (S. 18)

Erdbeben: In der Toskana: Insgesamt 29 Erdstöße haben an Ostern bei Einzelheimen und Touristen in Pisa und der westlichen Toskana für Panik gesorgt. Das Beben richtete jedoch keine größeren Schäden an.

Wetter: Durchweg sonnig; von 15 Grad an der See bis 25 Grad am Oberrhein.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mitterrand und Marchais - Man schiebt sich gegenseitig die Scheidungsklage zu. S. 2

Brasilien: Die Präsidentenwahl - In tiefer Misere rufen sie nach „Diretas“. S. 3

Landesbericht Berlin: Legalisieren oder Räumen - das ist für den Senat die Frage. S. 4

Ägypten und Israel: Mit Eifer sucht Kairo die arabische Solidarität. S. 5

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

Papst: Osterbotschaft appelliert an Kräfte des Friedens - „Solidarität“ unterstützt. S. 12

Fernseher: Östliche Schocktherapie - Moskau KW-Sender „Frieden und Fortschritt“. S. 18

Münchener Kammermusik: „Woyzeck“-Inszenierung - Himmelt sind sie alle. S. 17

China: Domestiken - ein Relikt des Kapitalismus überlebt auch im Kommunismus. S. 18

WELT-REPORT Thailand: Dieses Entwicklungsland kalküliert kühl, was es benötigt. S. 14

Belgrad setzt Intellektuelle unter Druck. Drohen Unruhen?

Djilas festgenommen und scharf verwahrt / Hintergrund: Die Wirtschaftskrise

C. GUSTAF STRÖHM / DW, Wien

Das kommunistische Regime in Jugoslawien versucht offensichtlich, die Intellektuellen im Lande unter verschärften Druck zu setzen. So wurde am Abend des Karfreitags der prominente Regimekritiker Milovan Djilas in Belgrad von der Polizei festgenommen und 19 Stunden lang in Gewahrsam gehalten. Mit ihm wurden 27 weitere Personen - alles Intellektuelle - festgesetzt.

Djilas - bis zu seinem Bruch mit dem kommunistischen System 1954 einer der engsten Mitarbeiter Titos, Verhandlungspartner Stalins und Mitglied des Politbüros der KP Jugoslawien - wurde im Verlauf der Aktion in den Nachtstunden des Samstags von Beamten des jugoslawischen Staatssicherheitsdienstes vorübergehend in seine Wohnung eskortiert, wo zwischen Mitternacht und vier Uhr morgens eine Hausdurchsuchung stattfand. Dabei wurden von der Polizei, wie Djilas später telefonisch der WELT mitteilte, zahlreiche Bücher und Manuskripte beschlagnahmt. Anschließend wurde Djilas in einem Polizeigebäude festgehalten, wo er, bewacht von zwei Beamten, auf einem Stuhl sitzen mußte, bis er am frühen Nachmittag des Karfreitags

freigelassen wurde. Wie Djilas gegenüber der WELT erklärte, sei er scharfstens verwahrt und aufgefordert worden, Kontakte zu oppositionellen Kreisen in Jugoslawien zu meiden und keinerlei Interviews mehr über jugoslawische Zustände zu geben.

Mehrere der gleichzeitig mit Djilas verhafteten Personen waren noch während der Osterferien in Haft und

SEITE 2:
Nervosität in Belgrad
Seite 5:
Moskaus Ziel

wurden verhaftet, wobei ihnen offenbar „staatsfeindliche“ Aktivitäten vorgeworfen werden.

Zu der spektakulärsten Polizeiaktion, die Belgrad seit Jahrzehnten erlebt hat, war es gekommen, als sich in einer Privatwohnung ein Personenkreis versammelt hatte, um ein Referat von Djilas zum Thema „Die nationale Frage in Jugoslawien“ zu hören. Der Kreis, der diesen Vortrag organisierte, ist den jugoslawischen Behörden seit langem bekannt. Seit etwa zwei Jahren veranstalten jüngere Intellektuelle, Künstler und Journalisten in Belgrad solche privaten Vorträge und Diskussionsabende. Teil-

nehmer sind Personen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Ausrichtung: von nonkonformistischen Marxisten und Sozialdemokraten bis zu Liberalen und Konservativen.

Bisher waren diese keineswegs „geheimen“ Diskussionsabende von der Polizei und den Behörden niemals befragt worden. Die Themen der Abende reichten von weltanschaulich-philosophischen bis zu wirtschaftspolitischen und allgemeinen politischen Fragen, wobei natürlich die schwere Krise des jugoslawischen Systems nicht ausgespart wurde. Keinesfalls handelte es sich bei diesem Kreis um irgendeine oppositionelle „Aktionsgruppe“, was schon angesichts der heterogenen Zusammensetzung nicht vorstellbar wäre.

Der Belgrader Diskussionskreis - den man etwa mit der scherzhaft in Polen verbreiteten „fliegenden Universität“ vergleichen könnte - hatte unlängst einen Vortragabend über den „Fall Djilas“ veranstaltet, bei dem der Dissident und ehemalige Tito-Vertraute allerdings nicht anwesend war. Im Anschluß daran beschloß man, Djilas selber zu einem Referat und einer Diskussion einzuladen. ● Fortsetzung Seite 12

Libyer harren in ihrer Botschaft aus

Opposition kritisiert Londons Zögern beim Abbruch der Beziehungen mit Tripolis

FRITZ WIRTH, London

Großbritannien hat am Sonntag die diplomatischen Beziehungen mit Libyen abgebrochen, doch die Krise um die belagerte libysche Botschaft in Londoner Stadtzentrum ist damit noch nicht beendet. Ein Sprecher der 20 bis 30 Insassen des sogenannten „Volksbüros“ gab am Montag bekannt, daß sie bis zum letzten Termin in ihrem von Polizei umstellten Gebäude ausharren wollen. Die ihnen von der britischen Regierung gestellte Frist zur Räumung des „Volksbüros“ läuft am kommenden Sonntag um Mitternacht ab.

Dagegen haben die 26 Diplomaten in der britischen Botschaft in Tripolis bereits begonnen, ihre Koffer zu packen. Sie werden spätestens am Sonntag Libyen verlassen haben.

Die schwere Krise zwischen beiden Ländern hatte am letzten Dienstag begonnen, als ein Insasse des „Volksbüros“ mit einer Maschinenpistole aus dem Fenster der libyschen Mission heraus auf Anti-Khadafi-Demonstranten und britische Polizisten schuß. Dabei wurden eine britische Polizistin erschossen und elf De-

monstranten verletzt. Die britische Regierung ist am Montag von Oppositionspolitikern wegen ihres langen Zögerns bis zum gestrigen Beschluß scharf kritisiert worden. Der SDP-Parteichef und ehemalige Außenminister David Owen hatte bereits vor sechs Tagen die gleiche Aktion vorgeschlagen, die nun am Sonntagabend

SEITE 3:
Geduld mit Khadafi
Seite 7:
Vorposten Moskaus

von der britischen Regierung verkündet wurde.

Ausschlaggebend für das lange Zögern der britischen Regierung war die Sorge um das Schicksal der 8500 britischen Staatsangehörigen, die zur Stunde in Libyen leben. Der Versuch, wegen dieser Briten mit Khadafi zu einer Verhandlungslösung zu kommen, wurde am Wochenende abgebrochen, als man erkannte, daß der libysche Regierungschef zu keinerlei Konzessionen bereit war.

Die endgültige Verhängung der britischen Krisen-Strategie wurde

schließlich durch das Bombenattentat auf dem Terminal 2 des Londoner Flughafens Heathrow am vergangenen Freitag herbeigeführt, bei dem 25 Personen verletzt wurden. Die Bombe explodierte im Gepäckaufbewahrungsraum des Terminal 2, in dem vornehmlich europäische Fluggäste abgefertigt werden.

Obwohl Scotland Yard bisher keine endgültigen Beweise hat, vermutet man, daß die Täter aus Libyen kommen. Der Sprengsatz in Heathrow hat nach Angaben der britischen Polizei starke Ähnlichkeit mit dem Sprengsatz, der im letzten Monat in einem Restaurant in der Londoner Innenstadt explodierte. Auch damals wiesen alle Spuren auf libysche Terroristen hin.

Es ist außerdem kein Zufall, daß sich die britische Haltung in dieser Krise nach der Rückkehr der britischen Premierministerin Margaret Thatcher von einer Auslandsreise am Wochenende erheblich verschärfte. Frau Thatcher empfand es als untragbar, daß Teile der Londoner In-

DER KOMMENTAR

Gastgeber

ENNO v. LOEWENSTERN

Unser allzeit mobiler Bundesaußenminister hatte sich eben bei Khadafi angesagt, als die Bombe platzte und als, vorher, der Feuerhagel aus der libyschen Botschaft demonstriert, welche einen Gastgeber der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland sich da ausgesucht hatte. Nun hat Genscher gewiß nicht liberal und libysch verwechselt, wahrscheinlich meint er - dergleichen hört man ja immer wieder -, daß man mit solchen Machthabern Geschäfte machen könne und sie daher nicht ins östliche Lager wegschleppen solle; schließlich sitzt Khadafi auf einer Menge Öl und an einem strategisch wichtigen Punkt.

Andererseits kann Genscher nicht gut sagen, daß die Londoner Vorfälle für ihn überraschend gekommen seien. Khadafi hat schon in Bonn Wunder gewirkt, wo ein Mann auf offener Straße erschossen wurde und andere im libyschen „Volksbüro“ gefoltert wurden. Khadafi hat sich öffentlich gerühmt, Terroristen in aller Welt zu finanzieren, von Nordirland bis zu den Philippinen. Er war mit in erster Linie gemeint, als die Amerikaner vor dem neuen Weltproblem des Terrorismus zu warnen begannen, den Staaten (anstelle einzelner Banden) betreiben. Sein Regime ist das erste, zu dem die Amerikaner eben wegen

seiner weltweiten Terrorumtriebe die Beziehungen abbrechen. Moskau wiederum bemühte sich um ein Alibi für ihn, indem es die Londoner Schüsse auf - Reagan zu schieben suchte.

Nun haben auch die Briten ihre Beziehungen zu Khadafi abgebrochen, nachdem dieser verhindert, daß die britischen Behörden den Mordanschlag aus der Botschaft aufklären und sühnen konnten. Mehr noch: es gibt massive Hinweise dafür, daß Khadafi die Schüsse anordnete und vom Bombenanschlag auf dem Flughafen zumindest als Komplize wußte, selbst wenn die Tat nicht von Libyern, sondern von Iren begangen worden sein sollte.

Es ist schwer zu erkennen, wie Bonner Bemühungen um die Gunst dieses sonderbaren Propheten dazu beitragen könnten, ihn in irgendeinem Rahmen westlicher Zivilisation zu halten oder ihn irgendwelcher Verbrechen zu entmachten. Nicht nur sollte Genscher seine Besuchspläne schleunigst überprüfen. Er sollte auch mit den Verbündeten klären, was wir zur Eindämmung weiterer Mordanschläge aus dieser Richtung beitragen können. Das ist auch eine Frage des politischen Stils. Da ist manches in Ordnung zu bringen, wenn diese Regierung sich den Respekt des Aus- und auch des Inlands erhalten will.

Arbeitskräfte: Bedarf steigt weiter an

adh. Frankfurt

Der Bedarf an Arbeitskräften nimmt weiter zu. Das folgt der Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht aus der aktuellen konjunkturellen Entwicklung. Auch die Situation am Arbeitsmarkt deutet daraufhin: Zwar sank im März die Zahl der Arbeitslosen weniger als sonst um diese Jahreszeit, doch ging die Zahl der Kurzarbeiter im März auf 618 000 zurück; das sind rund 400 000 weniger als Mitte März 1983. In die gleiche Richtung weist der weiter gestiegene Bestand an offenen Stellen.

Weiter nach oben ging es in den ersten beiden Monaten des Jahres nach dem Bericht auch mit der gewerblichen Produktion. Getragen wird diese „anhaltende Aufwärtsentwicklung“ von der lebhafteren Wirtschaftstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe bei freilich sehr unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Bereichen. Auch im Investitionsgütergewerbe war die Tendenz nicht einheitlich: Aus den dort im Januar und Februar besonders stark angestiegenen Aufträgen schließt die Bundesbank jedoch auf eine zunehmende Investitionsneigung im In- und Ausland. Insgesamt gingen, saisonbereinigt, 2,5 Prozent mehr Aufträge ein als im vorangegangenen Zweimonatsabschnitt. Im Februar sorgten für einen Anstieg nur noch die Auslandsaufträge. Die Inlandsaufträge zogen nicht weiter an. Während die Aufträge an das Verbrauchsgütergewerbe anwuchsen, sanken die Aufträge an das Investitionsgütergewerbe ein Rückgang zu verzeichnen.

Seite 13: Flexiblere Gestaltung

Lenin-Gedenken: Tschernenkos Protegé spricht

DW, Moskau

Mit einer Festveranstaltung im Kongreß-Palast des Kreml hat die Sowjetführung über Ostern den 114. Geburtstag von Lenin gefeiert. Dabei hat in Anwesenheit von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko das bislang relativ unbekannte Politbüro-Mitglied Wladimir Dolgich die Festansprache gehalten. Dies signalisiert nach Ansicht von Moskau-Kennern, daß der 56jährige an einem Wendepunkt in seiner politischen Karriere steht. Es bedeutet zugleich, daß Tschernenko innerhalb der Führungsmannschaft der UdSSR weiter durchgesetzt hat. Dolgich gilt seit längerem als enger Vertrauter Tschernenkos.

Die Gedenkrede für Lenin halten zu dürfen, war schon in den vergangenen Jahren immer wieder ein Zeichen für die wachsende Bedeutung des Redners. Als Tschernenko 1981 von dem damaligen Staats- und Parteichef Breschnew als Nachfolger favorisiert worden war, hielt er selbst die Rede. Ein Jahr darauf sprach Andropow die Gedenkworte.

Dolgich stammt wie Tschernenko aus Sibirien. Dort begann auch seine politische Karriere. Er war schon in den siebziger Jahren als möglicher Nachfolger von Ministerpräsident Tichonow angesehen worden. Heute ist Dolgich im Parteisekretariat für die Schwerindustrie zuständig. Er scheint ein Kompromißkandidat zwischen rivalisierenden Gruppen im Kreml zu sein. Er gilt erneut als Bewerber um die Nachfolge Tichonows.

Angriffe auf USA bei Ostermärschen

Union kritisiert Epplers Antiamerikanismus / SPD: Friedensbewegung „kritischer Verbündeter“

gfa, Frankfurt

An den diesjährigen Ostermärschen haben nach Angaben der Veranstalter seit Karfreitag täglich rund 100 000 Menschen teilgenommen. Zur Teilnahme an den Demonstrationen mit Schwerpunkten im Ruhrgebiet, in Hamburg - wo trotz des Frühlingswetters weniger Teilnehmer als erwartet kamen -, im Frankfurter Raum, im Hunsrück und in der Nähe von Stationierungsorten amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Baden-Württemberg hatten Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und die „Friedensbewegung“ aufgerufen.

Die „Friedensbewegung“ demonstrierte „wieder einmal vor den falschen Kasernen“, erklärte der CDU-

Politiker Jürgen Todenhöfer zu den Demonstrationen, bei denen eine Gruppe mit Gewalt in den US-Stützpunkt Mutlangen vorgedrungen

SEITE 2:
Unverantwortlich
Seite 5:
Empörung in Hunsrück

war. Die „deutschen Demonstrationstouristen“ machen sich damit zu nützlichen Idioten der Sowjetunion. Die Demonstranten wurden von deutscher Polizei festgenommen. Auf entschiedene Kritik stieß bei der Union auch die Verbalattacke des SPD-Vorstandsmitglieds Erhard Eppler, der in Duisburg der Regierung Präsident Ronald Reagans unverantwortli-

chen und fahrlässigen Umgang mit der Macht vorgeworfen hatte. Der stellvertretende CDU-Sprecher Walter Brückmann hielt Eppler dessen „fast krankhaften Antiamerikanismus“ vor. Mit solchen Ausfällen erziehe sich die „Friedensbewegung“ von selbst.

CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen verwies auf die kommunistische Unterwanderung der sogenannten „Friedensbewegung“. Der DKP sei es gelungen, „Ihre Vertrauensleute an den organisatorischen Schlüsselstellungen“ zu platzieren. Der sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, erklärte dagegen, die SPD sehe in der „Friedensbewegung“ einen „kritischen Verbündeten“.

erdgas
IST EINE SAUBERE SACHE.

DER ERDGAS-ENERGIESPAR-SERVICE: 02 01/184 31 33.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unverantwortlich

Von Enno v. Loewenstern

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche, das läßt zu österlichen Wanderungen ein. Die Veranstalter versichern hoffnungsvoll, es seien hunderttausend gewesen. Selbst wenn die Zahl stimmen sollte – die hohe Zeit der Marschierer ist mit dem Nachrüstungsbeschluss endgültig vorbei. Also suchen die Hinterbliebenen sich bei Stimmung zu halten, indem sie die milden Frühlingslüfte mit grober Sprache verunreinigen.

In den zwei Jahrhunderten ihrer eindrucksvollen Geschichte, erzählt uns Erhard Eppler, „haben die Vereinigten Staaten noch nie eine Regierungsmannschaft gehabt, die mit so viel Macht so unverantwortlich und so fahrlässig umgegangen wäre wie diese Reagan-Mannschaft.“ Nun kann nicht jeder die Geschichte der Schutzmacht des freien Westens kennen. Aber selbst Eppler mußte wenigstens ihre letzten Jahrzehnte kennen und bei dem Gedanken schauern, daß die von ihm mit aufgezogenen Friedenshelden ausgerechnet eine Kaserne mit dem Namen Lucius D. Clay blockierten.

General Clay war 1948 an führender Stelle beteiligt, als die Vereinigten Staaten ihre Macht einsetzten, um das von den Sowjets blockierte Berlin zu retten. Hätten die Amerikaner die Stadt nicht gegen diesen militärischen Angriff verteidigt, so hätte die UdSSR das nächste Ziel angedroht: Westdeutschland. Dann gäbe es heute keine Demonstrationen in diesem Land mehr, sondern nur noch befohlene Aufmärsche.

Die Leistung freilich wäre dieselbe. Karsten Voigt, der die „Friedensbewegung“ als „kritischen Verbündeten der SPD“ anpries, beklagte, daß die Union erneut auf die kommunistische Steuerung der Aufmärsche hingewiesen hat. Aber gerade der unkritische Verbündete der DKB-Regisseure mußte wissen, wie richtig dieser Hinweis ist. Denn Hamburgs SPD-Regierung hat einem Ostpion Hafturlaub gegeben, eigens damit er Eppler und Voigt bei ihren Osterveranstaltungen unterstütze. Das war nicht fahrlässig, das war vorsätzlich.

Nervosität in Belgrad

Von Carl Gustaf Ströhm

Unter jeder Staatsform gibt es eine Regierung und eine Opposition. Der Unterschied zwischen den Staatsformen besteht darin, daß die Opposition entweder im Parlament sitzt oder im Gefängnis. In Belgrad haben die Sicherheitsbehörden den 73-jährigen Milovan Djilas neunzehn Stunden lang festgehalten, ohne daß er die Möglichkeit erhielt, sich auch nur einmal hinzulegen – er mußte buchstäblich die ganze Zeit auf einem Stuhl sitzen. Überdies wurde seine Wohnung durchsucht und Bücher sowie Manuskripte wurden beschlagnahmt.

Das einzige „Delikt“, das der frühere Partisanenführer, Tito-Vertraute und KP-Aktivist begangen hat und immer wieder begeht, seit er 1954 mit dem Kommunismus brach, ist der von George Orwell hinlänglich beschriebene Tatbestand des „Gedankenverbrechens“. Djilas hat sich kritisch bis vernichtend über die kommunistische Ideologie und Regierungspraxis geäußert. Nicht mit politischen Aktionen oder Untergrundaktivitäten, sondern nur durch das gesprochene und gedruckte Wort hat er sich weltweit Ruhm und Ruf erworben: Als politischer Denker, aber auch als bedeutender Schriftsteller. Ob es den jugoslawischen Kommunisten paßt oder nicht: Djilas ist heute neben Tito der in der ganzen Welt bekannteste Jugoslawe.

Auch diesmal war es ein „Gedankenverbrechen“, das man ihm zur Last legte: Er wollte mit jungen Belgrader Intellektuellen über das Nationalitätenproblem in Jugoslawien diskutieren. Das hat die Polizei mit einem Masseneinsatz und mit Massenverhaftungen, abgeriegelten Straßen und Einsatzfahrzeugen verhindert, als gelte es, eine Räuberbande auszuheben. Das ist kein Zeichen für Gelassenheit und Selbstsicherheit. Fürchtet die Führung, daß der Funke der Unzufriedenheit von den Intellektuellen auf die Bevölkerung überspringen kann?

Noch vor wenigen Wochen erklärte der bisherige jugoslawische Innenminister Dolanc, es sei nicht Aufgabe der Staatssicherheit, sich mit Dissidenten oder oppositionellen Meinungsäußerungen zu befassen. Muß man aus den Festnahmen schließen, daß jetzt ein schärferer Wind weht? Oder muß man aus der schnellen Entlassung von Djilas schließen, daß die Winde sich kreuzen? Das Prestige Jugoslawiens jedenfalls wird durch solche Aktionen keineswegs gehoben.

Dienstbare Regenten

Von Jürgen Liminski

Nun hat der syrische Präsident Assad seinen libanesischen Vasallen Amin Gemayel also dahin gebracht, wohin er ihn schon seit einiger Zeit führen wollte: An die Spitze einer Damaskus ergebenen und gefügigen Regierung. Mit den Rebellen – in Westeuropa nennt man sie häufig Oppositionspolitiker – Deschumblatt und Berri und möglicherweise Karame als Ministerpräsidenten eines neuen Kabinetts in Beirut kann Assad zum Teil zwei seines Unterwerfungsplans für Libanon schreiben. Dieser sieht die Stationierung syrischer Truppen auf dem gesamten Staatsgebiet Libanons vor und natürlich die Beendigung der israelischen Präsenz im Süden des Landes.

Diesem Plan werden sich die libanesischen Christen widersetzen. In Interviews und öffentlichen Erklärungen haben ihre Führer Schamoun und Fady Frem bereits ante festum darauf hingewiesen. Ihnen ist die Schwäche Gemayels, aber auch des Regierungssystems bekannt. Nur ein starker Präsident, der all seine Vorrechte ohne Rücksicht auf Einwände von außen oder von innen religiöser Gruppen im Lande durchsetzt, kann den Januskopf-Charakter des Systems verändern. Dieser besteht darin, daß der sunnitische Ministerpräsident die Entscheidungsgewalt mit seiner Rücktrittsandrohung blockieren kann.

Premier Wazzan verstand sich gut auf dieses Spiel. Sein Nachfolger Karame soll mit noch mehr Befugnissen ausgestattet werden und wird also je nach Belieben der Syrer den Fortgang der Beirut-Geschäfte beeinflussen können.

Damaskus kommt es vor allem auf den Mantel der Legalität an, mit dem das weitere Vorgehen im Nachbarstaat umhüllt werden soll. Wenn sich die Christen einer Ausweitung der syrischen Besatzung widersetzen, kann man sie nun öffentlich als Störenfriede und Rebellen absteampeln. Das mit umso größerer Wirkung, je enger sich die Beziehungen der Christen zu Israel gestalten. Jerusalem hat eine Existenzgarantie für die Christen abgegeben – wovon das europäische und zum Teil christdemokratisch regierte Europa in den neun Jahren Kriegswirren in Libanon bislang zurückgeschreckte.

In dieser Klärung der Fronten liegt aber auch eine Gefahr für Europa: Sollte Syrien seine Pläne mit militärischer Gewalt durchsetzen wollen, dann kann der Funke in Beirut alsbald das Pulverfaß der ganzen Region zünden.



Vom Winde verweht

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Gegenoffensive

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Kommt es im Mai zum großen Streik, dann geht es weniger um die 35-Stunden-Woche als um einen Sturmangriff von DGB und SPD. Beide wollen mit einer Offensive die politische Meinungsführung an sich reißen. Es läuft die Gegenkampagne wider die Wende in Bonn.

Ausgangspunkt ist das Wahlergebnis vom 6. März 1983. Helmut Kohl errang seinen überzeugenden Sieg, weil es ihm gelang, massiv in die Stammwählerschaft der SPD hineinzuwirken. Im Gewerkschaftsmilieu gab es bei den Arbeitern wie auch bei den Angestellten und Beamten etwa gleichgroße Einbußen für die Sozialdemokraten, wobei sich der Einbruch bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Großbetrieben in zwei Schüben vollzog, 1976 und 1983 (laut Infas).

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl lehrt, daß die SPD in ihrem politischen Niedergang den DGB in ihren Sog gezogen hatte. Das geschah, obwohl der DGB eine klare Entscheidung getroffen hatte. Als der SPD-Kanzler Helmut Schmidt an harten Sparbeschlüssen nicht mehr vorbeikam, gab der DGB der eigenen Identität Vorrang vor seiner traditionellen Loyalität gegenüber der SPD. Er spielte sich als Verteidiger des Sozialstaates auf und ging zur Regierung Schmidt in Opposition. Am 6. März 1983 hat das weder dem DGB noch der SPD etwas genutzt.

Nach dem Wahlergebnis kamen DGB und SPD zu dem Ergebnis, daß – nicht ohne eigenes Verschulden – den „Wirtschaftsliberalen“, angeführt von Helmut Kohl und Graf Lambsdorff, eine ideologische „Gegenreform“ zur sozial-liberalen Reformpolitik gelungen sei. Der Neokonservatismus sei großen Wählerschichten nicht als reaktionär, sondern als modern erschienen. Hellwache Sozialdemokraten und Gewerkschafter hätten es schon im Laufe des Jahres 1982 vorgezogen, wenn die SPD in die Opposition gegangen wäre, „weil sie hoffen, so ihre Loyalitätsprobleme zu Partei und Gewerkschaften lösen und deshalb gegen den Sozialabbau einer CDU/CSU-Regierung Front machen zu können“ (Hermann Scheer, Mitglied des SPD-Parteirates).

Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschafter gemeinsam zu dem

Schluss kamen, sie müßten den „Wirtschaftsliberalen“ die Meinungsführerschaft der Wende entreißen, dann ist die gemeinsame Gegenkampagne der nächsten Schritte. Da der DGB handlungsfähiger war als die SPD nach ihrem Wahlschick, fiel ihm die Aktion zu.

Als erstes brauchte der DGB ein Kampffeld. Er fand es in der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Diese Forderung ist das Solidarisierungsthema der freien Gewerkschaften in Europa und auch der SPD mit dem DGB. Als Kampffeld erschien diese ganz und gar unzeitgemäße Forderung gerade auch deshalb als geeignet, weil sie gegen die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder durchgesetzt werden muß. Die Funktionäre vertrauen auf die Macht ihres Apparates ebenso wie auf ihre manipulativen Führungstaktiken, für welche die Schein-Urabstimmungen der IG Druck und Papier ein Beispiel sind. Die Funktionäre glauben, sie könnten die geistige Führung in der Arbeitnehmerenschaft zurückerobern, wenn sie es schaffen, die gewerkschaftliche Solidarität für die 35-Stunden-Woche zu mobilisieren.

Die ideologische Vorbereitung des Aufmarsches zum Streik begann damit, daß der DGB die Regierung Kohl/Genscher als Kartell der finanzpolitischen Überkonsolidierung, der steigenden Arbeitslosigkeit, des massiven Abbaus von Sozialleistungen absteampelte. Franz Steinkühler, Vize in der IG Metall, malte das Gespenst von



Kann gut mit Kommunisten: Feriemonn

FOTO: DPA

sechs Millionen Arbeitslosen an die Wand, redete von Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften, bezichtigte die Arbeitgeber, unser Land mit Arbeitslosigkeit zu überziehen, verteilte die Gewinne als „Prämie“ für die Vernichtung menschlicher Existenzen und forderte eine sozialistische Wirtschaftspolitik mit volkswirtschaftlicher Rahmenplanung, Investitionslenkung, Sozialisierung der Schlüsselindustrie. Die IG Druck und Papier machte daraus ein gesellschaftspolitisches Programm: 35-Stunden-Woche plus veränderte Lohnstruktur plus radikal erweiterte Mitbestimmung in den Betrieben. Ihr Vorsitzender Feriemonn: „Ich muß feststellen, daß eine ganze Reihe von Kollegen, von denen ich weiß, daß sie Kommunisten sind, diese Linie ebenfalls vertreten; ich kann mit ihnen gut zusammenarbeiten.“ Der DGB-Bundesvorstand beschloß gemeinsame Aktionen aller seiner Gewerkschaften bis hin zu Sympathiestreiks für jene Einzelgewerkschaften, die zu den Waffen des Arbeitskampfes griffen. Die SPD solidarisiert sich total mit den Gewerkschaften.

Die politische Front gegen die bürgerlich-liberale Regierung in Bonn steht also. Es ist eine Front gegen die Wende, gegen die bereits erreichte Konsolidierung der Staatsfinanzen, gegen eine Wirtschaftspolitik, die mit dem Aufschwung langsam auch den Arbeitsmarkt entlastet.

Auf Seiten des DGB wird wieder das Doppelspiel der IG Metall und der IG Druck und Papier vorgeführt – wie 1976 und wie bei der Prozesslawine, welche diese beiden Gewerkschaften in Gang setzten, um den Arbeitgebern die Verteidigungswaffe der Abwehrsperre aus der Hand zu nehmen. Auch jetzt droht der DGB wieder eine gesellschaftliche Machtprobe an, falls die Arbeitgeber von ihrem verfassungsmäßigen Recht der Abwehrsperre Gebrauch machen.

Fazit: DGB und SPD mißbrauchen Auseinandersetzungen im Tarifbereich dazu, sich mit einem politischen Kraftakt aus der Defensive und Resignation zu befreien. Doch laut Infa-Test sind 77 Prozent der Arbeitnehmer gegen den Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche.

IM GESPRÄCH Willi Kollo

Berliner Evergreens

Von Giselher Schmidt

Elegentlich waren schon mal alle Kollo (die eigentlich Kollodzieyski heißen) unter einem Hut. So war es Anfang 1978 in der ZDF-Gedenksendung zu Walter Kollods 100. Geburtstag. Enkel René sang da „Was eine Frau im Frühling träumt“ nach der Musik des 1940 verstorbenen Großvaters und dem Text von Vater Willi.

So war es Mitte der sechziger Jahre in Braunschweig. René Kollo spielte da den Schlosserjungen Fritz Jüterbog in „Wie einst im Mai“, ursprünglich eine Fosse von Walter Kollo, die Willi neu gestaltet und selber inszeniert hatte.

Doch meist verliefen die Wege der Kollo ein wenig antithetisch. Das war schon in den zwanziger Jahren der Fall, als Walter Kollo seinem siebenjährigen Filis die künstlerische Betätigung unterlegen wollte. Willi machte sich prompt selbständig, wurde der jüngste Textdichter Deutschlands – zunächst für Peter Sachse Kabarett „Weiße Maus“. Schließlich merkte Vater Walter Kollo, was ihm entgegen war. Er ließ sich fortan die Texte nur noch von Sohn Willi schreiben. So entstanden mehrere Operetten, welche – wie etwa „Drei arme liebe Mädel“ – nicht nur im Berliner Theater am Nollendorfplatz, sondern auch am New Yorker Broadway lange Plätze und Kassen füllten. Das Kollo-Tandem zerbrach, als Willi selbst zu komponieren begann – zunächst für die James-Klein-Revue neben dem Admiralspalast, dann für das „Theater des Westens“. Manche von Willi Kollods Kabarettstücken wie „Lieber Leierkastenmann“ oder „Das war sein Müßli“ (für Claire Waldoff) wurden Evergreens. Willi Kollo wurde auch einer der frühesten Tonfilm-Komponisten. Bereits 1929 verfaßte er die Musik zu dem UFA-Streifen „Der Tiger“. Später schrieb er auch Film-Drehbücher.

Der in Königsberg geborene, aber seit dem vierten Lebensjahr – mit Unterbrechungen – in Berlin lebende Willi Kollo, der am 24. April 89 Jahre alt wird, steht keineswegs im Schatten von Vater und René. Was hat er nicht alles in seinem Leben angestellt! Da gründete er 1949 sein eigenes Theater in Hamburg-Eppendorf, brachte dort nicht nur sein musikalisches Lustspiel „Die hellgelben Handschuhe“ mit Harald Paulsen und Edith Schollwer heraus, sondern inszenierte auch seine Bearbeitung von „Frau Jenny Treibel“ mit Grete Weiser und Hardy Krüger.

Als Willi Kollo später merkte, daß Musikverlage, gegen die er erfolgreich prozessierte, seine und seines Vaters Melodien verstauben ließen, machte er sich als Verleger selbständig. Wie Vater Walter, der als Kirchenmusiker begonnen hatte, und wie Sohn René, der sich vom Schlagzeug zum Wagner-Sänger mauserte, so durchbrach auch Willi Kollo mitunter die Schranken zwischen der heiteren und der ernsten Muse. Eines seiner Dramen, „Eine Frau, die ich kannte“, stellte Heinz Hilpert im „Deutschen Theater“ in Göttingen vor.

Willi Kollo bezeichnete es einmal als sein Schicksal, „zwischen den Generationen zu sitzen“. So verwundert es nicht, daß er seine zweite Ehe mit einer Frau geschlossen hat, die halb so alt wie er und noch einige Jahre jünger als seine beiden Kinder ist.



Zwischen den Generationen: Willi Kollo

FOTO: DPA

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AL ACHRAM

Zu den Vorkämpfern um die libanesischen Nationalisten in Beirut ist er der libanesischen Kairoer Tageszeitung:

Die Barbarei, die in diesem Verhalten zum Ausdruck kommt, schadet der gesamten arabischen Welt und stellt sie als ein ungeheures Ungeheuer hin. Wenn die Araber Millionen Pfund aufgewendet hätten, um sich selber in Verruf zu bringen, hätten sie nicht so viel Erfolg gehabt wie diese rücksichtslosen Kugeln. Die ganze Welt sagt nunmehr: Schaut, das sind Araber, das ist ihre Demokratie, das ist die Art und Weise, in der sie auf andere Ansichten reagieren.

NÜRNBERGER Nachrichten

Zu Werner Fricke für die Bundeswehr heißt es hier:

Der Einberufung von Frauen, die laut Grundgesetz keinen Dienst mit der Waffe leisten dürfen, sind ebenfalls enge Grenzen gesetzt. Vertrieht Bonn auf eine tiefgreifende Strukturreform der Bundeswehr, also beispielsweise auf die Umstrukturierung der Truppe in Friedenszeiten, bleibt als Ausweg vor allem eine Verlängerung der Wehrdienstzeit, die gegenwärtig bei 15 Monaten liegt. Würden wehrfähige junge Männer künftig ganze zwei Jahre in die Kasernen beordert, ließe sich der Personalbestand um rund 73 000 Mann verringern. Ob ein solcher drastischer Schritt politisch durchsetzbar ist, muß indes bezweifelt werden. Auch Werner geht offenbar von einer Dienstzeit von künftig 18 Monaten

aus – die freilich brächte nur eine Bedarfserhöhung um etwa 32 000 Soldaten.

Die Presse

Zu den Beziehungen zwischen Ägypten und der UdSSR schreibt die Wiener Zeitung:

Ein solcher Schritt wird das Verhältnis zu Washington selbstverständlich nicht tangieren, er wird ebensowenig von Seiten des Kremls hochnotuliert werden. Das bleibt allem westlichen Freunden überlassen. Ja, man darf annehmen, daß selbst eine Figur wie Wladimir Poljakow, Chef der Nahostabteilung des sowjetischen Außenministeriums, damit nicht hofft, die Rolle einzunehmen, die sein Kollege im fernen Lusaka für Schwarzafrika einst zu spielen entschlossen war. Und die er inzwischen längst ab- wie aufgegeben hat.

LA REPUBBLICA

Die römische Tageszeitung führt die Festnahmen von Oppositionellen in Jugoslawien vor allem auf die schwere Wirtschaftskrise des Landes zurück.

Die Razzia gegen Djilas und Genossen könnte – bis zum Beweis des Gegenteils – eher ein verzweifelter Versuch sein, die unüberwindlichen Schwierigkeiten zu überbrücken. Schwierigkeiten, die unüberwindlich erscheinen, aber die Beginn eines regelrechten neuen Kurses der Repression und der administrativen Willkür. Damit die wenigen, aber anerkannten Freiheitskämpfer, die die Völker Jugoslawiens genießen können, getötet werden, scheint es unerlässlich zu sein, zu einer Kraftanstrengung zurückzukehren und eine politische Mobilisierung in Gang zu setzen.

Man schiebt sich gegenseitig die Scheidungsklage zu

Wer aber profitiert, wenn Mitterrand und Marchais brechen? / Von August Graf Kageneck

Das Katz- und Mausspiel in der Pariser Regierungskoalition geht weiter. Wie alle Kinderspiele, die zu lange dauern, nimmt es allmählich groteske Formen an und muß irgendwann in eine Kellerei ausarten. In der Umgebung des sozialistischen Premierministers Mauroy wird schon das Stichwort ausgegeben: „Das Maß ist voll.“

Und doch wurde am Donnerstag wieder der Bruch abgewendet. Es ist nämlich für beide Partner ungeheuer schwierig, die Verantwortung für die Scheidungsklage zu übernehmen und dem anderen einfach den Stuhl vor die Tür zu setzen auf die Gefahr hin, als „Verführer der Arbeiterklasse“ dazustehen. Nur deshalb wird das Weirisspiel fortgesetzt. Tisch- und Bettuch indes, die beide nur zusammengefügt werden können, sind zwischen Mitterrand und Marchais längst zerschnitten. Wie aber soll man's dem Kinde sagen? Vielmehr: den Kindern, den Hunderttausenden von Franzosen, die mit dem Sieg der Linkskoalition im Früh-

jahr 1981 die Morgenröte eines neuen Tages heraufziehen sahen und dem Schwur der Sieger glaubten, von nun an werde es in Frankreich eine „Alternanz an der Macht“ nur noch innerhalb der linken Parteien des politischen Spektrums geben, die „Macht des Geldes“ aber sei „endgültig gebrochen“.

Daß, ganz im Gegenteil, die Macht des Geldes – oder, um es in der Sprache der Erwachsenen auszudrücken, der Zwang der wirtschaftlichen Notwendigkeiten – ungebrochen herrscht, ist der Hauptgrund für die zunehmende Entfremdung zwischen Kommunisten und Sozialisten. Solange die realitätsfremden Forderungen des gemeinsamen Wahlprogramms nach radikaler Verstaatlichung, Auflösung des Beamtenapparates und dynamischer Tarifpolitik ohne Rücksicht auf Verluste und unter brutaler Schröpfung der „Reichen“ durchgesetzt wurden, gab es Filtterchen. Alle diese Punkte waren jahrelang zwischen beiden Parteien diskutiert und schließlich un-

ter dem Druck der Kommunisten festgeschrieben worden. Diese hatten 1978 noch kurz vor den Parlamentswahlen mit den Sozialisten gebrochen und damit einen sicheren Unversieg verspielt. Die Wahlplattform von 1981 kam nach der Aussöhnung zustande, folgerichtig unter dem Diktat der KPF.

Kein Wunder, wenn die kommunistische Kritik an der Regierungspolitik an dem Punkt einsetzte, an dem der sozialistische Wirtschaftsminister Jacques Delors zur Reiterei blies und dem ruhmlosen Volksbeglückungskurs der ersten Jahre mit einer Franc-Sanierung ein Ende setzte, die Frankreich vom Abgrund zurückführte. Von nun an wurde, so die KPF, „Austerität auf dem Rücken der Arbeiter“ gemacht. Die Kritik am neuen Kurs verdichtete sich von Jahr zu Jahr und wurde schließlich zum System. Sie machte auch nicht vor außenpolitischen Entscheidungen des Staatspräsidenten halt, etwa in der Abrüstungsfrage. Zum Sakrileg verstieg sie sich, als „die Partei

Moskaus“, wie man sie in der Sozialistischen Partei wieder zu nennen begann, die Einbeziehung der französischen Atomwaffen in die Genfer INF-Verhandlungen zwischen Sowjets und Amerikanern verlangte. Das war nicht nur der Politik Mitterrands diametral entgegengesetzt. Es entsprach wörtlich den Moskauer Forderungen.

Was mußte nun eigentlich noch geschehen, um das Faß überlaufen zu lassen? Es scheint, als könnte die Absage der Kommunisten an die Industriepolitik der Regierung die sprichwörtlichen Tropfen abgeben. In Lothringen steht Mitterrand vor der schwersten Herausforderung seiner bisherigen Amtszeit. In den nur zwei Jahren bis zu den nächsten Wahlen neue Arbeitsplätze für zwanzigtausend entlassene Stahlarbeiter zu schaffen, ohne daß eine entsprechende industrielle Infrastruktur vorhanden ist, ist eine übermenschliche Aufgabe. Wenn überhaupt – was äußerst zweifelhaft ist – dann kann sie nur be- wältigt werden, wenn die Regie-

rung an einem Strang zieht. Dies ist trotz der Betörung der Kommunisten, daß ihre vier Minister „loyal“ mitarbeiten, nicht der Fall. Sie kann nur politisch bewältigt werden, wenn die Arbeiter in Lothringen an ihren Erfolg glauben. Wie aber sollen sie das, wenn eine der Regierungsparteien der anderen vorwirft, einen „tragischen Irrtum“ zu begehen und eine „dramatische Politik“ zu machen?

Mag sein, daß die Kommunisten sich von einem Bruch neuen Zulauf und ein Abheben von der Talsohle erhoffen, in die sie seit 1978 an den Urnen geraten sind. Eine Chance haben sie nur, wenn es ihnen gelingt, den Sozialisten die Verantwortung zuzuschreiben. Werden diese darauf hereinfallen? Mitterrand hat am 4. April in seiner Pressekonferenz den Rubikon überschritten und eine neue ökonomische Politik mit klar sozialdemokratischen Zügen zur Rettung der Industrie verkündet. Diese kalkuliert den Bruch mit Marchais offenbar ein.

In tiefer Misere rufen die Brasilianer nach „Diretas“

Heute fällt in Brasilien die Entscheidung, ob der nächste Präsident vom Volk direkt gewählt werden wird. Die Chancen stehen schlecht, obwohl die große Mehrheit des Volkes Direktwahlen wünscht. Hinter dem Wunsch verbirgt sich Hoffnung auf einen Ausweg aus der verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Krise.

Von WERNER THOMAS

Es sind zwei denkwürdige Ereignisse gewesen. Am 10. April haben eine Million Menschen in Rio de Janeiro demonstriert und eine Woche später folgte in São Paulo eine noch größere Kundgebung mit 1,7 Millionen Teilnehmern. Gefordert wurde das gleiche: „Diretas, Diretas“, brüllte die Menge. Dieser Schlachtruf der Opposition mobilisierte in den letzten Monaten die gesamte Nation.

Es geht um die Wahl des nächsten Präsidenten. Wenn der General José Baptista Figueiredo seinen Willen durchzusetzen vermag, wird sein Nachfolger Anfang Januar noch einmal von einem Wahlmännnergremium bestimmt, wie das bisher so üblich war während der zwanzigjährigen Militärdiktatur. Erst der übermässige Staatschef soll dann vom Volk direkt gewählt werden, Ende 1988.

„Schluß mit der Halbdemokratie“, faucht Leonel Brizola, der forsche Gouverneur des Staates Rio de Janeiro, und verlangt eine Direktwahl (kurz „Diretas“) noch in diesem Jahr. Meinungsumfragen zufolge wünschen 80 Prozent der Brasilianer, daß sich die Streitkräfte sofort aus der Politik zurückziehen, unter ihnen Peler Socrates. Der begnadete Fußballstar aus São Paulo, will nicht für neun Millionen Dollar nach Italien auswandern, wenn das Parlament am heutigen Dienstag einen Antrag der Opposition auf Wiedereinführung der „Diretas“ billigen sollte.

Die letzten Prognosen für den Ausgang dieser Abstimmung: Die Initiative wird scheitern, weil die Stimmen zur notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit fehlen. Der Kampf kann sich wieder auf die Straße verlagern.

Im Hintergrund dieser hitzigen Debatten in diesen heißen April-Tagen steht die alarmierende Entwicklung Brasiliens vom Boom-Land der siebziger Jahre zum Pulverfaß Lateinamerikas Riese (131 Millionen Menschen, 8.511.965 Quadratkilometer).

ist verarmt, verschuldet und verzweifelt. Die Militärs sind geschwächt, gespalten und diskreditiert.

Die Nation leidet unter einer Führungskrise. General Figueiredo, der einst voller Optimismus sein Amt übernommen hatte, zählt resigniert die Tage bis zum Präsidentschaftswechsel im März nächsten Jahres.

Die Misere hinterließ überall ihre Spuren. Der Nordosten, das Armenhaus des Landes, erinnert an die schlimmsten Zeiten Indiens: Drei Millionen Menschen droht der Tod durch eine Dürrekatastrophe, deren Auswirkungen die finanzschwache Bundesregierung nicht rechtzeitig lindern konnte. Die brasilianischen Zeitungen schockierten mit Bildern, die ausgemergelte „Nortenos“ beim Verzehr von Ratten und Reptilien zeigten.

In der malerischen Zuckerhutmetropole Rio de Janeiro wuchsen die schäbigen Slumviertel wie Krebsgeschwüre. Auf den Straßen wimmelte es von fliegenden Händler, die das Problem des arbeitslosen und unterbeschäftigten Personenkreises dokumentieren, zwischen 40 und 50 Prozent der Brasilianer. Das Land kennt keine Arbeitslosenunterstützung. Zur Bankrottelle (täglich lassen 60 Betriebe in São Paulo und Rio Konkursverfahren einleiten) kommt eine beispiellose Verbrechenswelle, die Angst und Schrecken verbreitet. An Plünderungen von Supermärkten waren schon Tausende Menschen beteiligt.

Auch in den Mittelklasse-Bezirken Botafogo und Flamengo klagen die Menschen bitter. Die Vertreter dieser bisher stabilisierenden Gesellschaftsschicht verarmen rapide. In den letzten zwölf Monaten schrumpfte ihr Realeinkommen um etwa 50 Prozent. Der Schrumpfungspfeil kann anhalten: Die Inflation galoppiert zur Zeit im Tempo 230 Prozent.

Im Süden befindet sich das größte Wasserkraftwerk der Welt, die Itaipu-Anlage, die 12 Milliarden Dollar verschlang. Sie ist fertig, produziert jedoch nicht, weil niemand den Strom braucht. Das einst so stolze Projekt gilt heute als Symbol einer verhängnisvollen Entwicklungspolitik.

Die prominentesten Männer der Opposition, unter ihnen Brizola, Franco Montoro, der Gouverneur São Paulos, und Tancredus Neves, der Gouverneur der Provinz Minas Gerais, sind sich einig in ihrer Kritik: Die Streitkräfte hätten die Nation mit

Gewalt industrialisieren wollen und dabei die Landwirtschaft und die sozialen Probleme total vernachlässigt. Bedenkenlos sei Geld gepumpt worden, ohne die lähmenden Lasten der Rückzahlungsverpflichtungen oder mögliche Rezessionsphasen einzukalkulieren. Brasilien hält heute den Schuldenweltrekord, 100 Milliarden Dollar. Die Kritiker fordern ein radikal geändertes Entwicklungsprogramm, in dem kostspielige Prestigeprojekte keinen Platz mehr haben.

Es gärt. Die Lage ist explosiv. Eine Atmosphäre der Unsicherheit und Ungewißheit herrscht. Viele Brasilianer blicken besorgt in die Zukunft. Wenn Brasilien einmal aus den Fugen geraten würde, wäre Mittelamerika plötzlich ein Krisenherd von sekundärer Bedeutung.

Bisher hat sich jedoch das politische Klima erstaunlich wenig radikalisiert. Die meisten diplomatischen Beobachter beben diese Tatsache positiv hervor. Der Terrorismus, der in den sechziger Jahren das Land erschütterte und mit der Entführung des Bonner Botschafters Ehrenfried von Holleben (1969) einen Höhepunkt erreichte, ist nicht zurückgekehrt. Die Diretas-Demonstrationen verließen meist friedlich. Marxistische Gruppen blieben isoliert innerhalb dieser Volksbewegung, obgleich ihre Fahnen und Transparente bei den Kundgebungen in den ersten Reihen auftauchten.

Die Opposition will die Militärs nicht über Gebühr reizen. Man weiß, daß der rechte Flügel der Streitkräfte auch den übermächtigen Präsidenten nicht direkt gewählt haben will, weil er den Zivilisten mißtraut und Säuberungsaktionen à la Argentinien fürchtet. Der General Newton Cruz, der Militärbefehlshaber der Hauptstadt Brasília, und der Geheimdienstchef, General Octavio Medeiros, zählen zu ihren Wortführern.

Besonders ein Mann wirkt wie ein rotes Tuch auf die Uniformträger, Leonel Brizola. Im März 1964 war nicht zuletzt deshalb gepöbelt worden, weil Politiker vom Schlage Brizolas Brasilien auf Linkskurs gebracht hatten. Der ehemalige Sozialist, in der Zwischenzeit zum Sozialdemokraten konvertiert, spielt ironischerweise heute eine noch einflussreichere politische Rolle als damals. Wenn es Ende des Jahres tatsächlich Direktwahlen geben würde, wäre Leonel Brizola der wohl aussichtsreichste Kandidat. (SAD)



Christen in Jerusalem: Karfreitag auf der Via Dolorosa FOTO: AP

Zehntausende zog es zu Christi Grab

Ostern in Jerusalem: Zehntausende Pilger aus aller Welt kamen, um das Fest dort zu begehen, wo Jesus Christus gekreuzigt wurde und nach christlichem Glauben wiederauferstand.

Von EPHRAIM LAHAV

Wer zählt die Völker, nennt die Namen, die gastlich hier zusammenkamen, so konnte man an diesem Osterfest ausrufen, an dem sich dreißigtausend Pilger aus aller Welt in der Jerusalemer Altstadt drängten. Genaue Angaben, wie es ein ganz kleiner Winkel der Altstadt – die knapp einen Kilometer lange Via Dolorosa mit ihren vierzehn Leidensstationen, die Grabeskirche, unter deren Dach sich heute auch die letzten drei Stationen des Kreuzes, einschließlich Golgatha, befinden, sowie einige andere Kirchen, die mit der Passion verknüpft sind.

Zu den Besuchern aus dem Ausland gesellten sich noch Zehntausende einheimische Christen, denn diesmal – wie meist alle vier Jahre – fiel das Osterfest aller drei Zweige des Christentums – Westliche, Orthodoxe und Armenier – auf die gleichen Tage. Es schien sich in veränderter Fassung die talmudische Erzählung zu bewahrheiten, daß an Wallfahrts-Festen alle Einwohner des antiken Königreiches Israel nach Jerusalem zum Tempel strömten, „und niemals klagte einer, der Raum sei ihm zu eng“.

Besonders zahlreich waren diesmal organisierte Pilgergruppen aus Deutschland und den Vereinigten Staaten, aus Japan und den Philippinen. Doch beinahe alle Länder Europas und Amerikas waren vertreten. Die Reiseleiter, besorgt, daß sie im Gedränge ihre Schützlinge verlieren könnten, trugen weithin sichtbare Tafeln mit der Nummer ihrer Gruppe und schlangelten sich damit durch das Völker- und Sprachengewirr am Kreuzweg.

Schon am Gründonnerstag in den Nachmittagsstunden strömten Pilger zum „Stein der Salbung“, ein etwa sechs Meter langer und anderthalb Meter breiter Stein, der in den Boden des Atriums in der Grabeskirche eingelassen ist und auf dem der Leich-

nam Christi nach jüdischer Sitte vor dem Begräbnis gewaschen wurde.

Am Vormittag hatten die Priester der Grabeskirche Wasser auf den Stein gegossen. Jetzt kamen die Pilger und benetzten ehrfurchtsvoll die Hände oder berührten ihn mit Kleindien, die sie bei sich trugen. Viele andere knieten in Demut und überhäufte den Stein mit Küssen.

Siehe, denen kein Arzt mehr helfen kann, kamen, um Heilung zu suchen. Gelähmte ließen sich mit Rollstühlen in die Kirche bringen. Mütter kamen mit kranken Säuglingen. Ein Vater trug seinen 14-jährigen Sohn auf den Händen in das Heilige Grab, den eigentlichen Mittelpunkt der Kirche. Doch wer selbst gehen konnte, der mußte sich stundenlang anstellen, um zum Grab Einlaß zu gewinnen. Auch vor der schmalen Wendeltreppe, die rechts vom Atrium zu Golgatha, dem Hügel der Kreuzigung, führt, drängten sich Tausende von Pilgern. Die Schlangen reichten hinaus bis in den Vorhof der Kirche. Katholische und armenische Pfadfinder, unterstützt von israelischer Polizei, sorgten dafür, daß der Zugang zur Kirche nicht verstopft wurde. Unbekannt blieben die Detektive, die sich nach behördlicher Angabe unter die Menge mischten, um etwaige Attentäter rechtzeitig zu entlarven.

Am Karfreitag schritten zahllose Prozessionen den traditionellen Kreuzweg nach – von der Kapelle der Flagellation über die Via Dolorosa bis Golgatha. Ein Mitglied jeder Prozession trug ein schweres Holzkreuz – was übrigens historisch ein Irrtum ist. Neue Forschungen ergaben, daß Jesus nur den Querbalken des Kreuzes tragen mußte. Den senkrechten Pfosten hatten die römischen Soldaten schon vorher auf dem Kreuzigungshügel in den Boden gerammt.

Tausende begaben sich am Ostersonntag um fünf Uhr früh zur Begrüßung der Morgenröte am „Gartengrab“, eine der schönsten Zeremonien des Osterfestes. Es ist ein antikes Grab in der Nähe des Damaskustores, aber außerhalb der Stadtmauer, das von einigen protestantischen Theologen als das wahre Grab Jesu betrachtet wird. Doch die Mehrheit der Forscher hält es für das Grab des Josef von Arimathea. (SAD)

Fünf Tage lang hatte „Cobra“ mit Khadhafi Geduld

Der Mord an einer britischen Polizistin in London hat zum Abbruch der britischen Beziehungen zu Libyen geführt. Daß und warum bis zu diesem Schritt fünf Tage vergingen, wird in dieser Woche das Unterhaus beschäftigen.

Von FRITZ WIRTH

Plötzlich wollte „Cobra“ nicht mehr. „Cobra“ ist jene Institution, die seit sechs Tagen einen leichten Hauch von James Bond in die Libyen-Affäre hineingebracht hat. Das geheimnisvolle Wesen haust in den Kellerräumen des britischen Kabinetbüros im Zentrum des Londoner Regierungsviertels.

Der exotische Name beschreibt ein sehr unexotisches, aber höchst machtvoll politisches Gebilde. „Cobra“ ist die Abkürzung von „Cabinet Office Briefing Room“. Aktiviert wird es stets in Zeiten nationaler Krisen, beim Argentinien-Krieg beispielsweise, und seit dem letzten Dienstag, als vor dem libyschen „Volksbüro“ eine britische Polizistin ermordet wurde. „Cobra“ ist der bedeutendste britische nationale Krisenrat.

Zwei Stunden, nachdem am letzten Dienstag die Schüsse am St. James's Square gefallen waren, trat „Cobra“ zum ersten Mal zusammen. Fünf Tage war dieser Krisenrat auf „Appaseement“ mit dem unberechenbaren und exzentrischen libyschen Staatschef Khadhafi getrimmt, bis er dann am Sonntag nachmittags endgültig umfiel. Khadhafi die Tür zuschlug und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen beschloß.

Wie kam dieser Wandel zustande? Was war das auslösende Moment, und was geschah überhaupt in den letzten fünf Tagen in „Cobra“? Obwohl die Sitzungen dieses Krisenrats streng geheim sind, gibt es inzwischen die ein hinreichend klares Bild geben.

Daß „Cobra“ überhaupt fünf Tage brauchte, bis es aufhörte zu verhandeln und zu handeln begann, hat etwas damit zu tun, daß es in diesen ersten Tagen nur zweitrangig besetzt war. Normalerweise wird dieser Krisenrat von Margaret Thatcher geführt. Sie aber befand sich auf dem Weg zu einem Regierungsbesuch in Portugal, als die Schüsse im St. James's Square fielen, und Sir Geoffrey Howe verhandelte in Peking mit den Chinesen über Hongkong.

Zunächst setzten sich die Diplomaten durch

Also fiel die Krisenregie in die Hände des 44-jährigen Innenministers Leon Brittan. Brittan erschien am Dienstag aufgedunsen und voller Zorn im Krisenrat, nannte das Attentat eine „barbarische Gewalttat“ und wollte so schnell wie möglich in die Botschaft hinein, um den Mörder der Polizistin herauszuholen.

Zwei Stunden später war er abgekühlt. Besorgt hatte dies Staatsminister Richard Luce, der als zuständiger Falkland-Minister vor zwei Jahren zusammen mit Lord Carrington zurücktrat und nach der letzten Wahl von Margaret Thatcher wieder ins Außenministerium zurückgekehrt wurde.

Luce sorgte dafür, daß sich in den nächsten fünf Tagen in „Cobra“ die Ansichten und der Kurs der Diplomaten des „Foreign Office“ durchsetzen. Und diese Männer sind von Natur und Tradition aus auf „Appaseement“ gestimmt und äußerst zurückhaltend, die letzte diplomatische Waffe zu gebrauchen: den Abbruch diplomatischer Beziehungen.

Also begann – mit Hilfe arabischer Diplomaten aus Kuwait – eine diplomatische Scharade mit Khadhafi, der

nur zu begierig war, dieses Spiel mitzuspielen. Er wurde hier immerhin öffentlich wie ein Staatsmann behandelt und konnte Schlagzeilen in der Weltpresse machen. Die Briten gingen auf sanften Kurs, sprachen plötzlich nicht mehr von „Bedingungen“ zur Lösung der Krise, sondern nur noch von „Vorschlägen“.

Vier Mal wanderten diese Vorschläge zwischen Tripolis und London hin und her. Khadhafi wich keinen Zentimeter von seinem Kurs ab, spielte auf Zeit und beschuldigte inzwischen die Briten des Mordes an ihrer eigenen Polizistin.

Der Wandel in „Cobra“ kam am Samstag morgen. Margaret Thatcher war inzwischen aus Portugal zurückgekehrt. Wenige Stunden nach ihrer Rückkehr explodierte im „Terminal 2“ des Londoner Flughafens Heathrow ein Sprengsatz und verwundete 25 Zivilisten. Scotland-Yard-Chef Newman ließ sich wie im Vorbeigehen von Fernsehreportern interviewen und ließ kaum noch Zweifel, daß die Urheber dieses Attentats von Heathrow in Libyen zu finden seien.

Am Samstag nachmittags ging dann bei „Cobra“ die Antwort Khadhafis auf die letzten britischen Vorschläge ein. Die Briten hatten gefordert, daß die 20 bis 30 Insassen der Botschaft das Gebäude räumen, sich zur Befragung stellen und den Weg zur Befragung des Gebäudes im Bereich libyscher Diplomaten freigeben.

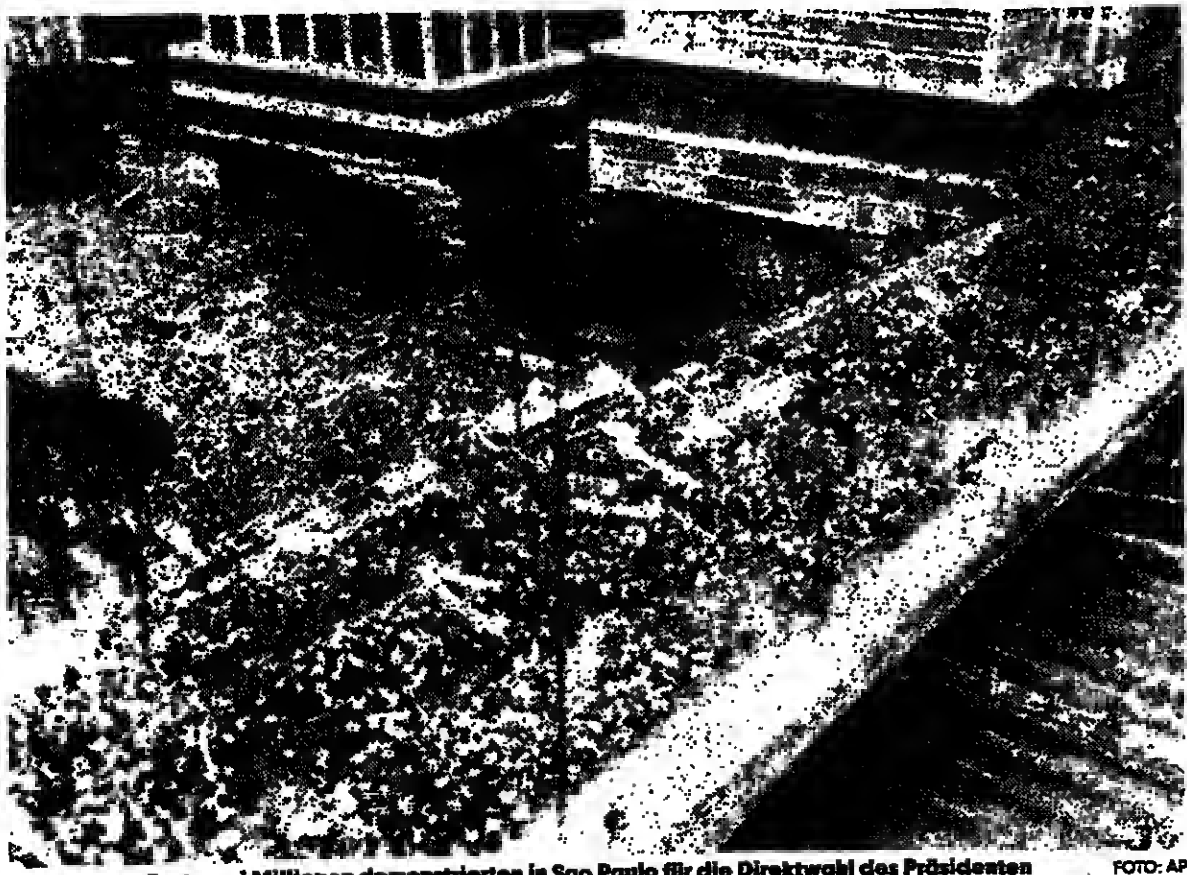
Statt dessen ließ Khadhafi über den britischen Botschafter in Tripolis, Oliver Miles, seine Gegenvorschläge zurückkabeln: er wolle eine libysche Untersuchungskommission nach London schicken. Sollte sie feststellen, daß irgendwelche Insassen des „Volksbüros“ eine Schuld trägen, sollten diese nach Libyen gebracht und dort vor ein Gericht gestellt werden.

Es war diese Antwort, die den Appaseement-Kurs des Foreign Office in „Cobra“ zusammenbrechen ließ. Der Vorschlag Khadhafis war den Briten nicht nur unakzeptabel, sie betrachteten ihn als eine Provokation. Hier versuchte nicht nur der Angeklagte die Rolle des Richters zu übernehmen, es war auch eindeutig klar, daß Khadhafi die alleinige Regie in dieser Krise führen wollte.

Am Samstag nachmittags noch fuhren Innenminister Brittan, Staatsminister Luce und Scotland-Yard-Chef Newman auf den Landsitz Margaret Thatchers in Chequers. Sie waren erschienen, sich die Zustimmung zum harten Kurs gegen Khadhafi zu holen und erhielten sie.

Der Rest war nur noch Vollzug. Am Sonntag morgen erschienen der „Observer“, die „Sunday Times“ und der „Sunday Telegraph“ mit Leitartikeln und Berichten, in denen auf erstaunliche Weise die gleiche Krisenstrategie empfohlen wurde: Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Räumung der Botschaft selbst für den Preis, daß der Mörder der Polizistin Yvonne Fletcher ihnen dabei durch die Finger geht.

Zehn Stunden später gab Innenminister Brittan genau diese Maßnahmen öffentlich bekannt. „Cobra“ hatte zurückgeschlagen. Sechs Tage zu spät, meint die Opposition. Denn genau das, was Brittan am Sonntagabend verkündete, hatte der ehemalige Außenminister David Owen bereits am Dienstag mittags, zwei Stunden nach dem Attentat am St. James's Square, gefordert. Das Nachspiel zu diesen rätselhaften Windungen eines Wesens namens „Cobra“ findet in dieser Woche im Unterhaus statt.



Fast zwei Millionen demonstrierten in São Paulo für die Direktwahl des Präsidenten FOTO: AP

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

– Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentrallausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

ZAW

Zentrallausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

„Berlin darf nicht belastet werden“

Barzel zu Kontakten mit der „DDR“-Volkskammer

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) will bei einer etwaigen offiziellen Kontaktaufnahme zwischen dem Bundestag und der Volkskammer in Ost-Berlin strikt und ohne jede Nachgiebigkeit auf der „Gleichbehandlung und Gleichberechtigung“ der 22 Berliner Bundestagsabgeordneten beharren. „In diesem Zusammenhang darf nichts – kein Millimeter – geschehen, der etwa Berlin belasten oder ins Negative bringen dürfte“, sagte Barzel in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin.

Barzel berichtete von der Übereinkunft in der Unions-Spitze, vor einer Entscheidung über derartige Kontakte zunächst den angekündigten Besuch des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik abzuwarten. Für ihn sei nicht entscheidend, betonte der Präsident, daß es sich bei der Volkskammer nicht um ein freigeschaltetes Parlament handle. Es müsse vielmehr sichergestellt werden, daß sich an den „besonderen Beziehungen“ zwischen Bonn und Ost-Berlin auch bei Treffen im parlamentarischen Raum nichts ändere.

Ehmke in Ost-Berlin

Anfang März hatte eine Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten unter Führung des Vize-Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke erstmals dem Volkskammer-Präsidenten Horst Sindermann (SED) in Ost-Berlin einen offiziellen Besuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit war ein Gegenbesuch vereinbart worden.

Im Gegensatz zu zunächst gegebenen Versprechungen, die drei Berliner Sozialdemokraten in der Besuchsgruppe nicht zu diskriminieren, waren Lothar Löffler, Nils Diederich und Gerhard Heimann am Übergang gesondert abgefertigt worden. Ihre Diplomatpässe waren nur im Zusammenhang mit dem Berliner Personalausweis anerkannt worden.

Die WELT dokumentiert die wichtigsten

Die WELT (usps 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

tigste Passage der Äußerungen von Rainer Barzel im Wortlaut:
„Frau Renger hatte als Präsidentin des Deutschen Bundestages (SPD; Präsidentin von 1973-1976, d. Red.) einmal an die Volkskammer geschrieben und sie eingeladen, offizielle Beziehungen aufzunehmen. Damals hat uns die DDR lange mit der Antwort warten lassen, und später hat sie gesagt: Ja, aber da dürfen die Berliner Abgeordneten auf gar keinen Fall dabei sein. Diesen Vorbehalt hat die DDR jetzt mit Worten weggenommen.“

„Besondere Beziehungen“

Aber ich muß natürlich darauf achten – und jetzt kommt der wirklich wichtige Punkt: Wir haben mit der DDR keine völkerrechtlichen Beziehungen. Das wollen wir auch nicht. Wir haben besondere Beziehungen.

Besondere Beziehungen wegen der ungünstigen deutschen Lage, wegen der alliierten Vorbehaltsrechte und vor allen Dingen wegen Berlin. Und deshalb darf in diesem Zusammenhang nichts – kein Millimeter – geschehen, was etwa Berlin belasten oder ins Negative bringen dürfte.

Auf die Frage des SFB-Redakteurs, ob nicht „etwas weniger Rigorismus“ in der Behandlung dieses Problems die deutsch-deutschen Beziehungen weiter entkräften könnte, zumal ja jeder weiß, daß die Volkskammer nicht frei gewählt ist, reagierte Barzel sehr bestimmt:

„Dies ist nicht mein Argument. Mein Argument sind die besonderen Beziehungen. Diese besonderen Beziehungen brauchen wir auch für Berlin. Ich lasse Berlin nicht im Stich – an keinem Punkt und an keinem Komma. Ich bin einer der deutschen Politiker, die von den Westmächten im Zusammenhang mit dem Vier-Mächte-Abkommen gehört wurden. Ich kenne es ganz genau, und ich bin nicht bereit, auch an einer Stelle nur von diesem Abkommen etwas zu Lasten Berlins und unserer Zusammengehörigkeit wegzunehmen.“

Die Zusammengehörigkeit zwischen Berlin und uns muß Ausdruck finden in der völligen Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Abgeordneten, die aus Berlin kommen und im Deutschen Bundestag tätig sind.“

Legalisieren oder räumen – das ist für den Senat die Frage

„Harter Kern“ der Hausbesetzer weiter aktiv / In vier Jahren 250 Millionen Schaden

F. DIEDERICH, Berlin
Die Hochrechnung aus dem Berliner Rathaus Schöneberg, offiziell noch unter Verschluss, aber schon in politischen Kreisen im Umlauf, erreicht atemberaubende Dimensionen: Volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von mehr als 250 Millionen Mark, so die erstmals vorgenommene Bilanz aus dem Hause von Innenminister Heinrich Lummer (CDU), haben in den vergangenen vier Jahren Hausbesetzer und Gesinnungsgenossen an der Spree hervorgerufen.

Zu den Sachschäden von rund 100 Millionen Mark addiert die Senatsrechnung dabei auch Mietaufschläge für Hauseigentümer und sogenannte „Legalisierungskosten“ (ebenfalls rund 100 Millionen Mark) sowie die Kosten für die mehr als 3,1 Millionen Überstunden der Berliner Polizei, die im Zusammenhang mit Hausbesetzungen tätig wurden und die Landeskasse mit zusätzlichen 50 Millionen Mark belasten.

Diese Zahlen drängen jetzt zu einem Zeitpunkt an das Ohr der Berliner, wo Hausbesetzungen eigentlich kein Thema mehr sein sollten: Innenminister Lummer versprach vor Jahresfrist, bis Ende 1983 werde es wohl kein besetztes Haus mehr in der Stadt geben. Zwar gelang es dann auch dem verhandlungsbereiten, aber dennoch konsequenten CDU/FDP-Senat, die seit dem Juni 1982 belastende und vom Senat Hans-Jochen Vogels (SPD) verordnete Hypothek von 219 illegal bewohnten Gebäuden auf mittlerweile 14 zu verringern. Der Fixpunkt Lummers wurde jedoch überschritten, als sich bei der Behandlung des restlichen „harten Kerns“ so manche Politikerstimme in nachdenkliche Falten legte.

Antworten werden heute vor allem auf die Frage gesucht, ob der Senat in dem Maße den Besetzern mit legalisierenden Miet- oder Nutzungsverträgen entgegenkommen soll, wie es in der Vergangenheit geschah. Denn die Erfahrung lehrt die Politiker, daß eine Legalisierung der ehemaligen rechtsfreien Räume allein kein Ruhehaken bietet. Aus manchem der per Kontrakt befriedeten und häufig mit öffentlichen Geldern bedachten Objekten werden nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden weiter in einem Maße Straftaten verübt wie zur Blütezeit der „Szene“, als sich



Innenminister Heinrich Lummer

immerhin 5292 namentlich bekannte Personen als Hausbesetzer betätigten.

Ein von besonderer Symbolkraft für den Rest der Besetzerbewegung geprägtes Gebäude schuf in den vergangenen Wochen scharfe Trennungslinien in einem nach außen um Geschlossenheit bemühten Senat. Erst in den letzten Tagen zeichnete sich dabei eine Kompromißlösung für ein im Januar 1981 besetztes Bürgerhaus in Kreuzberg ab, das später unter dem markanten Kürzel „Kuckuck“ zum „Kunst- und Kulturzentrum Kreuzberg“ ausgerufen worden war, hinter den Fassaden kultureller Aktivitäten aber zum geistigen Zentrum der Strategen militanter Gewalt avancierte.

Im „Kuckuck“ wurden, so steht heute fest, nicht nur anlässlich des Reagan-Besuchs Stahlkugeln und Katapulte verkauft. Hier redigierten auch Besetzer zeitweise das Kampfblatt „Radikal“, das terroristische Bekennerrufe abdruckte und zu Gewalttaten aufrief. Seit der Besetzung wurden zudem rund 50 Ermittlungsverfahren gegen „Kuckuck“-Bewohner eingeleitet, die sich wie auf exterritorialem Gebiet bewegen konnten und wegen Körperverletzung, Haus-

friedensbruch, Brandstiftungen, Diebstahl, Nötigung und Rauschgift-handels unter Anklage gestellt werden sollen.

Während Berlins Bausenator Klaus Franke (CDU), unterstützt von anderen „Falken“ im Senat wie Justizsenator Hermann Oxford (FDP), Innenminister Lummer oder Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU), immer noch den Wünschen des Eigentümers entsprechen will und die Besetzer im Haus für „nicht akzeptabel“ hält, strebt ein eher liberaler Kreis um Kultursenator Volker Hassemer (CDU) eine „konfliktfreie Lösung“ an, die in den Plänen der Vergangenheit sogar eine Förderung alternativer Veranstaltungen mit öffentlichen Mitteln vorsah und sich um Legalisierung der illegalen Bewohner bemühte.

Ein gemeinsamer Nenner zeichnete sich im Senat Eberhard Diepgens erst in der vergangenen Woche ab, als sowohl Bausenator Franke wie auch Kultursenator Hassemer einen Vorschlag an die „Kuckuck“-Besetzer einbrachten, der diesen ein Ersatz-Domizil in Bezirk Schöneberg anbot – ein leerstehendes Bürohaus im Drogenviertel an der Potsdamer Straße, dessen Renovierung der Senat eine Million Mark kosten, aber einen freiwilligen Auszug der „Kuckuck“-Besetzer einbringen könnte.

Zu der damit wiederum aufgeworfenen Frage, ob eine derart kostspielige Legalisierung oder eine schnelle Räumung die Leitlinie für die Behandlung des „Kuckuck“ und der verbliebenen 13 Besetzerburgen sein sollte, bezog als erste öffentliche Stimme jetzt die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund klar Stellung.

Der Berliner Landeschef Egon Franke forderte den Senat nicht nur auf, für die bisher entstandenen Millionen-schäden, diejenigen in Regreß zu nehmen, die seinerzeit die Hausbesetzungen zugelassen haben. Das Kapitel Hausbesetzungen, so Franke, sei zudem „sofort abzuschließen, um einen weiteren volkswirtschaftlichen Schaden abzuwenden“. In Zeiten äußerster Sparsamkeit, so die Argumentation des Gewerkschaftlers, könnten diese Gelder nutzbringender zum Wohle der Berliner Bevölkerung eingesetzt werden.

Späth will in Japan Exportmärkte erkunden

Wirtschaftsexperten und Künstler begleiten ihn

EVI KEIL, Bonn
Mit einer hochkarätigen Wirtschaftsdelegation aus Großindustrie und Mittelstand seines Landes, mit Bachmusikern und Ballett-Tänzern, mit Universitätsrektoren und Kammerpräsidenten ist Baden-Württemberg Ministerpräsident Lothar Späth heute nach Japan geflogen. Es ist die erste Station einer vierwöchigen Länder-Tournee, auf der Späth für sein Land nach neuen Exportmärkten Ausschau halten will. In zwei Wochen wollen er und seine Begleitung nach Südkorea, Singapur und Malaysia besuchen.

„Wir brauchen in Baden-Württemberg nicht nur neue Produkte, sondern auch neue Märkte. Und die neuen Märkte liegen dort, wo in den nächsten Jahren die größten Wachstumsquoten zu erwarten sind. Neben Amerika ist das der pazifische Raum“, so Späth in einem Gespräch mit der WELT. Mit Musik und Tanz sollen die japanischen Türen geöffnet werden. Das musische Programm ist deshalb auch beachtlich: Späth läßt in Japan das berühmte Cranko-Ballett auftreten und ist am Donnerstag Gastgeber eines „Baden-Württemberg-Tages“ in Tokio, an dem der Stuttgarter Leiter der Bachkantorei und Gründer der Gächinger Kantorei, Helmuth Rilling, für Japaner die Matthäus-Passion aufführt. Rilling, der außerdem vor Ort eine Vorlese-Reihe über Bach abhalten soll, erhält für seine „Bachakademie 1984“ in Japan zehn Stipendien, die die

Stuttgarter Landesregierung an japanische Studenten vergeben wird.

Die Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich sollen die drei Rektoren Ing. Heinz Draheim, TU Karlsruhe, Hartmut Zwicker, TU Stuttgart, und Professor Horst Sund, Uni Konstanz, anknüpfen. Und mit von der Partie ist natürlich der Technologie-Beauftragte der Landesregierung, Professor Johannes Löhn. Späth: „Es gibt zwar im Technologie-Bereich nicht genügend Mittel, um den Vorsprung von Japanern und Amerikanern bei der Massenproduktion von Großcomputern aufzuholen, aber ich bin sicher, daß wir noch andere Marktlücken entdecken können und finden, um den Anschluß zu bekommen.“

Nach dem Besuch der Leistungsschau der Deutschen Industrie in Japan wird Späth nach Singapur, Südkorea und Malaysia weiterreisen. Besondere Bedeutung mißt er den Gesprächen mit Regierungschef Lee Kuan Yew in Singapur bei, den er, für einen sehr wichtigen Mann in dieser Region, hält.

„Ich halte es für richtig“, sagt Späth, „daß sich Baden-Württemberg auf die Märkte gerade dieser Region konzentriert. Auch deshalb, weil seit ein paar Jahren Erfahrungen, die mein Land mit China machte, sehr hoffnungsvoll waren – und weil wir festgestellt haben, daß unsere mittelständischen Unternehmen heute sehr gute Möglichkeiten haben, sich auf den Märkten im pazifischen Raum zu behaupten.“

Shawcross: Laßt Heß endlich frei

rt / AP, Moskau

Die Sowjetunion hat die Freilassung des in Berlin inhaftierten ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß erneut ausgeschlossen, meldete die amtliche Nachrichtenagentur Tass. Sie warf Bundeskanzler Helmut Kohl vor, sich mit drei diplomatischen Noten bei der Führung in Moskau für Heß eingesetzt zu haben, der am Donnerstag 90 Jahre alt wird. Gegenüber „Bild am Sonntag“ befragte der ehemalige britische Chefankläger in Nürnberg, Lord Shawcross, die Freilassung von Rudolf Heß.

BBU sucht Hilfe bei Honecker

AP, Bonn

In seinem Kampf gegen die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerks Buchhaus hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) jetzt auch den „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker um Unterstützung gebeten. In einem Schreiben an Honecker heißt es, unter den giftigen Emissionen des Kraftwerks würden die Menschen und Wälder sowohl in der Bundesrepublik als auch in der „DDR“ leiden. Der BBU forderte Honecker auf, sich gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerks einzusetzen.

MIKROELEKTRONIK BIOTECHNOLOGIE NEUE MATERIALIEN

flanders technology international '85

Die größte Handelsmesse der Welt für neue Technologien
Vom 25. Februar bis zum 3. März 1985 - Gent - Belgien

Flanders Technology International ist die erste und einzige Handelsmesse, die alle drei Basistechnologien unseres Zeitalters vereint: Mikroelektronik, Biotechnologie und neue Materialien. Diese Messe bietet Industriellen, Händlern und Risiko-Kapitalisten einzigartige Chancen für die Einführung, das Marketing, den Import und Export von Produkten, Techniken und Know-how hinsichtlich dieser Technologien und deren Anwendungsbereiche: Telematik, Büroelektronik, Automatisierung, Luft- und Raumfahrt, Neue Energietechniken, Medizinische Technologie, Agro-Industrie und Engineering.

Damit diese Chancen optimal genutzt werden können, stellt Flanders Technology International folgenden zur Verfügung:

- Eine 40.000 m² Ausstellungsfläche.
- Spezielle Abteilungen für die Forschung, Technologieübertragung, Dienste und internationale Delegationen.
- Internationales Forum (1983: 607 Aussteller und 117.000 Besucher aus 17 Ländern).

Informationsanfrage:
Bitte schicken Sie dieses Antwortformular an: Internationale Jaarbeurs van Vlaanderen v.z.w. ICC Floriapaleis, B-9000 Gent, Belgien.

Bitte schicken Sie mir weitere Informationen über Flanders Technology International '85.

Name: _____
Stellung: _____
Firma: _____
Adresse: _____
Tel.: _____ Fernschreiber: _____

Bitte schicken Sie mir weitere Informationen über Flanders Technology International '85.

Name: _____
Stellung: _____
Firma: _____
Adresse: _____
Tel.: _____ Fernschreiber: _____

Nur **Bild** Das Tagebuch des berühmtesten
in **Bild** Frauenarztes der Welt

Hubert de Watteville

Mein Leben für die Frauen

Seine Patientinnen waren Sophia Loren, Romy Schneider, Soraya, Bianca Jagger, Shirley Bassey. Aber auch die Frauen von arabischen Königen und Prinzen, Millionärsfrauen wie Waltraud Krupp, Frau Agnelli (Fiat), die Begum.

Er erzählt von ungewöhnlichen Schwangerschaften, künstlicher Befruchtung, Verhütungsmethoden.

Er berichtet von den Eheproblemen seiner Patientinnen, von dramatischen Geburten, und wie er die großen Frauenkrankheiten heilte.

Er berichtet von seltsamen und aufregenden Fällen aus seiner Praxis: Das Fotomodell ohne Scheide ● Die tragische Totgeburt ● Als Frauenarzt im arabischen Harem ● Die unglaublichen Geschenke von Patientinnen ● Die nackte Patientin mit dem Hut auf dem Kopf.

Lesen Sie in BILD, was der berühmte Frauenarzt, der jetzt an Krebs gestorben ist, zu erzählen hat.

Nur **Bild**

„Warum sagt keiner, was geplant ist?“

Friedlicher Ostermarsch im Hunsrück und viele Fragen

RÜDIGER MONTAG, Kastellaun

Die blaue Flagge mit Picasso'scher Taube ist über Ostern nun auch durch den Hunsrück getragen worden, durch einen Landstrich, dessen Menschen sich bisher fernab wählten von den Marschzügen der „Friedensmarchierer“ und den Unruherden um amerikanische Militäranlagen. Dort, wo das Mittelgebirge nur noch in leichten Schwingen von Tälern und Höhen sich beiderseits der einzigen Durchgangsstraße, der B 327, der französischen Grenze entgegenstreckte, liegen so unbekannte Flecken wie Hesselbach, Wilschheim und Bell. Dennoch waren sie am Sonntag das Ziel von fast dreitausend Menschen. Offiziell weiß davon niemand. Dennoch formte sich dieser „Ostermarsch“ zum Protest gegen angelegte Pläne der NATO, in jener Region das für die Bundesrepublik bestimmte Kontingent der im Doppelbeschluss vorgesehenen 464 Marschflugkörper zu stationieren.

Im Gegensatz zu Großbritannien und Italien und auch der Übung der niederländischen und belgischen Regierung, die öffentlich bekannt machen, wo auf ihrem Boden die Marschflugkörper stehen oder stehen werden, hat die Bundesregierung in Bonn eisen an ihrem Beschluss festgehalten, die Standorte von Atomwaffen geheimzuhalten.

So ist es nun zu der schier grotesken Situation gekommen, daß jeder, der in den von der „Friedensbewegung“ herausgegebenen „Hunsrück-Forum“, das Ostern von fliegenden Händlern feilgeboten wurde, von Bonn Geheimhaltungsmaßnahmen konnte, in diesem Informationsblattchen findet sich die Kopie einer Seite der vom „U. S. Government Printing Office“ herausgegebenen Protokolle der Anhörungen eines Unterausschusses des Repräsentantenhauses vom März und April letzten Jahres. Über Wilschheim wird darin gesagt, detaillierte Planungsarbeiten zur Einrichtung der Führungszentrale für die Marschflugkörper hätten begonnen.

Ohne Zwischenfälle

Daß die Information so falsch nicht sein kann, bemerkt jeder Demonstrant zudem sogleich, der an diesem Ostersonntag an dem jetzt verlassenen Militärgelände mit Fahnen und Transparenten in der Hand vorbeizieht. Ganz blanker „NATO-Draht“ umzingelt das Gelände, auf dem früher ein Raketen-Verband des amerikanischen Heeres lag. 1981 wurde er abgezogen. Im Gelände lagert deutsche Polizei. Lauter Anzeichen auch für den Unkundigen, daß dort die Zeit der ungenutzten Anlagen wohl zu Ende gehen soll.

Ist das so? Später, als der Marsch

der Protestierer, von der Polizei ohne Zwischenfälle über fast zehn Kilometer Landstraße geleitet, auf dem Marktplatz von Kastellaun endet, macht einer der Ortsbürgermeister der verlassenen Militäranlage nahegelegenen Gemeinden seinem Unmut Luft. Vor etwas mehr als tausend Zuhörern – für diese Gegend eine „riesige Menge“ – will er als „einfacher Ortsbürgermeister und schlechter Kommunalpolitiker“ nicht bewerten, was die große Politik für seinen Landstrich bereithält. Wir müssen auch akzeptieren, daß der Stationierungsentscheid gefallen ist, sagt er. Das müßte man in der Demokratie ertragen. Aber was dieser Bürgermeister nicht ertragen will, ist dies: Warum diese Geheimnisträuerie? Empört sprudelt aus ihm heraus, wo unsere Demokratie bleibe, die doch von der Ehrlichkeit und dem Vertrauen der Bürger leben müsse.

Offene Fragen

Dieser Bürgermeister stellt auf dem Marktplatz von Kastellaun Fragen, die jeden Bürger der Region bewegen, ja bewegen müssen, wenn er sich auch nur ein wenig für die Politik interessiert. Was wird, so ruft er ins Mikrofon, aus dem Wohnungsmarkt, wenn neue Militärverbände in unsere Gegend kommen, was aus dem Tourismus, aus dem Verkehr? Beim Bau der neuen Anlagen für die Marschflugkörper und danach? Offensichtlich ist dieser Mann „von oben“ allein gelassen worden. Niemand hat ihn und andere in der Kommunalpolitik dieser Gegend des Hunsrück bisher erklärt, was es mit den „NATO-Bauvorhaben“ auf sich hat. So uniformiert, man kann es verstehen, schlägt er sich auf die Seite derjenigen, die das Projekt teilweise aus völlig anderen Gründen bekämpfen.

Da ist die Vertreterin der Gewerkschaften, der SPD-Landtagsabgeordnete, ein Bundestagsabgeordneter der Grünen, ein Jungsozialist – der inzwischen gelungene Bund vieler – auch die DKP hat ihren Stand auf dem Marktplatz – die unter den verschiedenen Interessen am Strang der „Friedensbewegung“ ziehen.

Wirkliches Interesse indes wecken nur diejenigen bei den Zuhörern, die als Bäuerin oder Schreinermeisterin aus der Nachbarschaft ihre Erregung in ungeheurer Rede von sich geben. Die Landwirtin aus Bell hat auch schon die Formeln übernommen von den Waffen, die die Bedrohung anzeigen. Bestürzt aber zeigt sie sich erst da, wo sie selbst berührt ist: „Nichts wissen wir, doch vielleicht ist mein Hof dran, weil er Abschlußplatz wird für die Marschflugkörper.“

Djilas: Moskaus Ziel bleibt die Weltherrschaft des Sowjetsystems

Die Bedeutung der Atomwaffen für die imperialen Vorstellungen des Kreml

Von MILOVAN DJILAS

Eine große, wahrscheinlich sogar die größte Täuschung, der in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die linken und progressiven Intellektuellen des Westens erlegen sind, war der Glaube, daß in der Sowjetunion eine neue Gesellschaft der Brüderlichkeit und der absoluten Freiheit aufgebaut werde. Dabei war schon damals bekannt, daß sich dieser Aufbau grausamer, menschenverachtender Methoden bediente. Aber das wurde verschwiegen – oder mit der Größe des Ziels und der Rückständigkeit Rußlands entschuldigt.

Die Täuschungen und Illusionen über das Sowjetsystem setzen sich fort – trotz aller Erkenntnisse und trotz der Realität. Eine solche große Täuschung ist auch der Glaube, die Sowjetunion sei ein Gegner der Atomwaffen und unter bestimmten Bedingungen zu einer atomaren Abrüstung bereit. Diese Illusion wird freilich auch von allen möglichen sowjetischen Diensten und von „Mitläufern“ des Sowjetsystems verbreitet. Diese nützen dabei die spontane Anti-Kriegsstimmung der „einfachen Menschen“ und die Gutgläubigkeit der Pazifisten weidlich aus.

Das sowjetische System, das auf den Ruinen des russischen Zarenreichs entstand, hat seine weltweite Mission bereits im Augenblick seiner Geburt proklamiert. Seither hat diese missionarische Weltanschauung ihre Mittel und Motive, ihre Formen und Methoden geändert, nicht aber ihre weltweiten Zielsetzungen, die in der Idee und im Wesen des Sowjetsystems enthalten sind. Lenin betrachtete die Sowjetmacht als Beginn der Weltrevolution, beziehungsweise des sowjetischen Weltsystems.

Das Nachlassen des revolutionären Feuers konnte Lenin nicht etwa dazu veranlassen, sich vom weltweiten Messianismus als der Grundlage des Systems zu befreien, sondern hat ihn vielmehr dazu geführt, den sowjetisch-russischen Staat zu stärken. Stalin ging einen Schritt weiter – genauer: einen Schritt zurück. Er ordnete die kommunistische Weltbewegung dem sowjetischen Staat, der „Festung der Weltrevolution“ unter. Stalin verwandelte den Sowjetstaat in ein Imperium und die Ordnung in eine Herrschaft der sowjetischen Bürokratie. Stalins Großmacht hatten auch negative Folgen. Der Weltkommunismus zerfiel in nationale Bewegungen und die Kritik am sowjetischen System erhielt einen überzeugenden, rationalen Inhalt. Seit dieser Zeit hat sich in der Sowjetunion und in der Welt vieles geändert, manches gewiß auch zum Besseren – besonders unter Chruschtschow. Aber die imperialen Tendenzen des Sowjetsystems haben

sich nicht nur verstärkt, sondern die herrschende monopolistische Schicht fand und findet in ihnen eine immer skrupelloser Rechtfertigung und Inspiration für ihren parasitären Monopolismus.

Welche Bedeutung haben dabei die Atomwaffen? Macht und Gewalt sind von der Politik nicht zu trennen. In der Sowjetunion bilden sie das unvermeidliche, unveränderliche Wesen aller Formen des gesellschaftlichen Lebens. Das Gefühl von Macht und Gewalt, der Machtgier und die Verherrlichung der Gewalt sind bei niemandem so ausgeprägt, so total wie bei den sowjetischen Oligarchen. Die Atomwaffen, unvergleichlich in ihrer Macht, können die machthungrigen und eroberungstüchtigen Tendenzen nur noch verstärken und anstacheln. Stalin äußerte sich über die Atomwaffen seinerzeit mit Verachtung: Sie seien nur wirksam gegen Menschen „mit schwachen Nerven“. Aber das war in der Zeit, bevor er diese Waffe selber besaß. Anfang 1948 sagte er in



Regimekritiker Djilas

meiner Gegenwart mit ungehemmter Begeisterung, daß die Atomwaffe eine „mächtige Sache“ sei und Chruschtschow prahlte: Die Sowjetunion produziere Atombomben „wie Würste“. Die sowjetischen Würste sind bekanntlich schlecht, die sowjetischen Atombomben sind es dagegen nicht.

Das angeborene, machtbessene Selbstbewußtsein der sowjetischen Oligarchen ist durch die Atomwaffen zur Absolutheit gesteigert worden. Es gibt keinen einzigen Staat, keine einzige auswärtige Kraft mehr, welche imstande wäre, den Sowjetstaat zu bedrohen. Und nicht nur das: Mit der Produktion eigener Atomwaffen eröffneten sich der sowjetischen Führung die Möglichkeiten staatlichen, militärischen und diplomatischen Engagements in allen Teilen der Welt. Mit den Atomwaffen trat der sowjetische Expansionsismus aus seinen Grenzen heraus und begann, nach der weltweiten Vorherrschaft zu greifen. Damit wurde auch der Weltkommunismus für die sowjetische Führung zu einer Nebensache.

Das staatliche Interesse spielt die

Hauptrolle in der Sowjetpolitik. Die Sowjetunion hat die Möglichkeiten eines weiteren dynamischen und extensiven Aufbaus, der sich auf einen Überfluß an Rohstoffen und billigen Arbeitskräften gründete, weitgehend erschöpft.

Unfähig zur Konkurrenz, unfähig zu einem intensiven und gewinnbringenden Wirtschaften, kann die sowjetische Ordnung ihre Fäulnis nur aufhalten und inneren Spannungen nur entgegen, indem sie ihre Zukunft in erster Linie bei der Expansion sucht – einer vorwiegend militärischen Expansion, wie sie auch der sowjetischen politisch-militaristischen Struktur entspricht. Die Ineffizienz und die niedrige Produktivität zwingen das sowjetische System und seine Führung bereits dazu, sich produktivere Gebiete zu unterwerfen – in erster Linie in Europa –, um die eigene Schwäche und Rückständigkeit zu kompensieren. Die Expansion nach außen – und zwar in Richtung auf die entwickelten Länder – wird in Zukunft noch mehr als heute zu einer inneren Notwendigkeit, zu einem lebenswichtigen Stimulus der herrschenden Schicht werden. Darin liegt der Sinn des sowjetischen atomaren Drucks auf Europa.

Sobald die sowjetische Führung auf die Atomwaffen verzichtete, müßte sie sich – allein schon durch die Tatsache, daß sie sich ihrer Unterlegenheit in der Produktion bewußt ist – in eine Situation der politischen Inferiorität und innerer Konflikte begeben. Das würde zu einer Entwicklung führen, die folgeschwerer und gefährlicher für sie wäre als ein Verzicht auf die Expansion – nämlich zu unvermeidlichen und unabsehbaren inneren Schwierigkeiten.

Die sowjetische Führung könnte ihre Expansion ohne Hilfe der Atomwaffen nicht betreiben. Hier geht es nicht um guten oder bösen Willen, sondern um eine Notwendigkeit. Kein Vorschlag des Westens können die sowjetische Führung dazu bringen, sich von den Atomwaffen zu trennen. Das hindert die sowjetische Führung natürlich nicht daran, sich selbst als Verfechterin einer Begrenzung oder sogar Abschaffung dieser oder jener atomaren Waffengattungen darzustellen. In Wirklichkeit läßt sich kein Vorschlag zur Abschaffung der Atomwaffen vorstellen, bei dem die sowjetische Führung nicht tausendundeinen Grund fände, um ihn abzulehnen. Aber das bedeutet nicht, daß die sowjetische Führung einen Atomvertrag zurückweisen würde, sofern sie nur davon überzeugt wäre, daß dieser ihre expansionistischen Unternehmungen nicht wesentlich behindert.

Djilas schrieb diesen Aufsatz exklusiv für die WELT vor seiner Festnahme.

Mit Eifer sucht Kairo arabische Solidarität

Annäherung an die Sowjets und die Feinde Israels

PETER M. RANKE, Kairo

Das Verhältnis zwischen Ägypten und Israel hat sich weiter verschlechtert. Die ägyptische Regierung hat einen scharfen israelischen Protest zurückgewiesen, wonach sich Ägypten negativ in die Beziehungen zwischen Israel und einigen mittelamerikanischen Staaten einmische. Kairo hatte am Wochenende die diplomatischen Beziehungen zu San Salvador und Costa Rica abgebrochen, weil diese Staaten ihre Botschaften von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt hatten.

Ägypten kam mit dem Abbruch als erster arabischer Staat einer Empfehlung der „Islamischen Konferenz“ nach, in die Ägypten im Januar wieder aufgenommen worden war. Politische Beobachter sehen in dem ägyptischen Schritt einen weiteren Hinweis darauf, daß Präsident Mubarak noch vor den Parlamentswahlen am 25. Mai Erfolge an der „innerarabischen Front“ braucht und die Aussöhnung mit der arabischen Welt anstrebt, ohne den Friedensvertrag von Camp David formal zu kündigen.

Dazu gehört auch die fortgesetzte Rettungsaktion für Arafats PLO. Nach dem Treffen Mubaraks mit PLO-Chef Arafat Ende Dezember kam Mubaraks engerster politischer Berater Usama el Baz im März in Kairo erneut mit Arafat zusammen. Mubarak hatte vorher zugesagt, daß die PLO ihr aus Beirut vertrieben „Palästina-Forschungszentrum“ in Kairo eröffnen dürfe. Dieses Institut war im vorigen Sommer von der libanesischen Polizei als Terrorzentrum entlarvt und seine beiden Leiter waren wegen ihrer Diplomaten-Pässe abgeschoben worden. Im „Forschungszentrum“ waren Sprengladungen für Auto-Bomben gebastelt worden. Das Zentrum in Kairo könnte künftig dazu dienen, Terroraktionen im Gaza-Streifen vorzubereiten.

Syriens Schlüsselrolle

Die Bemühungen Kairs, wieder in die gesamtarabische Solidarität gegen Israel aufgenommen zu werden, richten sich vor allem an die Adresse Syriens und Saudi-Arabiens, die die Außerkraftsetzung der Friedensabmachungen Ägyptens mit Israel fordern, also unter anderem die Ausweisung des israelischen Botschafters und die Einstellung der ägyptischen Rohöl-Lieferungen an Israel von täglich 40 000 Barrel.

Während Mubarak das Ja Marokkos, Jordaniens und Iraks zur politischen Rückkehr in das arabische Lager sicher ist, muß er Damaskus, Riad und Algier noch umwerben. So äußerte Mubarak kürzlich in einem Interview mit dem jugoslawischen Fernsehen, er schätze und bewundere

den syrischen Präsidenten Assad, den er noch aus gemeinsamen Kampfflieger-Tagen in der Zeit der ägyptisch-syrischen Union kenne. In Kairo hält sich trotz amtlicher Demütis auch das Gerücht, daß der ägyptische Verteidigungsminister Marschall el Ghazala, ein als prowestlich bekannter Mann, kürzlich in Damaskus gewesen sei.

Zu den Offerten gegenüber den arabischen Radikalen gehört auch, daß die ägyptische Diplomatie in afrikanischen Staaten darauf hinwirkt, daß nach Zaire keine weiteren Länder ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel wiederherstellen. So wurde das neue Regime in Nigeria von Kairo offen ermahnt, am Bruch mit Israel festzuhalten.

Moskau wartet ab

Wenn es Mubarak gelingt, durch weitere anti-israelische Aktionen, wie bisher schon durch die Lahmlegung von etwa fünfzig Normalisierungsabkommen und den Stopp aller Import-Lizenzen für israelische Güter, das abwartende Saudi-Arabien zu gewinnen, werden auch die Golfstaaten auf eine Aussöhnung mit Ägypten einschwenken. Mit Syrien ist es dagegen schwieriger, und von der syrischen Haltung macht vor allem die Sowjetunion die Rückkehr eines Botschafters an den Nil abhängig.

Die Sowjets wollen Syrien nicht verprellen und vorgreifen, wenn sie jetzt schon in die von Kairo erbetene volle Normalisierung der Beziehungen einwilligen. Das ist jedenfalls der Eindruck westlicher Diplomaten in Kairo nach dem Besuch des früheren Botschafters Poljakow, der als Leiter der Nahost-Abteilung im Außenministerium vorige Woche Ägypten besucht hatte. Poljakow äußerte sich selbst äußerst zufrieden über seine Gespräche, während der ihm nachfolgende US-Diplomat Murphy schon schweigsamer war.

Die Amerikaner wurden in letzter Zeit in der ägyptischen Presse wieder heftig angegriffen, weil sie Verschwendung und Mißbrauch ihrer Nahrungsmittelhilfe an Ägypten (jährlich 30 Millionen Dollar) kritisiert hatten.

Auch ohne Botschafter in der backsteinroten Nil-Villa hat sich die Stellung der Sowjets in Ägypten seit dem Amtsantritt Mubaraks im Oktober 1981 wieder gefestigt. Der Handelsaustausch wurde für dieses Jahr um 25 Prozent erhöht und auf 750 Millionen Dollar festgesetzt. Wie zuverlässig verläutet, ist Kairo vor allem an sowjetischen Ersatzteilen und Waffen interessiert, die es an Irak für den Golfkrieg weiterleiten könnte.

(SAD)

Die Banken zum „Produktivkapital“:

An jedem Arbeitsplatz arbeiten im Durchschnitt 200.000 Mark

Auch neue Arbeitsplätze haben ihren Preis. In der Bundesrepublik kosten sie im Durchschnitt 200.000 Mark.

Das bedeutet: Wo Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, muß Kapital bereitgestellt werden. Und wo Arbeitsplätze verloren gehen, muß meistens auch Kapital abgeschrieben werden. Maschinen und Anlagen verlieren ihren Wert. Bei Verlusten an Geld und Arbeit gibt es nur einen Weg: Neue und verbesserte Produktionen müssen für Ausgleich sorgen. Wir brauchen neue Technologien, neue unternehmerische Initiativen und risikobereites Kapital.

Wir Banken meinen: An Produktivkapital für einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch wird es nicht fehlen. Neue Finanzierungsformen



stehen bewährten Förderungs- und Kreditprogrammen zur Seite: die Börse lebt wieder auf. Ohne Zweifel: Die Zukunft hat wieder Kredit.

Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.



Libyen dient den Sowjets weltweit als Vorposten

Mehr als 15 000 Soldaten aus dem Ostblock im Land

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem
Die libysche Opposition stellt zwar keine ernsthafte Gefahr für Khadhafis Regime dar, ist aber äußerst peinlich, denn sie deckt Tatsachen über Libyens interne Zustände auf, die Khadhafis zu verbergen sucht. Dies sagte Frau Professor Judith Roded, Spezialistin für Libyen am Shiloah-Institut für Nahostforschung an der Universität von Tel Aviv.

In einem Rundfunkvortrag berichtete Professor Roded, den libyschen Behörden sei es gelungen, den Strom von Nachrichten aus Libyen an das Ausland fast gänzlich zu unterbinden. Daher weiß der Westen sehr wenig von den internen Machtkämpfen in Libyen, von der Unterdrückung der Menschenrechte und der persönlichen Freiheit, von Mordtaten an Menschen, die dem Regime mißliebig geworden sind.

All dies werde jedoch von Dissidenten in Libyen durch geheime Kanäle an libysche Emigranten geleitet und dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Zentren der libyschen Emigrantenopposition seien heute vornehmlich England, Ägypten und der Sudan. Ihre Vertreter seien vor allem reiche Libyer, die noch bis 1978, als Khadhafis das Privatigentum beschlagnahmte, mit ihrem Vermögen ins Ausland geflüchtet seien.

Die innere Opposition in Libyen setze sich aus mehreren Elementen zusammen. Eines seien akademische Kreise, vor allem an der Universität von Bengasi. Auch in den besser situierten Schichten gäbe es, ebenso beim muslimischen Klerus, denn trotz seiner angeblichen Frömmigkeit setze sich Khadhafis über die muslimischen Gelehrten hinweg. Der Klerus habe sowohl in seiner wirtschaftlichen Stellung als auch in seinem Ansehen unter Khadhafis Einbußen erlitten und habe ihm das nicht verziehen. Unter den Offizieren mache sich ebenfalls Unzufriedenheit bemerkbar. Dazu „hat auch der libysche Angriffskrieg im Tschad nicht wenig beigetragen“.

Die Mißstimmung im Offizierskorps führen manche Beobachter auch auf die Abhängigkeit von Moskau zurück. Libyen hat sich in der Tat zum wichtigsten und verlässlichsten Verbündeten des Sowjetblocks in der arabischen Welt entwickelt. So befinden sich jetzt in Libyen mehr als 15 000 Offiziere und Mannschaften aus der Sowjetunion, der DDR und Kuba, zusätzlich zu einer nicht bekannten Anzahl von militärischen und zivilen Personal aus Nordkorea, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Bulgarien.

Deckungsgleich

Einzelne geopolitische Ziele der Sowjetunion decken sich mit den libyschen. Diese Tatsache wird von der Sowjetunion intensiv genutzt. Waffen, Geld und Ausbildung werden über Libyen auch an Untergrundbewegungen in solche Länder eingeschleust, an denen Libyen eigentlich kein Interesse hat, so zum Beispiel an die

Separatisten auf Sardinien (1983) und an den Untergrund in Kolumbien. Waffen schickte Libyen an Aufständische in Costa Rica, El Salvador, auf den Westindischen Inseln (1982) und Kampfgruppen in Nicaragua (1983). Libysche Militärs bildeten portugiesische Untergrundkämpfer aus, um die amerikanische Luftbasis auf den Azoren zu zerstören.

Drehscheibe Libyen

Israelische Militärquellen vermitteln folgenden Überblick über libysche Aktionen während der letzten zwei Jahre:

- Die brasilianischen Behörden verhafteten 30 Besatzungsmitglieder eines libyschen Flugzeuges. Sie waren mit Terrormissionen in einer Reihe südamerikanischer Staaten beauftragt.
- In Costa Rica wurde eine Sprengstoffsendung aus Libyen entdeckt und beschlagnahmt.
- Zwanzig libysche Piloten und Flugzeugmechaniker unterrichten die Luftwaffe von Nicaragua. Sechs CSSR-Trainingsflugzeuge des Typs L-39 werden von Libyen nach Nicaragua verbracht.
- Die Sowjetunion und Libyen einigen sich auf die Stationierung von Geschossen des Typs Sam 5 auf libyschem Boden.
- Carlos bildet in Libyen Terroristen aus.
- Libyen verhandelt über den Ankauf von 4 jugoslawischen Raketenbooten des Typs Spiva-2.
- Libyen kauft sowjetische Bodenraketen mit einer Tragweite von 96 Kilometern.
- Der libysche Außenminister Deschallid proklamiert in Moskau die Unterstützung seiner Regierung für die sowjetische Aktion in Afghanistan.
- Die Sowjetunion stellt eine 2700 Meter lange Startbahn auf der Luftbase von Al-Jufra, 300 km südwestlich von der großen Sirte fertig. Von dort aus können auch die NATO-Einrichtungen auf Sizilien, in Griechenland und der Türkei elektronisch abgehört werden.
- Sowjetische und kubanische Offiziere bilden internationale Terroristen in Libyen aus: Basken (ETA), Italiener, Deutsche, Kosen, Türken, Griechen.
- Die US-Regierung erklärt, daß jährlich 5000 Terroristen Khadhafis Ausbildungskurse absolvieren und dann Terroraufträge in aller Welt übernehmen.
- Über 15 000 Mann aus der Sowjetunion, der DDR und Kuba (einschließlich ganzer Panzermannschaften) werden 1982 in Libyen stationiert. Die Sowjetunion baut dort acht große Luftstützpunkte.
- Libysche Truppen werden in Polen ausgebildet. 14 000 polnische Spezialisten arbeiten in Libyen. Ihre Anzahl wird 1982 verdoppelt.
- Libyen unterstützt revolutionäre Elemente in Nigeria.
- 300 sowjetische Panzer des Typs T-62 sowie 50 000 Schußartilleriemunition treffen in Iran über Libyen ein. (SAD)

USA warnen sechs Staaten des Ostblocks

dpa, Washington

In einer ungewöhnlichen Aktion haben die USA sechs kommunistisch regierte Länder davor gewarnt, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Wie die „New York Times“ berichtete, wurden die Botschafter der DDR, Polens, der CSSR, Ruminiens, Ungarns und Bulgariens zu diesem Zweck ins Außenministerium gerufen.

Der stellvertretende Leiter der Europa-Abteilung, Mark Palmer, habe den Diplomaten in Einzelgesprächen erklärt, daß ihre Regierungen nicht auf bessere Beziehungen mit Washington hoffen könnten, wenn sie ihre Unterstützung der PLO und anderer „internationaler Terroristen“ fortsetzen. Außerdem sollten sie die Spionage in den USA einstellen und nicht weiter versuchen, die Exportbestimmungen der Vereinigten Staaten zu umgehen.

„EG-Partner sollen Verträge erfüllen“

AP, Köln

Luxemburgs Ministerpräsident Pierre Werner hat die europäischen Partner aufgefordert, sich auf die Erfüllung der EG-Verträge zu besinnen. Zur Überwindung der schweren Krise in der Europäischen Gemeinschaft gelte es, die Verpflichtung einzugehen, die jedes Mitgliedsland unterschrieben habe.

Das verlange er auch von Großbritannien, von „Madame Thatcher“, sagte der Regierungschef im Deutschlandfunk. Obwohl er nicht die wirtschaftliche Bedeutung verkenne, sei es „unwürdig“ gewesen, daß sich der letzte EG-Gipfel in Brüssel hauptsächlich mit der Milchproduktion beschäftigte habe, meinte Werner.

Botschaft in Jerusalem. Kairo kündigt Beziehung

AFP/Pr, Kairo/Jerusalem

Ägypten hat am Wochenende auf Empfehlung der islamischen Weltkonferenz (ICO) seine diplomatischen Beziehungen zu El Salvador und Costa Rica abgebrochen. Grund für den ICO-Beschluß war, daß die beiden mittelamerikanischen Länder ihre Botschaften in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt hätten. Nach der Verlegung hatte das sogenannte „Komitee von Jerusalem“ die 43 Staaten der islamischen Konferenz zum Abbruch ihrer Beziehungen aufgerufen. Israel protestierte heftig gegen die Entscheidung der ägyptischen Regierung und bezeichnete den Schritt als eine Entwertung in seine Beziehungen zu anderen Staaten. Der Generaldirektor des israelischen Auswärtigen Amtes, David Kimche, wird in dieser Woche in Washington erwartet, um die Möglichkeiten einer israelischen Hilfe für El Salvador zu diskutieren.

Unita bekennt sich zu Anschlag

AP/Mpa, Paris

Die provokative angolanische Guerillabewegung Unita hat sich am Ostermontag zu einem Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude in der angolanischen Stadt Huambo bekannt, bei dem nach ihren Angaben am Gründonnerstag mehr als 200 Menschen ums Leben gekommen sind. Unter den Toten befanden sich auch zwei Oberleutnants der Boten Armee und 37 kubanische Offiziere, hieß es in einer Unita-Erklärung.

Auch die sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete den Anschlag, bezifferte die Zahl der Opfer jedoch auf rund 100. In dem Haus, das nach der Explosion einstürzte, arbeiteten kubanische Techniker, Ärzte und Professoren.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kein Stein der Weisen

„Engagement der Versicherer“, WELT vom 3. April

Herr Schmidt greift in seinem Beitrag einen „unkonventionellen Denkansatz“ für Unternehmensfinanzierung durch Versicherungsgesellschaften der niedersächsischen Wirtschaftsmittelministerin Birgit Briel auf, der in letzter Zeit vielfach durch die Gazetten geisterte und der nicht selten von mehr oder minder kompetenter Seite mit Beifall bedacht wurde. Gemeint ist der Vorschlag, die deutsche Assekuranz solle aus ihren Vermögensanlagen Kapital für Risiko-Engagements im technologischen Bereich, sogenanntes Venture-Capital, zur Verfügung stellen.

Als Finanzchef eines Lebensversicherungsunternehmens möchte ich hier einmal ganz klar eine Position aufgeben, in der ich mich mit vielen meiner Kollegen einig weiß: Das, was Kreise in Politik und Publizistik offensichtlich als Stein der Weisen ansehen, ist durchaus keine Patentlösung. Engagement der Versicherer im Bereich des Venture-Capitals hätte ich für betriebswirtschaftlich unverantwortlich, für volkswirtschaftlich nicht systemkonform und mit der Rolle und Aufgabe der Lebensversicherungsunternehmen für schlechterdings unvereinbar.

Die Aufgabe der Lebensversicherer erfordert zwingend, daß Rentabilität und Sicherheit oberste Leitlinien bei der Anlage der Gelder ihrer Versicherten sein müssen. Dies ist auch – und zu Recht – im Versicherungsaufsichtsgesetz verankert; über die Einhaltung dieser Maximen wacht das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen. Ein Abweichen von diesen Prinzipien liefe der bisherigen „Versicherungspolitik“ völlig zuwider und könnte in breiten Kreisen der Öffentlichkeit das Vertrauen beeinträchtigen, das der Institution „Lebensversicherung“ entgegengebracht wird.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht be-

steht die Funktion der Versicherungswirtschaft in der Risikoabdeckung für ihren Kundenkreis, also in der Minimierung vorhandener Risiken und nicht im Eingehen neuer Risiken, auch wenn darin Gewinnchancen liegen mögen. Risikokapital beizustellen ist vielmehr prinzipiell althergebrachte Aufgabe interessierter Industrieunternehmen, privater Investoren und – im Zuge der Fremdfinanzierung – der Kreditwirtschaft.

Der Blick in die Vergangenheit der Gründerjahre zeigt, daß seinerzeit die Risikofreude der Banken ausgeprägter war und sie ihre im Venture-Bereich liegende Funktion mit stärkerer Zuneigung ausfüllten, als dies heute wohl der Fall ist. Auch vor einem größeren institutionellen – auf eigenes Risiko betriebenen – Engagement der Banken nicht das Wort reden möchte, muß noch einräumen, daß die Banken über breite Kontakte zu Anlegerkreisen verfügen, die liquiditätsmäßig in der Lage und auch willens sind, Gewinnchancen in Risiko-Anlagen wahrzunehmen. Deshalb können Banken einen entsprechenden Kapitalstrom induzieren, was gerade auch in den USA geschieht.

Die Voraussetzungen für die Bereitstellung ausreichenden Risikokapitals zu schaffen, wäre außerdem zurecht Aufgabe einer Wirtschaftspolitik, die diesen Namen wirklich verdient. Die Tatsache, daß in der Vergangenheit neben dem Bauremodell alle möglichen Steuer-spar-Anlagen auf dem Markt reüssierten, die zum Teil mit extremen Unsicherheiten behaftet waren, zeigt, daß durchaus ein enormes Potential an Risiko-Kapital vorhanden ist. Dies durch eine sachgerechte, technologiefreundliche Steuergesetzgebung in die richtigen Kanäle zu leiten, kann im Prinzip kein unlösbares Problem sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Schweickert
München 2

Instrument zur Erpressung?

Wenn schon Herr Bahr von „Per-version“ bestimmter Waffenarten spricht, warum sollte man nicht auch von perversiertem Streik sprechen dürfen?

Der Streik, einst ein heldenhafte Notwehr gegen versklavende Ausbeutung, von Dichtern wie Gerhart Hauptmann großartig geadelt, ist erst langsam, dann immer schneller herabgesunken zum Erpressungsinstrument für ungerechtfertigte Bereicherungen zu Lasten armer Menschen, denen der Streik abgeschnitten ist, nämlich der Arbeitslosen. Die würden sehr gerne streiken für Arbeit.

Oder finden Sie es nicht pervers, wenn durch Streik die Bezahlung von 5 Stunden Nichtarbeit wöchentlich erzwingen werden soll, also sozusagen ein Nichtarbeiter-Kampf? Und das natürlich ebenso „heldenhaft“ wie seinerzeit bei den Webern!

Kann denn ein denkender Mensch wirklich glauben, daß eine Lohnsteigerung um 18 Prozent mit märchenhafter Freizeit für „Nebenarbeit“ (ebenfalls zu Lasten von Arbeitslosen) überhaupt realisierbar ist? Ein derartiger Mißbrauch des Streikrechts erinnert nur mehr an Par-

graph 253 StGB, aber nicht an einen ehrlichen Arbeitskampf (auch ohne Helden).

Wenn aber schon „Warnstreiks“, die nicht legal sein können, weil ihnen die Urabstimmung fehlt, geduldet werden (erdundet natürlich auch), warum sollte dann nicht auch mal eine Warnaußersperre als ebenfalls Notwehr – wie in guten alten Tagen der Streik (so ändern sich halt die Zeiten) – gute Dienste leisten?

Vielleicht käme das sogar manchen Firmen eben noch zur Abwehr des Konkurses zugute, indem sie mal einige Tage oder auch länger Löhne und Sozialabgaben einsparen können.

Haben Gewerkschaften (und hinter ihnen mehr oder weniger versteckt eine große Partei) den billigen Mut zum perversen Streik, so könnte vielleicht ein Unternehmen den teuren Mut zur Warnaußersperre aufbringen.

Wenn es gar kein Mittel gegen einen perversen Streik gibt, ist die Bundesrepublik Deutschland verloren, mit und ohne sauren Regen.

J. Suchsland,
Wesel

Steuern und Leistung

Sehr geehrte Redaktion,

zur Kritik der Arbeitnehmergruppe der Bonner Unionsfraktion an Stoltenbergs Steuerreformvorschlägen: Es ist bedauerlich, daß diese Gruppe die alte SPD-Forderung übernimmt, zur Finanzierung der Reform das Ehegatten-Splitting einzuschränken. Dieser grundverkehrte Ansatz hat allerdings, schwerer rechts- und verfassungspolitische Bedenken wegen, gottlob ohnehin kaum Verwirklichungschancen. Im übrigen wäre er auch mit Nachteilen für viele derjenigen verbunden, die davon profitieren sollen, worauf der Finanzminister bereits hingewiesen hat.

Stoltenbergs Feststellung, die Familien mit Kindern (36,6 Prozent der Steuerzahler) seien an den geplanten Entlastungen mit 52,6 Prozent beteiligt, begegnen die Kritiker mit folgender Rechnung: Familien mit Kindern repräsentierten zwar 36,6 Prozent der Steuerzahler, aber rund die Hälfte der Bevölkerung, während 63,4 Prozent der Steuerzahler nur (!) für ein Viertel der Bevölkerung stünden, diesem aber 47,4 Prozent der Entlastungen zugute kommen sollten.

Diese Interpretation ist abwegig. Denn die Rechnung besagt in Wirklichkeit: Ein Viertel der Bevölkerung bringt 63,4 Prozent der Steuern auf, während Familien mit Kindern zwar rund die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, aber nur 36,6 Prozent des Steueraufkommens leisten. Wenn also diese 36,6 Prozent der Steuerzahler mit 52,6 Prozent an den Entlastungen beteiligt sind, den übrigen 63,4 Prozent aber 47,4 Prozent der Entlastungen zugute kommen sollen, so ist das eine überaus vernünftige Lösung, die die Familien mit Kindern angemessen begünstigt. Denn es kommt nicht

darauf an, wer welchen Prozentsatz der Bevölkerung repräsentiert, sondern – weil es um Steuern geht – nur darauf, wer welchen Anteil am Gesamtsteueraufkommen erbringt.

Auch die Kennzeichnung von Entlastungswirkungen von angeblich sechs Mark monatlich für „rund 30 Prozent der Steuerzahler“ gegenüber „500 Mark für Höchstverdiener“ als „kaum vertretbar“ geht fehl. Wir haben ein System der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Wer ohnehin nur wenig oder gar keine Steuern zu zahlen braucht, kann vernünftigerweise nicht erwarten, von einer Tarifreform in ähnlichem Umfang entlastet zu werden wie jemand, dem die Progression 40 oder 50 Prozent seines Einkommens wegsteuert.

Peter Sandberg,
Mieder-Olm

Wort des Tages

„Womit beginnt Größe? Mit Hingebung an eine Sache, welche es auch immer sei. Mit gänzlichem Absterben des persönlichen Ehrgeizes. Größe hängt nicht ab von geistiger Überlegenheit, denn diese kann mit einem elenden Charakter verbunden sein. Größe ist Verbindung eines bestimmten Geistes mit einem bestimmten Willen.“
Jacob Burckhardt, Schweiz. Kultur- und Kunsthistoriker (1818 – 1897)

Personalien

VERANSTALTUNG

Die „Eisenbahn“ war beim Minister zu Gast. Im Vorgriff auf den 150. Geburtstag der deutschen Eisenbahn im nächsten Jahr ist im Insel Verlag, Frankfurt, die Anthologie „Die Eisenbahn“ erschienen. Die Bundesverkehrsminister Dr. Werner Dollinger in Bonn von Herausgeber Wolfgang Minaty und dem Lektor des Insel Verlages, Dr. Franz-Heinrich Hackel, übergeben wurde. Mit knapp 500 Seiten ist die Anthologie wohl die umfassendste Sammlung dichterischer Zeugnisse aus dem deutschen Sprachraum zu diesem Thema. Es ist spannend, zu verfolgen, wie sich das Motiv der Eisenbahn im Lauf von 150 Jahren verändert hat – je nach Temperament des Künstlers, je nach historischer Gelegenheit, je nach gesellschaftlicher und ökonomischer Bedingung. Viele unserer besten Dichter haben sich diesem Thema gewidmet. Goethe,

Eichendorff, Fontane, Hauptmann, Rilke, Thomas Mann, Kafka, Benn, Brecht, Dürrenmatt und auch Böll und Kaschnitz. Die Eisenbahn, ist sie erst einmal von Schriftstellern vernommen, wird dann oft mehr als nur simples Transportmittel. Die Eisenbahn wird eine Metapher auf das Leben, des auf ordentlichen Gleisen unordentlich verlaufenden Lebens. Minister Dollinger nun selbst: „Ich hoffe, daß der Zug der Zeit die Reisen den wieder an die Bahn gewöhnt.“

EHRUNGEN

Berlins Justizsenator Hermann Oxford gedachte eines der tapfersten Männer des deutschen Widerstandes. Zur Erinnerung an Dr. Karl Sack, den ehemaligen Chefrichter des deutschen Heeres, der von den Nationalsozialisten ermordet wurde, enthüllte Oxford in Gegenwart von Sacks Witwe am Gebäude des ehemaligen Reichskriegsgerichts in Berlin-Charlottenburg eine Tafel.



Eisenbahn-Fans unter sich: Werner Dollinger empfängt WELT-Redakteur Wolfgang Minaty in seinem Bonner Ministerium. FOTO: SCHÖRING

Heute ist dort das Kammergericht, Berlins höchste Rechtsinstanz, untergebracht. Karl Sack schloß sich den Männern des 30. Juli an und wurde wenige Wochen nach dem mißglückten Attentat auf Hitler festgenommen. Er gab keinen Namen eines Mitverschworenen preis und wurde am 9. April 1945 gemeinsam mit Abwehr-Chef Wilhelm Canaris, General Hans Oster und Pfarrer Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg hingerichtet. Oxford in der Gedenkveranstaltung: „Die Haltung von Karl Sack erleichtert uns, dem freitheitlichen deutschen Rechtsstaat zu dienen.“

Der deutsche Architekt Richard Meier, der den Neubau des Museums für Kunsthandwerk am Frankfurter Museumsufer entwarf, erhielt in New York den mit 100 000 Dollar dotierten „Pritzker-Architekturpreis“. Stifter des Preises ist Jay Pritzker, Direktor eines in Chicago ansässigen Industriemagnaten. Die „zielstrebige Beschäftigung mit neuen Richtungen der modernen Architektur“, und Meiers Vorstellung, „daß ein Gebäude menschlichen Maßstäben angepaßt sein sollte“, haben dem Deutschen die Auszeichnung eingebracht. Mit 49 Jahren ist er der bisher jüngste Preisträger geworden.

GEBURTSTAG

Dr. Bert Donnep, Gründer und langjähriger Direktor des Marler Bildungswerkes „die Insel“, feierte am 20. April seinen 70. Geburtstag. Nach dem Krieg baute Donnep, damals zusammen mit dem Bürgermeister Rudolf Heiland, in Marl eine Volkshochschule auf, die die erste kommunale Erwachsenenbildungseinrichtung in der Bundesrepublik Deutschland wurde. 1955 erhielt die Volkshochschule ihr eigenes Haus und taufte es „die Insel“. Auch der „Adolf-Grimme-Preis“ gehört zu seinen Initiativen.

„Über 33.000 Selbstbucher nehmen uns zwar ganz schön Arbeit ab“, sagte der Kundenberater der Post, „aber dadurch sparen unsere Kunden auch gutes Geld.“

888	337	671
2000 Hamburg 2	7000 Stuttgart 2	8000 München 3

Zeit- und kostensparende Einlieferung direkt an der Rampe Ihres Postamtes. Niedrigere Gebühren schon ab 10 Paketen pro Woche. Bargeldlose, vereinfachte Abrechnung nach Absprache.

Wenn Sie Zeit und Geld im Paketversand sparen wollen, bietet die Post mehr als Sie vielleicht denken. Dabei ist es egal, ob Sie nun 10 oder 500 Pakete pro Woche versenden. Mit der Post können Sie in vielfältiger Form zusammenarbeiten. Zum Beispiel, indem Sie Ihre Paketversandungen vorsortieren oder selbst buchen. Das hilft sparen. Denn dafür transportiert Ihnen die Post Ihre Waren kostengünstiger. Speziell für Selbstbucher gibt es das Wirtschaftspaket – bis 20 kg – zum günstigen Postgut-Tarif. Und im Rahmen individueller Kooperationsverträge erhalten Sie von der Post einen spürbaren finanziellen Ausgleich. Nur wer die Wege und vielfältigen Angebote der Post kennt, kann sie optimal nutzen. Mehr sagt Ihnen unser Kundenberater, den Sie im Telefonbuch unter Post finden.



ERGEBNISSE

Offenbach - Nürnberg	3:1	(1:0)
Braunschweig - Köln	2:2	(2:0)
Bremen - München	3:2	(2:0)
Bochum - Stuttgart	0:1	(0:1)
Mannheim - Gladbach	2:3	(1:1)
Leverkusen - Klautern	2:0	(1:0)
Sielefeld - Hamburg	0:1	(0:0)
Uerdingen - Dortmund	2:1	(1:0)
Düsseldorf - Frankfurt	4:2	(2:0)

LEICHTATHLETIK / Guter Saison-Auftakt

Claudia Losch erreichte eine persönliche Bestleistung

dpa, San Jose
Ein hervorragender Start in die Olympia-Saison gelang drei deutschen Leichtathleten in Kalifornien. Claudia Losch (Fürth), die Vize-Europameisterin in der Halle, gewann beim „Bruce Jenner Classic“ in San Jose (US-Bundesstaat Kalifornien) das Kugelstoßen mit der neuen persönlichen Bestleistung von 20,31 Metern (Vorjahresleistung: 20,08 m). Ihre Vereinskameradin Ingra Manekke siegte im Diskuswerfen mit guten 63,10 Metern.

Den erstklassigen Hammerwurf-Wettbewerb gewann Klaus Floghaus (Leverkusen) mit 79,04 m, womit er seine Bestweite gleich zum Saisonbeginn nur um rund einen Meter verfehlte. „Das ist mein bester Saisonauftakt seit 1980. Vielleicht ist das ein gutes Omen, denn wir haben wieder ein Olympia-Jahr“, freute sich der Architekturstudent. Hinter ihm kam Jörg Schäfer mit 75,82 m auf

Platz drei und Christoph Sahner (bei der Wattenscheid) mit 73,12 m auf Platz fünf.

Die herausragenden Leistungen in San Jose gab es durch den amerikanischen Weltmeisterschafts-Dritten Sam Turner. Er gewann über 110 m Hürden in 13,38 Sekunden (windbegünstigt) und über 200 m bei Gegenwind in der neuen Weltjahresbestleistung von 20,52 Sekunden.

Carl Lewis (USA) absolvierte in Seattle seinen ersten Freiluft-Start in diesem Jahr. Als Schlussläufer einer 4 x 100-Meter-Staffel aus Santa Monica, die in 39,78 Sekunden gewann, wurde er auf den letzten 100 Metern inoffiziell mit 9,3 Sekunden gestoppt.

Beim Paderborner Osterlauf war der 48 Jahre alte Emil Schulz (Delbrück-Böke) zusammengebrochen und verstarb. Bei den Männern siegte der Holländer Lambregts, bei den Frauen die Dänin Dorthe Rasmussen.

VOLLEYBALL / Deutsche Damen gewannen das Finale im Springcup klar

Als Belohnung erst ein Urlaub in Spanien, dann wird drei Wochen Kondition gepaukt

sid, Berlin
Die siegreichen sechs nahmen ihren Trainer auf die Arme und warfen ihn im Freudentaumel in die Luft. Der Bundestrainer der deutschen Volleyball-Damen, Andrzej Niemczyk, war aber schon bald nach dem Endspiel-Sieg seines Teams beim 12. Springcup-Wettbewerb in Berlin wieder auf dem Boden und verkündete ein umfangreiches Pflichtprogramm für die nächsten vier Monate.

Wie vom Lohhof-Meisterrichter vorausgesagt, hatte die Volleyball-Nationalmannschaft der Damen leichtes Spiel, den Titel gegen die Niederlande zu verteidigen. Mit kraftvollen, cleveren Angriffszügen bezwangen die Gastgeberinnen im Endspiel der inoffiziellen Westeuropameisterschaft, an denen sich 15 Nationen beteiligten, den sechsmaligen Cup-Gewinner Niederlande mit 3:0 (15:7, 15:6, 15:4).

„Meine Mädchen haben konsequent und konzentriert wie schon lange nicht mehr gespielt“, zog der Pole, in Personunion-Trainer beim SV Lohhof und der Nationalmannschaft, positive Bilanz. „Auch wenn wir nach so kurzer Vorbereitung nicht in bester Form in den Wettbewerb gegangen sind.“

Nach diesem Kräftemessen will das Damen-Team um Mannschaftsführerin Marina Staden (VfL Oythe) erst einmal am Mittelmeer ausspannen. Vor den Endspielen des deutschen Vereinspokals genießen Niemczyk und seine Damen einen einwöchigen Spanien-Urlaub. „Es gibt keinen Strand-Volleyball. Als Sport stehen nur Tennis und Schwimmen auf dem Programm.“

Nach der Rückkehr soll es Schlag auf Schlag weitergehen. Ein dreiwöchiger Konditionslehrgang in Berchtesgaden steht auf dem Trainingsplan, bevor Turniere in Holland und in Freiburg die nächsten Prüfsteine sind. In Coburg soll dann ein zehntägiges Trainingslager unter anderem dazu dienen, der Frauenmannschaft der UdSSR, Goldmedaillengewinnerin von Moskau, als Trainingspartner den letzten olympischen Schliff für Los Angeles zu geben.

„Wir wollen uns verstärkt auf internationalem Parkett bewegen, um die Distanz zu den Spitzenmannschaften der Welt zu verkürzen“, heißt die Perspektive für den Präsidenten des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV), Roland Mader, der seine Damen auf Platz zehn bis zwölf der Welt-rangliste einstuft.

Die Nationalmannschaft hat deshalb eine Einladung aus den USA angenommen, vor dem olympischen Volleyball-Turnier auf Promotions-Tour durch Kalifornien zu tingeln und während der Spiele in Los Angeles zu hospitieren. „An den freien Tagen des Damen-Wettbewerbs werden wir gegen die Top-Mannschaften als Sparringspartner auftreten“, berichtet Mader über die weiteren Pläne.

HANDBALL / Milde Richter im Fall Klempel

Keine Strafversetzung, nur Geldbuße für Göppingen

sid, Esslingen
Das Urteil ist gefällt, doch die Situation beim Handball-Traditionsverein Frisch Auf Göppingen ist unverändert ernst. Das Schiedsgericht des Handball-Verbandes Württemberg hat den Verein nur zu einer Geldstrafe von 10 000 Mark verurteilt und nicht, wie vom Deutschen Handball-Bund (DHB) gefordert, zur Versetzung in eine tiefere Spielklasse und zur Zahlung einer drakonischen Geldstrafe. Von einem härteren Urteil hatte sich der DHB abschrecken lassen. Die Signalwirkung für andere Vereine versprochen, die ihre Spieler ebenfalls durch Verstoß gegen die geltenden Amateurbestimmungen an sich binden.

Im Fall Göppingen/Klempel war bekannt geworden, daß der Verein dem Spieler vertraglich 100 000 Mark pro Saison zugesichert hatte und Klempel seinen Lebensunterhalt ausschließlich vom Handballspielen bestritt.

Trotz des milden Urteils bleiben die Probleme in Göppingen ungelöst, weil der Verein zwar eine Mannschaft für die nächste Saison, aber kein Präsidium stellen kann. Es scheint niemand bereit zu sein, als Präsident die Haftung für die 1,2 Millionen Mark Schulden des zweimaligen Europacup-Siegers zu übernehmen.

Sollte der drohende Konkurs doch noch abgewendet werden, droht das nächste Problem, weil der DHB erwägt, gegen das Schiedsgerichtsurteil Berufung einzulegen und nach Urteil Berufung einzulegen und nach Möglichkeit sucht, dem Verein die Meisterschaftspunkte, die aus dem Einsatz von Jerzy Klempel resultieren, nachträglich abzuerkennen.

Jerzy Klempel, der polnische Nationalspieler und Torschützenkönig der Olympischen Spiele 1980, hatte sich dem gegen ihn angestrebten Verfahren entzogen, indem er sich am Gründonnerstag beim FA Göppingen abmeldete, womit automatisch seine Mitgliedschaft im DHB erlosch.

Der kompakte Diesel-Fortschritt: Mercedes 190 D.

Die Herausforderung für viele, die noch keinen Mercedes fahren.

Zunächst einmal durch seine dynamische Beweglichkeit und die windschnittige Linie mit dem Strömungsheck. Die völlig neue Technik der kompakten Mercedes-Klasse bestimmt auch die richtungsweisende markante Form – mit dem aerodynamischen Vorbildwert von 0,33 cw – in der sich die Mercedes-Fortschritte der hochstabilen Leichtbauweise verbergen. Und ein Fahrwerk, das Epoche macht – durch Fahreigenschaften, die bisher nicht realisierbar schienen: Geradeauslauf,

Kurvenstabilität – entspanntes Lenken auch in aktivsten Fahrsituationen, vitale Freude am kompakten Automobil: eine neue Klasse des Dieselfahrens.

Sodann durch die spontane Kraft des völlig neuentwickelten Dieselmotors. Sofort nach dem Start ist dieses neue Triebwerk da – mit rundem, ruhigem Motorlauf in allen Drehzahlbereichen, mit ganzer Leistungsbereitschaft. Die Gründe: das Querstromprinzip, die weiterentwickelte Vorkammertechnolo-

gie, automatische Anhebung der Leerlauf-Drehzahl, Kraftstoffvorwärmung und viele andere Mercedes-Diesel-Ideen. Nicht zu reden von der Umweltfreundlichkeit unserer Dieseltechnologie.

Und dazu der einzigartige „akustische“ Fortschritt: Der 190 D hat als erster Serien-PKW Vollkapselung von Motor und Getriebe – eine Schale aus glasfaserverstärktem Kunststoff läßt praktisch nicht mehr hören, daß ein Diesel vorbeifährt.

Darüber hinaus durch die Tatsache, daß er ein durch und durch echter Mercedes ist. Mit seiner Wertbeständigkeit und Zuverlässigkeit, mit seinem durchdachten Bedienungskomfort und dem großzügigen Raumangebot. Und nicht zuletzt mit seiner vollwertigen, weiterentwickelten Mercedes-Sicherheit.

Den 190 D können Sie übrigens auf Wunsch mit dem elektronischen Antiblockiersystem (ABS) und der zusätz-

lichen Schutzeinrichtung des Airbag mit Gurtstraffer bekommen.

Und nicht zuletzt durch die neue Dimension der Wirtschaftlichkeit. Die Summe von minimalem Verbrauch,

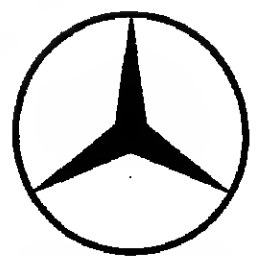
Kraftstoffverbrauch nach DIN 70030.	
4-Gang-Getriebe	
bei 90 km/h	5,3 Liter/100 km
bei 120 km/h	6,9 Liter/100 km
bei Stadtzyklus	7,5 Liter/100 km

geringster Reparaturwahrscheinlichkeit, großen Wartungsintervallen, höchster Wertbeständigkeit und einem zu erwartenden Spitzenwert beim Wiederverkauf. In diesem Sinne ist „190 D“ der neue Begriff für den denkbar höchsten Gegenwert.

- ☐ Ich bin an einer Probefahrt interessiert und erwarte einen Terminvorschlag.
- ☐ Senden Sie mir vorab Informationsmaterial über das Mercedes-PKW-Programm.
- ☐ Informieren Sie mich über das spezielle Leasing-Angebot.

Name: _____
Straße: _____ Nr.: _____
Telefon-Nr.: _____
PLZ: _____ Ort: _____

Bitte senden Sie diesen Coupon an:
Daimler-Benz AG, Abteilung VOI/VP-F,
Postfach 202, 7000 Stuttgart 60



Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

GALOPP / Das große Oster-Programm

Die Gestüts-Chefin von Birkenmoor schwärmt von Siegerin Pink Rose

K. GÖNTZSCHE, Bremen
Bereits 700 m vor dem Ziel des 4000 m langen Jagdrennens um den Großen Preis von Karlsruhe (30 000 Mark, 15 000 Mark dem Sieger) am Karfreitag auf der Galopprennbahn in Bremen (Gesamt-Wettumsatz: 534 462 Mark) stand der Sieg der sechsjährigen Stute Pink Rose mit Jockey Rainer Ording (24) nicht mehr in Frage. Im Ziel hatte sie einen Vorsprung von zwei Längen vor Araporo mit Amateurchampion Andreas Wöhler (22), der mit knappem Vorsprung das zweite Platzgeld vor Statino und Pendentif erkämpfte. Araporo, Hindeislerpferd des Jahres 1983, trug mit 72,5 Kilogramm das höchste Gewicht aller zwölf Starter.

Die Siegerin Pink Rose stammt aus der Zucht des Gestüts Birkenmoor in Visselhoevede in der Lüneburger Heide, das in jüngster Zeit durch beachtliche Erfolge immer mehr in den Vordergrund rückte. Pink Rose belegte 1983 im Großen Preis von Karlsruhe hinter Yolly Boy den zweiten Platz, wegen einer Verdickung an einer Sehne war anschließend ein Genesungsurlaub auf den Gestütssportpeln erforderlich. Vor ihrem Bremer Sieg lief die Stute in zwei Rennen. Marion Karnebogen, Juniorchefin des Gestüts, deren Lieblingspferd Pink Rose ist: „Diese Leistung hätte ich der Stute noch nicht zugetraut.“

Vorjahressieger Yolly Boy erlitt nach ersten Diagnosen im Rennen einen Gleichbeinabstoß. Mitfavorit Tomar mußte mit Nasenbluten anhalten.

Pink Rose wird auf der Kölner Galopprennbahn von Bruno Schütz (44) betreut. Bei ihm steht auch der vierjährige Hengst Fürst Igor im Stall, der Ostersonntag in Düsseldorf den Preis der König-Brauerei (41 000 Mark, 24 000 Mark dem Sieger, 1700 m) mit fast zwei Längen Vorsprung vor dem Trainingsgefahrten Feuersturm (Lutz Möder) und Delicous (Patrick Gilson) gewann. Fürst Igor steht jetzt unmittelbar vor der Erreichung der notwendigen Marke als Deckhengst. Für 28 000 Mark ersteigerte ihn am 5. September 1981 in Ifezheim der Frankfurter Stall Steigenberger aus der Zucht des in Baden-Baden ansässigen Kaufmanns Walter Vischer. Im Sattel saß in Düsseldorf Ex-Championjockey Manfred Hofer (29). Dessen um ein Jahr jüngerer Bruder Mario ritt für den Stall Steigenberger am Sonntag in Frank-

furt/Main den Hengst Prairie Beetle (ebenfalls aus Vischer-Zucht), der sich im Messe-Preis (17 000 Mark, 10 000 Mark dem Sieger, 1600 m) aber mit fast zwei Längen Rückstand Königslauf mit Jockey Paul Kallai geschlagen geben mußte. Kallai ist ein echter Globetrotter des Turfs: Der 51 Jahre alte Ungar hat Rennen in Österreich, USA, Ungarn, Jugoslawien und Deutschland gewonnen. In den USA gelangen ihm zwischen 1961 bis 1977 1718 Siege bei 14 690 Rennen. Dort zog er vorübergehend auch die Boxhandschuhe über und bestritt in der Fliegengewichtsklasse (bis 51 kg) sechs Profikämpfe. Im Vorjahr prallte er sich zu nächstlicher Stunde auf der Ifezheimer Rennbahn mit seinem englischen Jockey-Kollegen Kevin Woodburn.

Während des zweiten Rennens in Frankfurt erlitt die fünfjährige Stute Kalamaika einen Kreislaufkollaps, an dessen Folgen sie einging.

Gesamtumsatz an den Frankfurter Wettsschaltern: 837 450 Mark in zehn Rennen.

Zwei deutsche Galopper starteten über Ostern im Ausland. Die vierjährige Stute Santina, 1983 Siegerin im Kölner Frühjahrs-Stutenpreis, belegte im Prix Corrida (Europa-Gruppe III) in St. Cloud bei Paris erwartungsgemäß nur den achten Rang. Tombos aus dem Gestüt Fährhof lief Sonntag in Mailand im Premio d'Aprile (Europa-Gruppe III, 2000 m).

Der in Bremen ansässige englische Jockey Stephen Eccles (26) muß sich demnächst vermutlich vor dem Ordnungsausschuß des Direktoriums in Köln verantworten. Die Rennleitung verdächtigt ihn, am Samstag in Dortmund (Totoumsatz: 639 807 Mark) im zweiten Rennen den dreijährigen Hengst Schopenhauer nicht vorschriftsmäßig ausgeritten zu haben, er wurde vierter. Eccles entschuldigte seine Passivität mit einem defekten Kehlriemen und dem ständigen Hang des Pferdes zum seitlichen Wegbrechen über die innere Bahnbegrenzung.

Im Dortmunder Hürdenrennen (20 000 Mark, 10 000 Mark dem Sieger, 3600 m) deklassierte der achtjährige Wallach Petit Garcon mit Rainer Ulrich seine Gegner um zehn Längen.

Jockey Petra Faustlich (26) aus Dortmund ist Ostersonntag aus der Uniklinik Düsseldorf entlassen worden. Sie war am 7. April mit dem Wallach Page schwer gestürzt.

ZAHLEN

REITEN

Weltcup in Göteborg, Endstand: 1. Deslauriers (Kanada) 4 Punkte, 4. Fellerpunter, 2. Jola (USA) 1 love you und Pessoa (Brasilien) Larramy je 5, 4. Rilling (Deutschland) Silbersee 4,5, 5. Matz (USA) Chef und Pyrah Towerlands Angelzarte je 7,5, 7. Skellon (Belgien) England) 5, 5. 8. Cheska (USA) Southside 0, 9. Whitaker (England) Red Flight 10,5, 10. Burr (USA) Corsair 13,5, 21. Ligges (Deutschland) 22. - Dritte und letzte Wertungsprüfung: 1. Rilling, Pyrah, Matz, Skellon, Cape und Jula alle null Fehlerpunkte in zwei Umkämpfen, 7. Deslauriers, Pessoa und Cheska alle vier Fehlerpunkte.

RALLYE

32. Safari-Rallye in Kenia, vierter von zwölf Läufen zur Fahrer-Weltmeisterschaft, dritter von zehn Läufen zur Marken-WM, Endstand nach 523,06 km und 105 Zeitkontrollen: 1. Waldegaard/Thorselius (Schweden) Toyota Celica 122 Strafrufen, 2. Aalto/ten/Drews (Finnland/Kenja) Opel Mania 133, 3. Mikkola/Bertt (Finnland/Schweden) Audi Quattro 145, 4. Alen/Kivimäki (Finnland) Lancia Rally 188, 5. Mehta/Combes (Kenja) Nissan 240 215, 6. Preston Jr./Lyall (Kenja) Lancia Rally 254, 7. Salonen/Harjane (Finnland) Nissan 240 352, 8. Wilmann/Dickmann (Österreich/Deutschland) Audi Quattro 455. - Stand der Fahrer WM nach vier von zwölf Läufen: 1. Mikkola 44 Punkte, 2. Blomqvist (Schweden) Audi Quattro 35, 3. Alen 28, 4. Röhrl (Deutschland) Audi Quattro 23, 5. Waldegaard, Bettiga (Italien) Lancia Rally je 20. - Stand der Marken-WM nach drei von zehn Läufen: 1. Audi 50, 2. Lancia 33, 3. Toyota 28, 4. Renault 22, 5. VW 21, 6. Opel 16.

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal - Tottenham 3:2, Aston - Watford 2:1, Liverpool - Bromwich 3:0, Luton - Notts 3:2, Manchester United - Coventry 4:1, Norwich - Stoke 2:2, Nottingham - Birmingham 3:1, Queens Park - Leicester 2:0, Southampton - West Ham 2:0, Sunderland - Everton 2:1, Wolverhampton - Ipswich 0:3. - Tabellenplätze: 1. Liverpool 73 Punkte, 2. Manchester United 71, 3. Nottingham 64. - DFB-Oberliga, 23. Spieltag: Jona - Frankfurt 5:3, Union Berlin - Dynamo Berlin 1:1, Leipzig - Erfurt 3:0, Halle - Aue 1:1, Dresden - Rostock 3:0, Magdeburg - Biele 5:0, Kar-Marx-Stadt - Chemie Leipzig 2:1. - Tabellenplätze: 1. Dynamo Berlin 67/34:10, 2. Dresden 58/30/74:12, 3. Lok Leipzig 49/27/31:15.

BASKETBALL

Qualifikation zur Europameisterschaft der Junioren in Wolfenbüttel, 1. Tag: Israel - Schottland 85:45, Deutschland - Island 90:77.

HANDBALL

DM-Endrunde der Damen, Hingpiel: Oldenburg - Lützellinden 21:15. - DM-Finale, Herren, 2. Runde: Lützellinden - Hameln 13:18, Bremen - Hofweier 21:24, Hardheim - Wanne-Eickel 19:20, Wuppertal - Hüttenberg 22:16, Hamburg - Grünburg 20:22, Heilbronn - Essen 13:26, Leutershausen - Schutterwald 24:23, Düsseldorf - Griesheim 26:18, Rüsselsheim - Flens-

burg 19:22, Bidingen - Nürnberg 23:25, Weihe-Handewitt - Kiel 21:24.

TISCHTENNIS

14. Europameisterschaften in Moskau, neunter und letzter Tag, Herren-Einzel, Halbfinale: Grubbs (Polen) Surbek (Jugoslawien) 2:3, 21:19, 21:17, Bengtsson (Schweden) - Mazunow (UdSSR) 21:15, 18:21, 21:15, 21:19. - Finale: Bengtsson - Grubbs 21:16, 15:21, 21:13, 14:21, 21:19. - Damen-Einzel, Halbfinale: Batutova (UdSSR) - Hrachova (CSSR) 11:21, 22:20, 21:19, 18:21, 21:17, Popowa (UdSSR) - Szabo (Ungarn) 12:21, 21:10, 21:13, 21:13. - Finale: Popowa - Batutova 15:21, 21:13, 21:17, 21:16. - Herren-Doppel, Halbfinale: Kalpic/Surbek (Jugoslawien) - Bengtsson/Carlsson (Schweden) 21:14, 18:21, 21:11, Waldner/Lindh (Schweden) - Secretin/Birocheau (Frankreich) 21:14, 21:17. - Finale: Surbek/Kalpic - Waldner/Lindh 21:19, 21:18. - Damen-Doppel, Halbfinale: Batutova/Perkucin (Jugoslawien) - Szabo/Urban (Ungarn) 21:19, 21:17, Popowa/Antonjan (UdSSR) - Hrachova/Vriesekoop (CSSR/Holland) 21:20, 18:21, 22:20. - Finale: Popowa/Antonjan - Batutova/Perkucin 21:10, 21:13. - Gemischtes Doppel, Finale: Secretin/Popowa (Frankreich/UdSSR) - Pansky/Hrachova (CSSR) 21:14, 21:19.

SEGELN

47er-Regatta vor Palma de Mallorca, Endstand: 1. Wolfgang und Joachim Hunger (Deutschland) 29,1 Punkte, 2. Smith/Barker (England) 32,7, 3. Dorset/Molina (Spanien) 35,7, 4. Holmer/Stewen (England) 46,0, 5. Hüttermann/Körte (Deutschland) 46,4.

RAD

„Rund um Frankfurt“ für Amateure, sechsundzwanzigste und das „Grüne Band“ (197 km): 1. Hübner (Freiburg) 4:46:45 Std., 2. Freistenstein zeitgleich, 3. Knauser (beide Nürnberg) 1:01 Min. zur., 4. Göbe (Berlin) 1:20, 5. Rotter (Stuttgart), 6. Gindler (Wiesbaden) alle gleiche Zeit.

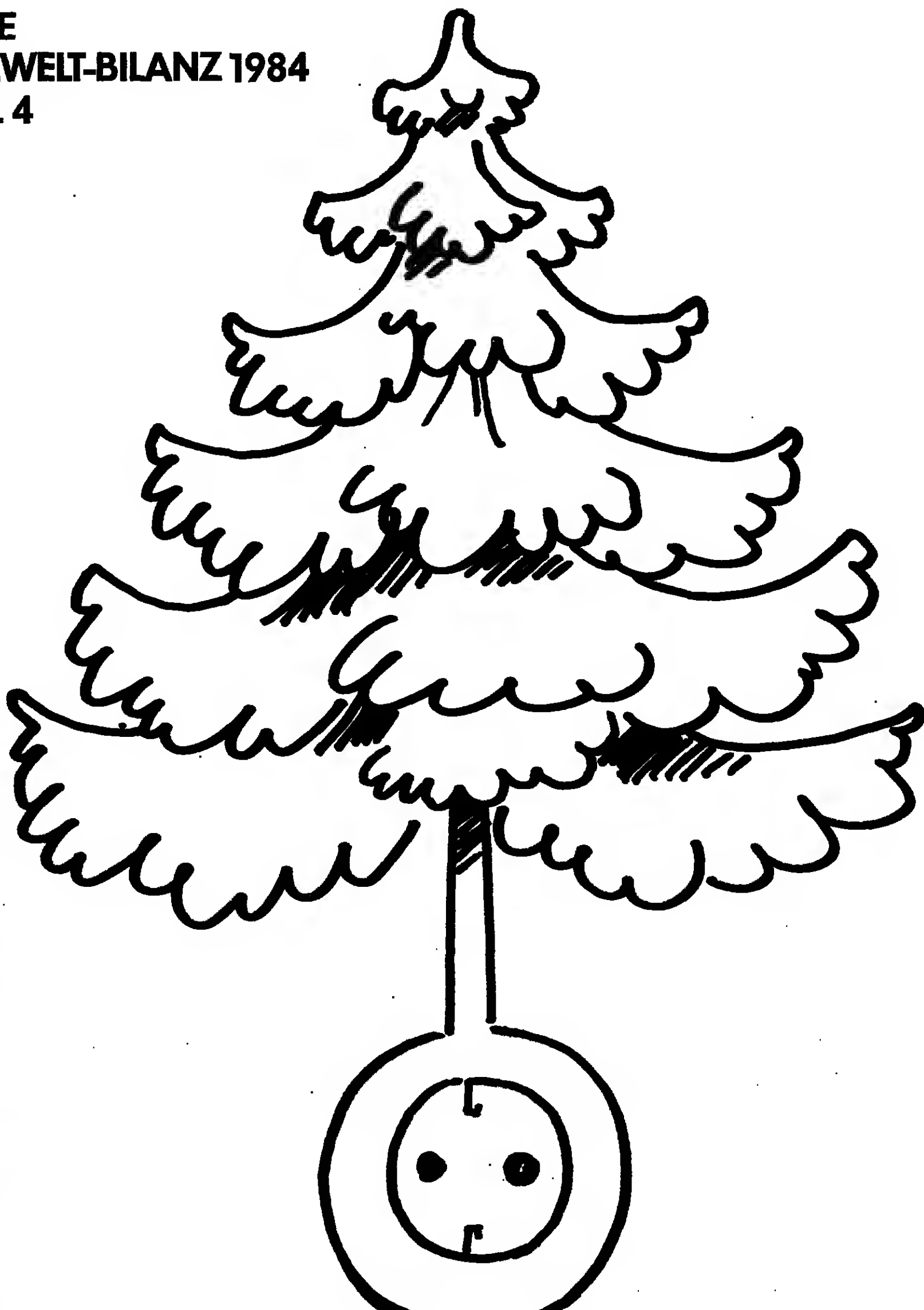
GALOPP

Rennen in Düsseldorf, 1. R.: 1. Frachtvogelbunde (K.H. Hofmann), 2. Magicien - 3. Töbner Prince, Toto: 44/14, 12, 15, ZW: 106, DW: 716, 2. R.: 1. Belze (M. Katzenbauer), 2. Amber Star, 3. Stephanus, Toto: 76/21, 19, 30, ZW: 284, DW: 5404, 3. R.: 1. New Moon (M. Hofer), 2. Lucky Boss, 3. Königsblüte, Toto: 16/15, 30, ZW: 124, DW: 200, 4. R.: 1. Almgart (M. Hofer), 2. Great Pleasure, 3. Wisent, Toto: 19/14, 19, ZW: 76, DW: 152, 5. R.: 1. Fürst Igor (M. Hofer), 2. Feuersturm, 3. Delicous, Toto: 60/22, 45, 22, ZW: 884, DW: 4348, 6. R.: 1. Saturn (P. Schiergen), 2. Merkur, 3. Weinrebe, Toto: 38/15, 15, 17, ZW: 132, DW: 716, 7. R.: 1. Pallasch (M. Hofer), 2. Aspalatos, 3. Sacha, Toto: 108/28, 21, 34, ZW: 439, DW: 8184, 8. R.: 1. Cleonus (R. Ulrich), 2. Despinio, 3. Clou, Toto: 17/10, 12, 12, ZW: 32, DW: 76, 9. R.: 1. Forger (D. Bretschneider), 2. Asmodi, 3. Ossimo, Toto: 56/16, 15, 13, ZW: 400, DW: 892.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 9, 24, 26, 30, 36, 37, Zusatzzahl: 49. - Spiel 77: 2 7 6 2 0 5 5. - Toto, Elferwette: 2, 1, 1, 0, 2, 1, 1, 1, 1, 1. - Rennquintett: Rennen A: 15, 5, 10. - Rennen B: 31, 22, 33. (Ohne Gewähr).

RWE UMWELT-BILANZ 1984 TEIL 4



WALDDIAGNOSE

oder: Im Dickicht der Argumente.

Es gibt viele mögliche Gründe für die Waldschäden. Unabhängige Experten stellten fest, daß je nach Standort die Ursachen und Einflußfaktoren stark variieren können. Sowerden z.B. folgende Teilaspekte und Phänomene diskutiert:

1. Schwefeldioxid (SO₂) und seine Folgeprodukte belasten durch Säurebildung den Wald.
2. Flechten, als besonders empfindlich gegenüber SO₂ angesehen, finden sich gerade an den erkrankten Bäumen.
3. Die Baumschäden traten bisher vornehmlich in höheren Lagen auf.

4. Die erkrankten Bäume sind überwiegend Nadelbäume.
5. Das Fichten- und Tannensterben ist kein neues Phänomen. So wird beispielsweise über ein massenhaftes Absterben der Tanne schon im Jahre 1875 in Sochen berichtet.
6. Aus Messungen der letzten 50 Jahre geht hervor, daß sich der Säuregehalt des Niederschlags in Deutschland seit Jahrzehnten im Mittel nicht geändert hat.
7. Durch ständig steigendes Verkehrsaufkommen nimmt die Schadstoffbelastung weiter zu.
8. Der Kombinationseffekt, der sich aus dem Zusammenwirken mehrerer Einflußfaktoren ergibt, ist bisher unerforscht.

9. Extreme Klima-Schwankungen ziehen einen Befall mit Baum-Schädlingen wie Insekten, Pilzen, Bakterien und Viren nach sich.
10. Spätwirkungen von Trockenjahren oder waldbauliche Maßnahmen (z.B. Monokulturen) können den Wald schwächen.

Die Forscher sind also nach hinten in der Arbeit.

Wie geht es weiter?

Obwohl die Ergebnisse der Forschung noch nicht vorliegen, handelt das RWE schneller als gefordert. So investieren wir allein für die Entschwefelung unserer Braunkohle-Kraftwerke rund 3 Mrd. DM. Weitere 5 Mrd.

DM geben wir für den Bau von vier neuen, umweltfreundlichen 600-MW-Braunkohleblöcken aus, um möglichst schnell alte Kraftwerke ersetzen zu können.

Worum? Aus Vorsorge. Um alle Chancen zum Schutz unserer Umwelt zu nutzen.

RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
4300 Essen, Kruppstraße 5

Reagan bereitet sich auf Besuch in China vor

DW, Honolulu

US-Präsident Ronald Reagan bereitet sich auf Hawaii auf seinen ersten Besuch in einem kommunistischen Land vor: Er wird am kommenden Donnerstag die Volksrepublik China aufsuchen. Damit ist er der erste amerikanische Präsident seit 1975, der zugleich auch ein asiatisches Land bereist. Der amerikanische Präsident will alle internationalen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und bilateralen Problematiken ansprechen. Auch die Chinesen erwarten von diesem Besuch wichtige Impulse für einen weiteren Ausbau der Beziehungen. Peking hatte schon in den vergangenen Tagen signalisiert, daß es auch im Bereich der Raumfahrt engere Verbindungen zu den Vereinigten Staaten aufnehmen wolle. In Hawaii sagte Reagan, er beginne eine „lange Reise für den Frieden“. Seine Mission sei ein „vorsichtiger, doch sicherer Schritt zu Frieden und Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem amerikanischen Volk“.

Unterdessen hat Moskau die USA beschuldigt, China in ihre Interessensphäre einbeziehen und eine Achse Washington-Tokio-Peking-Seoul schaffen zu wollen. Dies sei die Intention der amerikanischen Präsidenten für die bevorstehende Reise. Ansatzpunkt für die Zusammenarbeit zwischen Washington und Peking sei beispielsweise eine angestrebte Militarisierung Japans.

Die Politik Washingtons habe es außerdem darauf abgesehen, im asiatischen Raum zunehmend Einfluß auf Indien zu nehmen. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass verwies darauf, daß das mit Indien verbündete Regime in Pakistan von Peking unterstützt werde.

Kreml lehnt Initiativen für Genf und Wien ab

„Prawda“ wirft Präsident Reagan Wahlpropaganda vor

dpa/AFIP, Moskau/Washington
Die Sowjetunion hat erneut sowohl den amerikanischen Vorschlag in Genf zum Verbot der chemischen Waffen als auch die NATO-Vorschläge bei den Verhandlungen in Wien über eine Truppenreduzierung in Mitteleuropa deutlich zurückgewiesen. Der westliche Vorschlag in Wien sei „propagandistisches Feuerwerk“, durch das die Außenpolitik von US-Präsident Reagan während seiner Wahlkampagne einen rosa Farbton bekommen soll, schrieb die Parteizeitung „Prawda“. Die „leere Salve an der Donau“ sei durch eine ebenso leere Salve am Genfer See vorbereitet worden.

In der „Prawda“ hieß es weiter, US-Vizepräsident Bush habe in Genf über ein Verbot der Waffen des „leisen Todes“ gesprochen und zugleich einen intensiven Ausbau dieses unheilvollen Waffenarsenals durch die USA angekündigt. Auch dies sei lediglich im Hinblick auf die Wahlkampagne in den USA geschehen.

Nach Auffassung des Staatsministers im Bonner Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), müßte die derzeitige negative Haltung der Sowjetunion gegenüber den Abrüstungs- und Entspannungsvorschlägen des Westens im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA gesehen werden: Die Sowjets würden aufgrund taktischer Überlegungen ihre Karten erst dann auf den Tisch legen, wenn sie wüßten, ob sie es vom Herbst dieses Jahres an in Washington weiterhin mit einem festen und stetigen oder aber mit einem bequemen und schwankenden Partner zu tun haben. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bedauerte in einer Erklärung, daß die Warschauer-Pakt-Staaten die Wiederaufnahme der Verhandlungen über

nukleare Mittelstreckensysteme weiterhin von Vorbedingungen abhängig machten. Die Außenminister dieser Staaten hätten am Osterwochenende in Budapest ihre anhaltende Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Westen bekundet, jedoch den Abbau der neuen US-Mittelstreckensystemen in Westeuropa als Voraussetzung dafür genannt. Genscher betonte, der Westen habe gerade in diesen Tagen durch neue Initiativen wie den Vorschlag für das C-Waffen-Verbot sein ernsthaftes Streben nach konkreten Abrüstungsschritten erneut bewiesen. Der Bundesaußenminister zeigte sich befriedigt über den „konstruktiven Grundton“ der Budapest-Erklärung des Warschauer Paktes.

Wie die „Washington Post“ unter Berufung auf das State Department berichtet, wollen die USA die Sowjetunion auffordern, in Genf bilaterale Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Vertrages über das Verbot der C-Waffen aufzunehmen. Falls solche Verhandlungen zustande kämen, wären sie das erste direkte Gesprächsforum über Abrüstung zwischen den Supermächten, seit im Herbst 1983 die Genfer Verhandlungen über Mittel- und Langstreckensysteme unterbrochen wurden.

Nach Auffassung des sozialdemokratischen Abrüstungsexperten Egon Bahr hat der US-Vorschlag für ein weltweites Verbot chemischer Waffen keine Chance für einen wenigstens partiellen Fortschritt in der Rüstungskontrolle. Im Süddeutschen Rundfunk erklärte Bahr, er habe den Eindruck, daß dieser Vorschlag eine hervorragende Abdeckung zur Beantragung von Geld zur Produktion chemischer Waffen“ biete. 1984 werde in Bezug auf Rüstungskontrolle ein „verlorenes, ein totes Jahr“ sein.

Apel schließt Bündnis mit Alternativen aus

hrk, Berlin

Der neue SPD-Spitzenkandidat und Bewerber um das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Hans Apel, schließt ein Regierungsbündnis mit der „Alternativen Liste“ nach den Berliner Wahlen am 10. März 1985 aus. Dies bekräftigte er in einem Interview mit dem „Volksblatt Berlin“. Zugleich kündigte er im Falle einer Niederlage an, die SPD-Opinion „mindestens“ bis 1989 zu führen.

Apel bezeichnete die SPD-Chancen, wieder den Senat zu stellen, als „sehr gut“. Die FDP werde kaum ins Parlament zurückkehren und die beiden großen Parteien „am Ende sehr nahe beieinander liegen“. Der SPD-Politiker wiederholte, seine Partei strebe an, allein den Senat zu stellen. Apel kündigte ein „klares Wahlprogramm“ ohne politischen „Spagat“ an. Es werde klare Aussagen zur atlantischen Partnerschaft und zur westlichen Bindung zur Präsenz der Westalliierten in West-Berlin, eine Absage an Gewalt und eine klare Aussage zum Parlamentarismus mit seinen Konsequenzen“ enthalten. Apel lehnt es ausdrücklich ab, über eine mögliche Große Koalition zu debattieren.

Eine Aussage über ein mögliches Zusammengehen mit der CDU lehnte Apel zu diesem Zeitpunkt ab. Dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) könne auch nicht die Frage gestellt werden, „ob er unter Hans Apel Senator sein will“. Die Chancen der SPD beim Wahlgang im Frühjahr nächsten Jahres beurteilte Apel als günstig. Erklärtes Ziel seiner Partei sei es, die Alleinvertretung zu bilden. Für den Fall einer Niederlage kündigte Apel an, die Opposition im Parlament zu führen. „Sicherlich nicht bis ans Ende meiner Tage, aber sicherlich für die nächste Legislaturperiode.“

Papst unterstützt die Ziele der „Solidarität“

Osterbotschaft: Appell an die Kräfte des Friedens

dpa/AFIP, Rom/Warschau/Peking
In seiner Osterbotschaft hat der Papst die Welt aufgefordert, dem Erlöser „in dieser schwierigen Zeit der Gegenwart“ die Türen zu öffnen. Vor mehr als 300 000 Menschen erinnerte Johannes Paul II. auf dem Petersplatz an den Hungertod von Millionen Menschen, die Verletzung der Menschenrechte, Unterdrückung, Gewalt, Folter, Terrorismus und die Tötung ungeborenen Lebens. Er appellierte an die Kräfte des Friedens und der Hoffnung, die gegen Zerstörung und Verwerflichkeit gerichtet seien.

Nach seiner Botschaft, die vom Fernsehen in 36 Länder übertragen wurde, übermittelte der Papst den Gläubigen in 45 Sprachen seine Osterwünsche und spendete den traditionellen Segen „Urbi et orbi“ – der Stadt und dem Erdkreis. Anschließend schloß das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche die Heilige Pforte des Petersdoms und benedixte damit das „Heilige Jahr der Erlösung“, das im März 1983 in Erinnerung an den Tod Christi vor 1950 Jahren ausgerufen worden war.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, mahnte in seiner Osterpredigt im Kölner Dom, eine Gesellschaft, in der die Osterbotschaft der Auferstehung Christi gelehrt oder mißachtet werde, sei von innen her bedroht. Menschen, die nicht mehr an das ewige Leben glauben, erwarteten zuviel von der Gesellschaft. Dies aber führe zu Unzufriedenheit, seelischer Ermattung und zum Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens.

In gutbesuchten Gottesdiensten gedachten auch die evangelischen Christen in der Bundesrepublik der Auferstehung Christi. Der bayerische Landesbischof Hanselmann warnte

vor der Gefahr, daß sich Hoffungslosigkeit zu einer Weltanschauung entwickeln könne und rief zu „Vergeblichkeit statt Vergehung“ auf.

In Polen stand das Osterfest auch in diesem Jahr im Zeichen des Protestes gegen das Regime Jaruzelski. Primas Glomp rief die Gläubigen am Ostersonntag im Warschauer Dom auf, für die rund 400 inhaftierten Regimegegner zu beten. Er beklagte, daß die Polen zugefügten Leiden, für die sie keinen Grund kennen“ und griff die offizielle Propaganda an. Sie habe „den legitimen Fragen der Christen“ nichts als „gewandte Formulierungen“ entgegenzusetzen, die „mit der sozialen, nationalen und familiären Realität“ nicht übereinstimmen.

Der Papst hatte sich bereits am Karfreitag – in dieser Deutlichkeit zum ersten Mal seit seiner Polen-Reise im vergangenen Juni – für die Ziele der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ eingesetzt. Er erwartete, daß sie „weder zunichte gemacht noch vermindert“ würden, sagte er vor 500 polnischen Pilgern in Rom. Die „Erunggenschaften der 80er Jahre“ müßten gewahrt bleiben.

Mehr als 10 000 katholische Christen nahmen in Peking an den fünf Ostergottesdiensten der Kirche der Heiligen Maria und der Kirche des Heiligen Joseph teil. Auch in den protestantischen Kirchen von Peking, Guangzhou und Hainan fanden Osterdienste statt. Mindestens 50 000 Pilger besuchten die Osterfesten der katholischen, protestantischen und orthodoxen Kirchen in Jerusalem. 40 Millionen russisch-orthodoxe Christen besuchten trotz staatlicher Schikanen in der Sowjetunion das Osterfest. Vor den Moskauer Kirchen mußten sich die Gläubigen – wie in jedem Jahr – von Milizionären „beschlüsselt“ lassen.

Libanon: Waffenruhe und Gespräche

AFP, Damaskus/Beirut

Während die Waffenruhe in Beirut anhält, waren die Ostertage von intensiven Beratungen über die in Libanon geplante Bildung einer nationalen Koalitionsregierung und die Umstrukturierung der Armee gekennzeichnet.

Die führenden libanesischen Oppositionspolitiker wurden gestern in Damaskus zu einem gemeinsamen Unterredung von dem syrischen Staatschef Assad empfangen. Am Freitag hatten Drusen-Chef Deschumblatt, der Schiitenführer Berri und der sunnitische Politiker Raschid Karame, dem gute Chancen eingeräumt werden zum Premierminister ernannt zu werden, bereits mit dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam konferiert. Khaddam flog anschließend nach Beirut, wo er sich mit dem sunnitischen König Fahd beriet. Unterdessen traf in Beirut der libanesischen Präsident Amin Gemayel die christlichen Politiker Chamoun und Frangieh.

Bei allen Gesprächen ging es um die Verwirklichung des Kompromisses, auf die sich Assad und Gemayel in der vergangenen Woche bei einem erneuten Gipfel offenbar geeinigt hatten. Bei dem Reformplan für Libanon kündigte Regierung und Armee an, daß die Armee eine gleichberechtigte Beteiligung an der Machtausübung zu sichern. Dem Vernehmen nach sträuben sich die christlichen Kreise gegen die Ernennung Karame zum neuen Ministerpräsidenten, da sie ihn als parteiisch und syrienhörig ablehnen. Der sunnitische Politiker verlangte als Voraussetzung für die Annahme des Reformplanes von allen Konfliktparteien eine schriftliche Verpflichtung zur Mitarbeit und zur Einhaltung eines dauerhaften Waffenstillstandes, hieß es.

Hubschrauber war über CSSR-Gebiet

AP, München/Washington

Der am Freitag von zwei MIG-Kampfflugzeugen beschossene US-Kampfhubschrauber hat sich offenbar in tschechoslowakischem Luftraum befunden. Am Wochenende wurde durch Zeugnisaussagen die Erklärung des diensthabenden Bundesgrenzschutzes in Schwandorf erhärtet, der Helikopter sei bei Zwiesel (Niederbayern) mehrere Kilometer weit in das Gebiet der CSSR eingedrungen. Ein Pressesprecher des Bundesgrenzschutzkommandos Süd in München sprach von sechs übereinstimmenden Zeugnisaussagen, wonach sich der Hubschrauber an mindestens zwei Stellen jenseits der deutschen Grenze befand. Auch Washingtoner Militärkreise sprachen von einem „begründeten Verdacht, daß der Helikopter die Grenze überschritten hat“.

Nach Mitteilung des Pentagon war der Hubschrauber mit einer Rakete und mit Bordwaffen beschossen worden. Er wurde jedoch nicht getroffen und kehrte nach Nürnberg zurück.

Sandinisten griffen im Grenzgebiet an

AP/AFIP, Washington/San José

Die sandinistische Luftwaffe hat am Osterwochenende heftige Bombenangriffe gegen die von Eden Pastora geführten Widerstandskämpfer der „Demokratisch-Revolutionären Allianz“ (ARDE) im Grenzgebiet zu Costa Rica geflogen. Die ARDE-Truppen hatten sich nach der vorübergehenden Besetzung der nicaraguanischen Hafenstadt San Juan del Norte an die Grenze zurückgezogen. Ein Offizier der costaricanischen Grenzschutzverbände beschuldigte Nicaragua, den Luftraum des Landes mehrfach verletzt zu haben.

Die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC und die Tageszeitung „New York Times“ haben inzwischen übereinstimmend berichtet, die ARDE befände sich gegenwärtig unter „völliger Kontrolle“ der CIA. Die CIA habe die Widerstandskämpfer gezwungen, bestimmte militärische Ziele in Nicaragua anzugreifen und gedroht, sonst die Gelder für die Organisation zu streichen.

Annektierte Libyen Norden Tschads?

AP/DW, N'Djamena

Libyen soll nach Berichten westlicher Diplomaten den Norden des Tschad annektiert haben. In dem Gebiet seien Volksaufschlüsse nach libyschem Vorbild errichtet worden. In N'Djamena wird eine Rede des libyschen Revolutionsführers Khadafi vom Sonntag als Bestätigung einer Annexion angesehen. Khadafi soll dabei gesagt haben, Tschad und Libyen seien als Einheit zu betrachten; Tschad sei eine Fortsetzung Libyens und Libyen eine Fortsetzung Tschads.

In den Diplomaten-Berichten heißt es weiter, die Annexion des nördlichen Tschad sei während der jüngsten Feuerspause in dem mit Unterbrechungen seit fast zwei Jahrzehnten andauernden Bürgerkrieg im Tschad erfolgt. In einem Interview mit Radio N'Djamena erklärte ein übergeleiteter Mitglied der von Khadafi unterstützten tschadischen Rebellen, den Einwohnern von Faya Largeau sei erklärt worden, die libysche Besetzung sei endgültig.

Belgrad geht gegen Intellektuelle vor

Fortsetzung von Seite 1

den – und zwar über das heute im jugoslawischen Vielvölkerstaat brennendste politische Thema: die Nationalitätenfrage.

Djilas hatte sein halbstündiges Einleitungsreferat am Freitag kaum beendet, als gegen 19.50 Uhr zahlreiche Polizei- und Sicherheitsbeamte in die kleine Erdgeschosswohnung mit dem Ruf „Hände hoch!“ eindrangen. Sämtliche Anwesenden mußten mit erhobenen Händen stehen und wurden anschließend einzeln von einem Polizisten fotografiert. Dann wurden sie in mehreren „Maracas“ (Marica ist der jugoslawische Spitzname für die „grüne Minna“) abtransportiert, wobei Djilas von den Übrigen getrennt wurde. Die ganze Straße war, wie Augenzeugen berichteten, von Polizeikräften abgeriegelt worden.

Das scharfe Vorgehen des jugoslawischen Regimes gegen Djilas und die 27 Intellektuellen hat in Belgrad, wo man seit einigen Jahren an ein

„liberalisiertes“ Klima und an ziemlich offene Diskussionen gewohnt war, große Bestürzung ausgelöst. Offenkundig fürchten die Tito-Nachfolger, daß die schwere Wirtschaftskrise Jugoslawiens – ähnlich wie seinerzeit in Polen – zu einem Überspringen des Funksens der Unzufriedenheit von den weitgehend oppositionellen Intellektuellen auf die Arbeiterschaft und auf breite Massen der Bevölkerung führen könnte.

Bereits seit vielen Monaten gärt es in der intellektuellen Szene Jugoslawiens: Auf Sozialkongressen wie etwa im vergangenen November in Portoroz und in Neusatz (Novi Sad) war das gegenwärtig herrschende Regime heftig attackiert und eine Demokratisierung von Gesellschaft und Partei gefordert worden. In der Belgrader Literaturzeitschrift „Knjizevna Rec“ (Das literarische Wort) hatte vor einigen Tagen ein Journalist der angesehenen kommunistischen Zeitung „Politika“ sogar damit begonnen, das Denkmal Titos zu de-

montieren, indem er die Frage stellte, ob der legendäre Parteichef nicht seinerzeit mitschuldig an gewissen Verbrechen Stalins gewesen sei. Der Autor erhielt daraufhin Hausverbot von der „Politika“-Chefredaktion.

Besondere Nervosität legen die jugoslawischen Sicherheitsbehörden aber an den Tag, sobald die Person von Milovan Djilas irgendwo auftaucht. Djilas hat – ausschließlich wegen seiner regimiekritischen Buch- und Artikelpublikationen, die allesamt im westlichen Ausland erschienen sind – über neun Jahre in jugoslawischen Gefängnissen zuzubringen müssen. Der heute 73-jährige Ex-Partisan, der sich jetzt zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten bekennt, wurde durch zahlreiche Bücher weltbekannt, besonders aber durch sein Erstlingswerk „Die neue Klasse – eine Analyse des kommunistischen Systems“. Djilas ist seit vielen Jahren auch regelmäßiger Mitarbeiter der WELT.

Libyer harren in ihrer Botschaft aus

Fortsetzung von Seite 1

tenst durch Aktionen libyscher Terroristen in einen Kriegsschauplatz verwandelt wurden.

Die britische Regierung hat allen Insassen des libyschen „Volksbüros“, also auch den nicht-akkreditierten Diplomaten, freies Geleit zugesichert. Das bedeutet, daß auch der Mörder der britischen Polizistin Yvonne Fletcher, der noch im „Volksbüro“ vermutet wird, straflos davonkommt. Die britische Polizei glaubt, daß die Chancen, diesen Mann zu identifizieren und des Mordes zu überführen, zu gering sind.

Den Insassen des „Volksbüros“ wurde angeboten, daß sie bis zum Ablauf des Ultimatum am kommenden Sonntag zu jeder Zeit das „Volksbüro“ verlassen können, vorausge-

setzt, daß sie unbewaffnet sind. Die Insassen haben das Angebot mit der Begründung abgelehnt, daß sie bis zum Sonntag „noch viel zu tun haben“. Sollten sie sich nach Ablauf des Ultimatum noch weigern, das Gebäude zu räumen, bleiben den Briten zwei Möglichkeiten: sie können die Insassen, die bisher von ihnen großzügig verpflegt wurden, „aushungern“ oder das Gebäude durch Mitglieder der Spezialeinheit SAS stürmen lassen, wie es vor fünf Jahren bei der iranischen Botschaft in London geschah.

Die britische Regierung wird versuchen, den Fall vor die Vereinten Nationen zu bringen und dort internationale diplomatische Sanktionen gegen Libyen zu erreichen. Es wird nicht ausgeschlossen, daß sie auch die anderen EG-Mitglieder bittet, ihre

diplomatischen Beziehungen zu Libyen zu überprüfen. Der 6500 britischen Staatsangehörigen in Libyen wurde am Montag vom britischen Außenministerium empfohlen, vorläufig dort zu bleiben. Man glaubt in London, daß für sie keine unmittelbare Gefahr besteht und stützt sich dabei auf die Erfahrungen der in Libyen arbeitenden Amerikaner, die während des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Libyen vor drei Jahren bisher nicht ernsthaft bedroht wurden.

Der Handel mit Libyen ist für Briten kein wesentlicher Punkt. Die 61-unabhängigen sind, die in London als Finanzplatz für die Libyer von erheblicher Bedeutung. Ein großer Teil ihrer Ölgelder fließt in die Londoner City geht.



Früher haben wir Bargeld gebracht. Heute tauschen wir Datenträger aus.

Ihr Berater empfiehlt:

Nutzen Sie wie viele andere fortschrittliche Unternehmen die Vorteile des beleglosen Zahlungsverkehrs. Problemloser Datenträgeraustausch spart Zeit, Geld und Risiken. Sprechen Sie mit uns.

Wenn's um Geld geht – Sparkasse



An der Klagemauer

Ha. (Brüssel) - Weitgehend abgelehnt hat sich die europäische Agrarlobby mit dem spanischen EG-Beitritt. Um so mehr bemüht sie sich im Augenblick, die Gemeinschaft von großzügigen Einfuhrzulagen an Drittländer abzuhalten. Während die französische Regierung ihren Obst- und Weinbauern nur wenig Rückendeckung gibt, ist die italienische an der Klagemauer stets lautstark präsent. Auch Griechenland befindet sich (seit seinem Beitritt) unerschütterlich im Lager der Protektionisten.

In Wirklichkeit gibt es nur wenige Erzeugnisse, für die sich durch die Siderweiterung neue Probleme stellen. Schon jetzt ist nämlich Spanien der wichtigste Drittländerslieferant der nördlichen EG-Länder und sticht häufig auch italienische Produzenten aus. Die Möglichkeiten, die traditionellen Importe aus den südlichen Mittelmeerländern aufrecht zu erhalten, werden durch den Beitritt grundsätzlich nicht eingeeignet. Voraussetzung ist allerdings, dass die Erzeuger in der Gemeinschaft ein Minimum an Disziplin bewahren und ihre Produktionen nicht unkontrolliert ausdehnen.

Italien pocht auf die „Gemeinschaftspräferenz“, als gäbe es nicht schon genügend Maßnahmen, die

EG-Waren Wettbewerbsvorteile verschaffen. Weder Referenzpreise noch „Marktdurchdringungsprämien“ oder Verarbeitungsbeihilfen können jedoch auf die Dauer den Absatz garantieren, wenn die Verbraucher andere Erzeugnisse bevorzugen.

Rentner

cd. - Die Bundesbank führt in ihrem Monatsbericht viele Gründe auf, warum die Aktie als Finanzierungsinstrument in der Bundesrepublik eine im internationalen Vergleich unterentwickelte Rolle spielt. Dabei reibt sie den vorsichtigen Bankiers einiges unter die Nase, was angesichts deren verstärkten Bemühungen, Familiengesellschaften in Aktiengesellschaften umzuwandeln und an die Börse zu bringen, ein wenig überspitzt wirkt. Zu wenig gewiss mißt die Bundesbank dagegen einer der Ursachen für die geringe Beliebtheit der Aktie als Anlageinstrument der privaten Haushalte bei der Rentner-Mentalität der Bundesbürger. Mehr als ein Dutzend Jahre haben ihnen Politiker vorgegaukelt, jedermann könne sich auf staatliche Wohlstand verlassen, so daß die Erkenntnis verkommt, daß die Bereitschaft zum Risiko auch mit überdurchschnittlichen Chancen belohnt wird. Daran krankt nicht nur der deutsche Aktienmarkt, sondern unsere Gesellschaft.

Hoffen beim Handel

Von JOACHIM GEHLHOFF

Es klingt ein bißchen nach dem Gesang verängstigter Kinder im finsternen Walde, was die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels derzeit zur Geschäftsentwicklung der reichlich 300 000 Unternehmen dieser Branche zum besten gibt. Auch die seit Anfang dieses Jahres „sehr stark schwankenden“ Monatsumsätze ändern nichts daran, daß sich die in den Jahren 1981 und 1982 miserabel und 1983 besser gewordene Konjunktur im Einzelhandel weiterhin „auf dem Pfad der ruhigen Erholung“ befindet. Ergo bleibe es auch bei der bisherigen Verbandsprognose, daß 1984 dem Einzelhandel ebenso wie 1983 Umsatz-Plusraten von nominal etwa 3,5 Prozent und real einem Prozent bringen werde.

Tatsächlich aber gibt es derzeit auch weniger auf Zuversicht gestimmte Signale. So beklagen gerade auf der letzten Düsseldorf Igedo-Modemesse die Fabrikanten, daß die Einzelhändler in dieser Sparte (die nach Lebensmitteln die umsatzstärkste im Handel ist) für die kommende Herbst/Wintersaison schwächer als vor Jahresfrist geordert haben. So ist vom Quartier der deutschen Warenhauskonzerne zu hören, daß ihr Umsatz im ersten Quartal 1984 nominal um 4,6 Prozent hinter dem Vorjahresstand zurückblieb.

Auch der sehr schwach begonnene und erst in der vorletzten Woche bei endlich frühlingshaften Wetter rasant gewachsenen April-Umsatz bleibt im Warenhaus-Konzernquartier wohl noch leicht hinter dem Vorjahr zurück. Ähnlich Negatives meldet der Facheinzelhandel. Etwas besser scheint die Tendenz weiterhin bei den auf servicearme Billig-Angebote konzentrierten „Verbrauchermärkten“. Desgleichen nun auch im Versandhandel, der 1983 nochmals und im Gegensatz zum Erholungsstrend der gesamten Handelsbranche tüchtig Federn lassen mußte.

In summa also derzeit kein Signal, daß der Verbraucher mit gesteigerter Konsumlust den Konjunkturaufschwung begleitet. Das ist einerseits verständlich und andererseits für den Aufschwung ungehörig.

Verständlich, weil schon 1983 in der Progressionschraube der Steuern und Sozialabgaben die Nettoeinkommen der Bundesbürger aus Lohn und Gehalt nur noch um 0,4 Prozent

wuchsen. Das Plus im Einzelhandel, der seinen Umsatz um fast 13 auf 449 Milliarden Mark steigerte, stammte vornehmlich daraus, daß die wieder vertrauensvoller gestimmten Bürger das „Angstsparen“ bleiben ließen. Die Sparquote der privaten Haushalte sank drastisch auf den seit vielen Jahren niedrigsten Stand von 11,3 (nach 13,1) Prozent des verfügbaren Einkommens. Rund zehn Milliarden Mark machten die Bürger damit zusätzlich für den Konsum locker.

Den gleichen Umsatzschub aus nochmals kräftigem Sparquoten-Rückgang erwartet für 1984 niemand. Auch noch keine großen Zuwächse bei den Arbeitnehmer-Nettoeinkommen. Ungefährlich für den Konjunkturaufschwung scheint das alles hauptsächlich aus einem Grund.

Die Erfahrung aus den bis 1982 abgelaufenen sieben Konjunkturzyklen der Nachkriegswirtschaft lehrt, daß zunächst einmal Investitionen und Export das Tempo einer gesamtwirtschaftlichen Erholungsphase bestimmen. Was dann von dort positiv auf Arbeitsmarkt und Einkommen ausstrahlt, macht die echte Besserungsbasis für das Geschäft der Einzelhändler aus. Demnach wären sie als traditionelle Nachzügler aller bisherigen Erholungsphasen wohl erst ab Ende 1984 mit dem Aufschwung an der Reihe.

Zumindest bis dahin leben sie zwischen Licht und Schatten. Den Beleg dafür liefert besonders deutlich das Warenhaus-Konzernquartier. Einerseits milder Umsatz im bisherigen Verlauf von 1984. Andererseits bei insgesamt unter dem Bundesdurchschnitt gebliebenen Umsatzsteigerungen. Die brachten zwar den Branchenritten Hertei noch nicht komplett aus seiner nun achtjährigen Verluststrähne.

Aber die drei börsennotierten Konzerne (Karstadt, Kaufhof, Herten) signalisieren ihren Aktionären nun Dividenden aus dem 1983er Geschäft, die praktisch die Wiederkehr des alten Warenhaus-Glanzes anzeigen. Auch das jedoch wird mit Wermutstropfen serviert. Die Ertragsverbesserung kommt vornehmlich aus Innerbetrieblichem und zu zumal aus weiterer Personalabbau. Der Markt hingegen bleibt auf Moll gestimmt.

UNTERNEHMENSFINANZIERUNG / Steuererleichterungen bringen nur wenig

Bundesbank plädiert für flexiblere Gestaltung des Aktienrechtes

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das starre Aktienrecht, die Mitbestimmung auch in kleinen Aktiengesellschaften, Angst vor der Publizität und zu geringe Aktivitäten der Banken macht die Bundesbank in ihrem Monatsbericht dafür verantwortlich, daß der deutsche Aktienmarkt eine im internationalen Vergleich unterentwickelte Rolle für die Unternehmensfinanzierung spielt.

Ein anderes Hindernis für die Entwicklung des Aktienmarktes sieht die Bundesbank in der Steuerbelastung, die das potentielle Risikokapital am Aktienmarkt vorbei in schwer überschaubare Kanäle des „grauen“ Kapitalmarktes oder in den Wohnungsbau abwandern läßt. Die Chancen dafür, daß risikobehaftete, dafür aber hohe Erträge versprechende Anlageformen auf eine entsprechende Nachfrage stoßen, seien auch in der Bundesrepublik günstig einzuschätzen, schreibt die Bundesbank.

Günstiger beurteilt die Bundesbank in diesem Zusammenhang die vielfältigen privaten Initiativen im Venture-capital-Geschäft. Sie begrüßt, daß Firmen aus der „Steuer-sparbranche“ in diesem Geschäftszweig aktiv werden, womit eine Fehlleitung von Risikokapital verhindert werden könnte. Allerdings werde dieses neue Finanzierungsinstrument denaturiert, wenn bei den Anlageentscheidungen steuerliche Überlegungen überwiegen. Überhaupt warnt die Bundesbank unter Hinweis auf organisatorische und steuerliche Probleme vor einer Wagniskapitalplethora. Wirklich gute Entwicklungsmöglichkeiten hat Venture-capital nach dem Urteil der Bundesbank erst,

wenn ein funktionierender Aktienmarkt die Voraussetzung dafür schafft, daß Beteiligungsfonds nach erfolgreich überstandener Anlaufphase ihre Beteiligungen gewinnbringend an die Börse bringen und ihnen damit auch eine dauerhafte Eigenkapitalquelle erschließen.

Die Bundesbank glaubt nicht, daß mit steuerlichen Erleichterungen allein, die mehr oder weniger allen Kapitalgesellschaften zugute kämen, die Dynamik der deutschen Aktienbörse gestärkt werden kann. Erfolgversprechendere Ansatzpunkte für eine stärkere Verbreitung der Aktie als Finanzierungsinstrument seien vielmehr vor allem im Aktienrecht zu finden. Sie plädiert da für eine flexiblere Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens, damit diese Rechtsform auch aus der Sicht kleinerer und mittlerer Unternehmen den Vergleich mit der GmbH bestehen kann.

Als zweite Schwachstelle des Aktienmarktes hebt die Bundesbank die geringe Bereitschaft der Aktiengesellschaften hervor, den Gang an die Börse zu wagen. Das liegt möglicherweise daran, daß es in der Bundesrepublik bisher kaum Einrichtungen gebe, die ihre geschäftliche Hauptaufgabe darin sehen, als Mittler zwi-

schen den Märkten und den eigenkapitalstuchenden Unternehmen zu fungieren. Die Banken sollten diese Dienstleistung, vor allem die Aufklärung der Unternehmen über die Möglichkeiten der Eigenkapitalzufuhr über die Börse, intensivieren. Junge und weniger bekannte Unternehmen hätten es schwerer als bereits etablierte Firmen, zu annehmbaren Konditionen den Zugang zum Aktienmarkt zu finden, weil die Banken ihr Engagement bei Börseneinführung in aller Regel nur mit Emissionsvorhaben verknüpft sehen wollten, die ihr Ansehen nicht gefährdeten. Das Bankeninteresse an potentiellen Börseneinführungen könnte aber in dem Maße wachsen, wie spezialisierte Finanzierungsfirmiten aus dem Nichtbankbereich diese Dienstleistung zu erbringen versuchen.

Dank des guten Börsenklimas waren die Aktienemissionen mit einem Anteil von siebenundzwanzig Prozent an den Unternehmensfinanzierungen 1983 zwar merklich höher als im Durchschnitt der vorangegangenen 15 Jahre. Gemessen am Gesamtbedarf an Risikokapital einer wachsenden Wirtschaft war das jedoch nach dem Urteil der Bundesbank zu wenig. Eine nachhaltige Ertragsverbesserung könnte zu einer Verbreiterung des Marktes beitragen und damit auch die Möglichkeiten verbessern, daß mehr Aktionäre von der Ertragsverbesserung profitieren.

STEUERREFORM

Geißler legt Schwerpunkt auf die Familienentlastung

HEINZ HECK, Bonn

Familienminister Heiner Geißler (CDU) ist mit den Steuerreformvorschlägen seines Kollegen Gerhard Stoltenberg (CDU) nicht unzufrieden. Für den Familienlastenausgleich müßten allerdings Haushaltsmittel zur zusätzlichen Entlastung von etwa drei Milliarden Mark hinzukommen.

Zu Geißlers „unverzichtbaren Schwerpunkten“ gehört unter anderem, daß sich Steuerentlastung und Kindergeld zusammen zum Beispiel für den Facharbeiter genauso auswirken wie für den Spitzenverdiener; zumindest dürfte es „keine zu große Diskrepanz“ geben, erklärte er gegenüber der WELT. Der von Stoltenberg vorgeschlagene Kinderfreibetrag von 2400 Mark jährlich (Geißler: „Damit kann ich leben“) müßte daher für die niedrigeren Einkommen durch Kindergeldzuschläge bis zu maximal 44 Mark monatlich ergänzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die Hilfe für junge Familien. Auf den derzeit vier Monate lang gezahlten Mutterschaftsurlaub von 610 Mark für berufstätige Mütter soll ab 1986 ein Erziehungsgeld für alle Mütter von 600 Mark monatlich für ein Jahr werden.

Wie Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ist auch Geißler für die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung. Er vertrete die Forderung schon seit dem CDU-Parteitag 1972. Geißler hat keinen Zweifel, daß sich diese Verbesserung

der Rentenversicherung der Frau auch finanzieren lasse.

Die Programmschwerpunkte seien durch die Dauerentlastung des Bundeshaushalts „schon weitgehend finanziert“. Durch den Geburtenrückgang seien die Kindergeldzahlungen 1984 gegenüber 1983 bereits um 440 Millionen Mark zurückgegangen. In den Folgejahren fielen die „Einsparungen“ noch höher aus: 1985 mit 1,2, 1986 mit 1,6 und ab 1987 mit jeweils 2,2 Milliarden Mark (immer gegenüber 1983 gerechnet). Damit seien die familienpolitischen Maßnahmen bereits bis auf 800 Millionen Mark finanziert.

Das geplante Erziehungsgeld sei „dringend notwendig“. Nur so lasse sich die „massive Benachteiligung“ der Familien mit Kindern beseitigen. Geißler sieht darin auch einen wichtigen Beitrag, um die Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen. Gleiches will er damit das wachsende Geburtendefizit (das größte in der Welt) abbauen.

Wenn die gesamte Steuerreform, wie im letzten Koalitionsabkommen vorgesehen, bereits 1986 realisiert werde, sei mit einer Gesamtbelastung von etwa 21 Milliarden Mark zu rechnen, davon rund fünf Milliarden Mark für Kindergeldbeiträge. Die Steuerreform dürfe allerdings nicht durch eine Erhöhung der Verbrauchsteuern finanziert werden; es gebe bei dieser Maßnahme um die Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen.

AUF EIN WORT



„Dies ist nicht die Stunde der Konjunkturpolitik, sondern dies sind die Jahre der Ordnung- und Strukturpolitik. Der geschwächte Patient „Deutsche Wirtschaft“ braucht keine Aufputschmittel, sondern er bedarf einer grundlegenden Regeneration.“

Dr. Fritz Söverkirp, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Kiel. FOTO: DIE WELT

Keine weiteren Konzessionen

Tokio (dpa/WVD) - Japan ist nicht zu weiteren Konzessionen beim Import amerikanischer Agrargüter bereit. Wie Sprecher des japanischen Landwirtschaftsministeriums bei bilateralen Gesprächen in Honolulu sagten, sollen die Einfuhrbeschränkungen für 13 Agrarprodukte nicht gelockert werden.

Auf Wunsch der Vereinigten Staaten sind bereits die Einfuhrbestimmungen für einige Waren, darunter Tomaten, Bohnen, Erbsen und Schweinefleisch gelockert worden. Die Einfuhren von US-Rindfleisch nach Japan sollen in den kommenden vier Jahren voraussichtlich um 6000 Tonnen, die von Orangen um 11 000 Tonnen jährlich steigen.

FRANKREICH

Leistungsbilanz hat sich unerwartet verschlechtert

JOACHIM SCHAUFFUSS, Paris

Das Defizit der französischen Leistungsbilanz hat sich von vier Mrd. Franc im vierten Quartal 1983 auf 15 Mrd. Franc (ca. fünf Mrd. DM) im ersten Quartal 1984 fast verdreifacht. Dies war vor allem der starken Verschlechterung der Handelsbilanz zuzuschreiben, deren Passivsaldo auf 19 Mrd. Franc zunahm, während der Überschuss der anderen Leistungsbilanzposten (Invisibles) auf vier Mrd. zurückging.

Unter Ausschluss der Transport- und Nebenkosten (fob-Werte) erreichte das Defizit der Handelsbilanz im ersten Quartal 16,7 Mrd. Franc. Demgegenüber wolle die Regierung das diesjährige Handelsbilanzdefizit auf acht Mrd. Franc begrenzen, während es die jüngsten offiziellen Expertenschätzungen auf 20 bis 25 Mrd. Franc veranschlagten.

Auch die von der Regierung angestrebte Rückkehr zum Gleichgewicht der Leistungsbilanz ist inzwischen in Frage gestellt. So dürfte der Aktivsaldo der „Invisibles“ schon deshalb weiter schrumpfen, weil die Zinsausgaben auf die zunehmenden Auslandsschulden steigen. Dafür sind in diesem Jahr allein 40 Mrd. Franc aufzubringen. Der gesamte Schuldendienst beträgt 60 Mrd. und im nächsten Jahr etwa 80 Mrd. Franc.

Außerdem werden die Franzosen 1984 wieder mehr für Auslandsreisen ausgeben, nachdem die im März 1983 erfolgte Verschärfung der Devisenbeschränkungen für solche Reisen Ende Dezember wieder aufgehoben wurde. Der Aktivsaldo der Tourismusbilanz hatte sich 1983 um vier auf 21,4 Mrd. Franc erhöht.

US-AKTENMÄRKTE

Die Wall Street läßt einen klaren Trend vermissen

LEO FISCHER, Bonn

Nach der Erholung der Vorwoche ließ die Wall Street in den letzten vier Tagen keinen klaren Trend erkennen. Beeinträchtigt wurde das Geschäft vor allem von den bevorstehenden Feierlichkeiten. So fiel der Umsatz am Donnerstag auf nur 76,7 Millionen Aktien zurück - an umsatzstarken Tagen wechseln über 100 Millionen Aktien den Besitzer. Der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte stieg im Wochenverlauf von 1152,65 auf 1158,08 Punkte. Der 1500 Werte umfassende NYSE-Index schloß bei 90,89 (Vorwoche 90,51).

Hatte es in der Vorwoche noch so ausgesehen, als wenn sich der konjunkturelle Aufschwung etwas verlangsamen würde, was von der Börse durchaus begrüßt wurde, so wurde die Stimmung wieder gedrückt, als bekannt wurde, daß das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal mit 8,3

Prozent wieder eine überraschend hohe Zuwachsrate erreicht hatte, die nach Angaben des US-Handelsministeriums vor allem auf den gestiegenen privaten Verbrauch zurückgeführt wurde. Davon profitierten vor allem Autos und Haushaltsgeräte.

Der deutliche Anstieg des Sozialprodukts verstärkte die Furcht vor einem Anfluten der Inflation und vor einem Zinsanstieg. Die Befürchtungen über einen Zinsanstieg erhielten zur Wochenmitte eine Bestätigung, als Bankers Trust ihre Broker Loan Rate um einen halben Prozentpunkt auf 11 1/2 Prozent erhöhte.

Auch der wiederum starke Anstieg der Geldmenge M1 (Bargeld und Scheckkonten) in der Woche zum 9. April um drei Milliarden Dollar wurde negativ aufgenommen. Die weiterhin günstigen Quartalsergebnisse der Unternehmen konnten der Wall Street keine Impulse geben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wird Sowjetunion Kredit aufstocken?

London (WVD) - Die sowjetische Außenhandelsbank Uneshtrbank hat gegenüber westlichen Banken erkennen lassen, daß sie das Volumen des von ihr gewünschten Kredits von 150 auf 250 Mill. Dollar aufzustocken bereit ist. Das verlautet aus Kreisen der mit den Verhandlungen befaßten Banken in London. Die Dresdner Bank - als Verhandlungsführerin - wolle dies allerdings nicht bestätigen. Aus anderen Quellen verlautet, der Kredit werde kurz nach Ostern unter Dach und Fach gebracht.

Unido will koordinieren

Innsbruck (dpa/WVD) - Die Lederindustrie der Dritten Welt soll künftig von der Industrie-Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (Unido) mit einem „umfassenden Gesamtstrategie-Konzept“ koordiniert werden. Dies hatten 120 Experten aus 45 Ländern auf einer fünftägigen Konferenz in Innsbruck beschlossen. Bis zum Jahre 2000 werde sich über die Hälfte der Welt-Lederverarbeitung in die Entwicklungsländer verlagert haben.

Engere Zusammenarbeit

Ankara (dpa/WVD) - Die Türkei und Iran wollen eine engere industrielle Zusammenarbeit vereinbaren. Der türkische Staatsminister İsmail Oztanlar hält sich mit einer Delegation zu einem Treffen der türkisch-iranischen Wirtschaftskommission, heute in Teheran auf. Nach Angaben Oztanlars soll der Handel zwischen beiden Ländern 1984 drei Milliarden Dollar (7,8 Milliarden DM) erreichen nach 2,5 Milliarden Dollar im Vorjahr.

Schulden verteidigt

Belgrad (dpa/WVD) - Der jugoslawische Staatspräsident Miko Spiljak ließ die neuen Kredite westlicher Länder und Banken in diesem Jahr in Höhe von rund 3,5 Milliarden Dollar

(9,1 Milliarden DM) gegen Kritiker im eigenen Land verteidigt. Die mit dem internationalen Währungsfonds geschlossene Vereinbarung, die neben einer Finanzspritze von 500 Millionen Dollar (1,3 Milliarden DM) auch drastische Auflagen für die jugoslawische Wirtschaftspolitik enthält, widerspricht weder unserem System noch den langfristigen Interessen unserer Wirtschaft“, sagte Spiljak.

Weg der Kurse

	19.4.	13.4.
Boeing	37,626	38
Chrysler	25,875	25
Citicorp	33,50	33,75
Coca-Cola	53,875	54,625
Exxon	40,125	40,375
Ford Motors	34,75	35,50
IBM	110,625	112,50
PanAm	6,125	6,50
US Steel	28,625	29,75
Woolworth	30,125	31,50

Ecu-Anleihe

Luxemburg (WVD) - Nach sechs-jähriger Pause bei der Auslandsverschuldung geht Luxemburg mit seiner ersten Ecu-Anleihe wieder an den Kapitalmarkt. Nach Angaben aus luxemburgischen Finanzkreisen wird heute eine staatlich garantierte Anleihe über 60 Mill. Ecu mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Zinssatz von 10 Prozent aufgelegt. Der Ausgabeaktus werde Anfang Mai festgesetzt.

Kaffeepreise noch stabil

Hamburg (dpa/WVD) - Die Röstkaffeepreise werden in der nächsten Zeit voraussichtlich stabil bleiben. Wie aus Branchenkreisen verlautete, besteht jedoch in der Kalkulation der Röstindustrie trotz der beiden Preisereignisse für Röstkaffee im Herbst 1983 und Anfang 1984 aufgrund der gestiegenen Einstandspreise immer noch ein Nachholbedarf. Seit der letzten Preissenkung im März 1983 seien sowohl der Rohkaffee als auch der Röstkaffee teurer geworden. Deshalb sei es zweifelhaft, ob sich die derzeitigen Preise noch bis Pfingsten halten lassen.

EG-BEITRIIT PORTUGALS

Agrarbereich könnte Mitte Mai bereits geregelt sein

WILHELM HADLER, Brüssel
Weniger schwierig als mit Spanien gestalten sich im Agrarbereich die Beitrittsverhandlungen mit Portugal. Da Portugal einen Zuzugsbedarf an wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat, geht es dabei nicht so sehr um die Exporte Lissabons als um die Modernisierung der portugiesischen Landwirtschaft.

Die Gemeinschaft hat den Portugiesen in der jüngsten „Beitrittsrunde“ eine Finanzhilfe von 700 Millionen Ecu (1,57 Milliarden DM) für zehn Jahre angeboten. Sie soll für Projekte zur Modernisierung der weithin rückständigen Agrarstruktur verwendet werden. Verhandlungen wird es nicht nur über diesen Betrag geben, sondern auch über den Höchstbetrag der Gemeinschaftsbeteiligung an den geforderten Vorhaben. Lissabon hält den von der EG vorgesehenen Anteil

von höchstens 65 Prozent der Gesamtkosten nicht für akzeptabel.

Immerhin äußerte der portugiesische Delegationschef die Hoffnung, den Agrarteil der Verhandlungen während der nächsten Gesprächsrunde am 14. und 15. Mai abschließen zu können. Schwierigkeiten gibt es im wesentlichen nur noch bei einigen verarbeiteten Erzeugnissen wie Likör, Weinen und Tomatenmark, bei denen Portugal sich gute Exportchancen ausrechnet und auf eine schnelle Freizügigkeit drängt.

Verlangt hat Lissabon erneut auch Sonderregelungen bei der Einführung der Mehrwertsteuer. Es wünscht für alle Grundnahrungsmittel und Waren des täglichen Bedarfs zehn Jahre lang einen Nullsatz. Auch landwirtschaftliche Betriebsmittel sollen für diesen Zeitraum mehrwertsteuerfrei bleiben.

AUSSENWIRTSCHAFT / Deutsche Industrieausstellung in Tokio eröffnet

Mit Spitzentechnik in Japan werben

dpa/WVD, Tokio
Mit einem stattlichen Aufgebot an Prominenz aus Politik und Wirtschaft der Bundesrepublik und Japans ist am Montag in Tokio die „Deutsche Leistungsschau Japan '84“ eröffnet worden. Vor den über 1000 Gästen bezeichneten es Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, als das Hauptanliegen der bisher größten deutschen Industrie- und Technologieausstellung im Ausland, die unterentwickelten Exporte nach Japan zu stärken und die technische Kooperation mit dem fernöstlichen Konkurrenten auszubauen.

Als ein positives Signal für den handelspolitischen Einstellungswandel in Japan werteten deutsche Wirtschaftskreise, daß Nakasone, der zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl die Schirmherrschaft übernommen hat, an der Eröffnungsfeier auf

dem Ausstellungsgelände Harumi am Tokioter Hafen teilnahm. Wie auch Handelsminister Hikosaburo Okonoji bekräftigte er dabei die Absicht seiner Regierung, den Zugang zum japanischen Markt weiter zu erleichtern.

Flotte Marschmusik, gespielt vom Musikkorps der Bundesluftwaffe, begleitete das Eröffnungszeremoniell. Der deutsche Astronaut Ulf Merbold begrüßte als einer der ersten die japanische Prominenz und führte ein naturgetreues Modell des europäischen Raumlabors „Spacelab“ vor, eine der Hauptattraktionen. Südliche Bewunderung fand bei den Gästen der prismenförmig gestaltete Hauptpavillon, dessen lichte Zeltkonstruktion von dem Architekten Georg Lipsmeier aus Starnberg eigens für die Ausstellung geschaffen wurde.

Unter dem Motto „Made in Germany - gestern, heute, morgen“ beteiligten sich über 500 Aussteller an der

Leistungsschau, die weniger dem unmittelbaren Verkauf als der lange vernachlässigten Image-Werbung in Japan dienen soll. Knapp die Hälfte der Firmen ist zum ersten Mal in dem fernöstlichen Land. Der Schwerpunkt der Angebotspalette liegt beim Investitionsgüterbereich, der von Elektronik, Maschinen- und Anlagenbau bis zu Luft- und Raumfahrt technologische Spitzenprodukte vorführt.

Während Lambsdorff und Nakasone in ihren Ansprachen die gemeinsame Verantwortung der beiden großen Handelsnationen Japan und Bundesrepublik für die Weltwirtschaft herausstellten, übte Handelsminister Okonoji erneut indirekt Kritik an den aus seiner Sicht zu geringen Bemühungen des Auslands um den japanischen Markt. Die Leistungsschau komme zwar „zu einem günstigen Zeitpunkt“, zu ihrem langfristigen Erfolg seien jedoch „weitere unablässige Bemühungen“ notwendig.

Die nächsten Termine für Internationale Auktionen

von Maschinen und Industrie-Anlagen
Im Auftrag von Unternehmensleitungen, Banken, Liquidatoren versteigern wir die Maschinenparks nachstehender Firmen:

- Dienstag, 8. Mai 1984**
WALTER VETTER GmbH & Co.
Fahrrad- u. Karosseriefabrik
7012 Fellbach/Stuttgart
- Donnerstag, 10. Mai 1984**
ROBERT VOGEL GmbH & Co.
Präzisions-Drehstelle
7530 Pforzheim
- Mittwoch, 23. Mai 1984**
JUNIOR Feuster- und Fassadenbau GmbH
3340 Goslar
- Dienstag, 5. Juni 1984**
MÖBELFABRIK GRACHTEN GmbH & Co. KG
4936 Augustdorf/Dehmold
- Mittwoch, 6. Juni 1984**
J. BECKER Hoch- und Tiefbau
4520 Melle/Osnabrück
- Detaillierte Informationen und Kataloge senden wir gern auf Anforderung.
- ANGERMANN AUKTION KG**
HAMBURG
D-2040 Hamburg 11 - Mitterteich 5
Tel.: 040/36 76 91, Telefax: 040/364273
Tele.: 2 13 685 / 2 13 303

EG-WÄHRUNG / Möglichkeiten im Außenhandel

Ecu-Anleihen mehr nutzen

VWD, Luxemburg
Die Europäische Rechnungseinheit Ecu muß nach Ansicht des Präsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), Yves Le Portz, international bekannt werden, wenn der Anleihenmarkt in Ecu sich weiter so wie in den letzten Jahren fortentwickeln soll. Le Portz begrüßt es, daß mehr und mehr Unternehmen und Finanzinstitute von außerhalb der Gemeinschaft Anleihen in der Rechnungseinheit der Gemeinschaft aufnehmen. Es gelte jetzt jedoch, auch die Kapitalanleger von außerhalb der Gemeinschaft noch stärker als bisher für die Ecu zu interessieren. Die EIB leistet hierzu einen Beitrag, indem sie die Anleger in Japan, den USA, Spanien und anderen Drittländern durch Gespräche und Vorträge auf die Ecu hinweist.
Die Bank habe als erstes Gemeinschaftsinstitut eine Anleihe in Ecu

aufgelegt und verfolge immer eine vorsichtige Emissionspolitik, um den Markt für die noch junge Rechnungseinheit nicht zu überfordern. Nach Le Portz hat der Emissionskalender, den die belgischen, im Ecu-Markt aktiven Banken aufgestellt haben, keinen Monopolcharakter. Der Markt werde allmählich auch auf der Seite der Anleihezeichner internationaler.

Neue Möglichkeiten für die Ecu sieht Le Portz in der Verwendung im Außenhandel. Für zahlreiche Unternehmen und für die Abnehmer könne im mittelfristigen Liefergeschäft eine Währung interessant werden, in der sich die Risiken für beide Seiten verringern ließen. Le Portz unterstütze in diesem Zusammenhang die Vorschläge der EG-Kommission zur Anerkennung der Ecu als Devisen und zur Liberalisierung der Ecu-Verwendung.

VOLVO / Die Kapitalbasis soll internationaler werden

Genehmigung beantragt

R. GATERMANN, Göteborg
Nordeuropas größter Industriekonzern, Volvo (Kraftfahrzeuge, Motoren, Energie und Lebensmittel), strebt eine weitere Internationalisierung seiner Kapitalbasis an. Daher beantragte er bei der Regierung die Genehmigung, den ausländischen Anteil am Stimmrecht von 20 auf 24 Prozent aufzustocken zu dürfen. Kurz zuvor hatte der Aufsichtsrat etwas überraschend den Vorschlag seines Vorsitzenden und Konzernchefs, Pehr G. Gyllenhammar, abgelehnt, in den USA eine Aktienemission aufzulegen.

Fonds HM 9000
Der Wert einer Anteilseinheit am Anlagestock unserer durch die HMI-Organisation vertriebenen Fondspolice betrug am 1. April 84 DM 171,-.
Der Anteilpreis des von der dresdner bank investment management Kapitalanlagegesellschaft mbH verwalteten Fonds HM 9000, in dem die Mittel des Anlagestocks der Fondspolice angelegt werden, war zum gleichen Zeitpunkt DM 111,22.
Hamburg-Mannheimer
Versicherungs-AG

Die Kritiker verwiesen darauf, daß Volvo nach einem Gewinn vor Rückstellungen und Steuern in 1983 von 1,13 Milliarden DM (plus 55 Prozent) und angesichts der guten Liquidität keinen akuten Kapitalbedarf hat. Erstmals hat Volvo mit der Gruppe um die Skandinaviska Enskilda Bank einen Großaktionär bekommen. Er verfügt über etwa 20 Prozent der Stimmen und läßt Gyllenhammar nicht mehr den unbegrenzten Aktionsradius, den dieser bisher gewohnt hat. Daraus haben sich Spannungen ergeben. Hinzu kommen andere Reibungspunkte zwischen Gyllenhammar und Peter Wallenberg, dem Chef des Wallenberg-Imperiums, zu dem auch die S.E.-Bank gehört, weswegen man in Schweden jetzt häufig hört, die beiden seien in einen Machtkampf verwickelt.

PARAGUAY / Stromlieferungen aus dem Kraftwerk Itaipu haben jetzt begonnen

Belebung der Wirtschaft erhofft

HEINZ PENTZLIN, Asunción
Im Laufe des Monats April beginnen die Stromlieferungen von der ersten angelaufenen Turbine des Kraftwerkes Itaipu nach Paraguay. Die großen Hoffnungen, die bei der Inangriffnahme des Projektes mit dem riesigen Staudamm in Brasilien und Paraguay bestanden hatten, sind zwar im Verlauf der Bauzeit erheblich geschrumpft. Doch es besteht begründete Aussicht, daß der billige Strom die Grundlage für eine verbesserte Wirtschaftsstruktur Paraguays schon bald schafft, während eine wirtschaftliche Nutzung des Kraftwerkes in Brasilien noch etwas länger auf sich warten lassen wird.

Keine Beteiligung an Baukosten

Paraguay hatte sich, gestützt auf seine Wasserrechte am Grenzfluß Parana, die Hälfte des erzeugten Stromes von Itaipu sichern können, ohne daß es sich an den Baukosten - die über 10 Mrd. US-Dollar betragen - zu beteiligen brauchte. Die Übernahme der Bauarbeiten auf der paraguayischen Seite des Stromes brachte dem Lande in den Jahren 1978 bis 1980 einen boomartigen Aufschwung mit einer auf die Hauptstadt Asunción übergreifenden Bausepekulation, dem 1982 und 1983, als die Bauarbeiten in Itaipu beendet waren, ein schwerer Rückschlag folgte. Er ließ die Industrieproduktion sinken und zog auch die Landwirtschaft in Mitleidenschaft.

Der Beginn der Stromlieferungen aus dem Kraftwerk Itaipu - für das mit den vorbereitenden Arbeiten 1975, mit dem Bau 1979 und mit den Installationen 1980 begonnen worden war - hat sich gegenüber dem Plan um ein Jahr verzögert; eine im Vergleich zur Durchführung ähnlicher Projekte geringe Verzögerung. Mit 18 Turbinen wird es in der Endphase eine Leistungsfähigkeit von 12,6 Mill. KW haben; das ist das Fünffachfache der Leistungsfähigkeit des Kraftwerkes von Assuan.
Da der Stromverbrauch in Brasilien langsamer als erwartet zunimmt und auch Paraguay die an den Strombezug geknüpften Pläne weitgehend aufgegeben - oder zumindest zurückgestellt - hat, wird die Inbetriebnahme weiterer Turbinen nach dem ersten und der zweiten hinausgezögert werden. Paraguay hatte zur Nutzung des

billigen Stromes ein Aluminiumwerk und metallurgische Werke geplant und damit gerechnet, daß im Anschluß daran weitere Industriewerke entstehen würden. Angesichts der veränderten Weltlage in der Aluminium- und Metallproduktion lassen sich diese Vorhaben in absehbarer Zeit nicht verwirklichen.
Der Strom aus Itaipu wird jetzt in das bestehende Elektrizitätsnetz eingespeist. Als erstes wird eine neue Leitung in den Südwesten des Landes nach Pilar verlegt werden zur Belieferung der dort schon bestehenden und sicherlich ausbaufähigen mittleren Industrie. Eine weitere neue Leitung nach Nordwesten zum Ausbau der dort ansässigen Zementindustrie des Stromes durch die Lieferungen aus Itaipu wird nun vor allem der Landwirtschaft und der Holzindustrie zugute kommen.

Auf den Ausbau der Landwirtschaft und die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird jetzt in Paraguay der größte Wert gelegt. Das Land mit seinen 3,3 Millionen Einwohnern auf einer Fläche von 407 000 Quadratkilometern - die Bundesrepublik hat eine Fläche von 249 000 Quadratkilometern - verfügt über riesige nicht genutzte Flächen urbanen und leicht urbar zu machenden Landes in einem günstigen subtropischen Klima. Die Erträge des Ackerbaus und der Viehzucht sind stark steigerungsfähig.

Billiger Strom ermöglicht jetzt die Errichtung von Kühlhäusern, so daß Paraguay bald Geflügelfleisch zu exportieren können. Mit der dadurch ermöglichten Vergrößerung der Viehherden wird der Anfall von Häuten steigen, so daß gleichzeitig deren Export und die bereits bestehende und auch schon exportierende Lederindustrie gefördert werden. Die gerade erst entstehenden Milch verarbeitenden Betriebe werden gleichfalls einen Auftrieb erhalten. Wichtig ist der billige Strom für die bisher nur schwach entwickelte Holz verarbeitende Industrie. Holz ist gegenwärtig der drittwichtigste Exportartikel nach Baumwolle und Sojabohnen.
Offen ist die Frage, ob durch den billigeren Strom die Pläne für den Bau einer Eisenbahn zum Anschluß an das brasilianische Eisenbahnnetz einen neuen Anstoß erhalten werden. Hierdurch könnte die Benachteiligung des paraguayischen Exports durch die hohen Transportkosten zu

den Häfen Brasiliens und Argentiniens erheblich gemildert werden.

Die - wenig zuverlässige - Statistik Paraguays zeigt bei stark schwankenden Außenhandelsumsätzen - die Ausfuhr sank von 1982 auf 1983 von 330 Mill. auf 216 Mill. US-Dollar und die Einfuhr von 519 auf 478 Mill. US-Dollar - seit Jahren ständig hohe Einfuhrüberschüsse. Auch die Dienstleistungsbilanz muß allein schon auf Grund der Transportkosten für den Außenhandel einen hohen Defizitsaldo ausweisen. Die Zuflüsse aus der Entwicklungshilfe können diese Belastungen der Zahlungsbilanz nicht ausgleichen. Trotzdem hält sich der Devisenbestand der Zentralbank mit geringen Schwankungen auf einer für dieses Land beachtlichen Höhe von netto mehr als 600 Mill. US-Dollar, das entspricht dem Einfuhrbedarf von fünfzehn Monaten.

Zweiter Staudamm ist beschlossen

Ungeachtet dessen, daß durch Itaipu der Strombedarf auf lange Zeit hinaus voll gedeckt ist, hat Paraguay jetzt zusammen mit Argentinien den Beginn des Baues eines zweiten Staudamms für den Paranafluß bei Yacretá mit einem Kraftwerk beschlossen, das eine Leistungsfähigkeit von 2,3 Mill. KW haben soll. Wie bei Itaipu hat sich Paraguay, gestützt auf seine Wasserrechte, auch hier die Hälfte des Strombezuges ohne Beteiligungen an den Baukosten gesichert. Es erhofft von der Ausführung dieses Projektes vor allem eine Beschäftigung seiner Bauindustrie und einen Devisenzustrom.

In diese Zeit, in der die Energieversorgung des Landes durch die Wasserkraft weit über seinen Bedarf zunimmt, wird festgestellt, daß in Argentinien unmittelbar an der Grenze zum paraguayischen Chaco Erdöl- und Erdgasvorkommen vorhanden sind, die sich mit aller Wahrscheinlichkeit in paraguayisches Gebiet erstrecken. Die Vermutung solcher Vorkommen war 1932 ein Anlaß zu dem blutigen, drei Jahre dauernden "Chaco-Krieg", der Paraguay in seiner Entwicklung zurückgeworfen hatte. Jetzt gehen die Ansprüche ausländischer Erdölgesellschaften um Bohrrechte ein, auf die das Land, solange es unter Energiemangel litt, vergeblich gewartet hatte.

SCHWEDEN / Staatshilfe für Schiffbau-Holding

Sanierung abgeschlossen

R. GATERMANN, Göteborg
Die staatliche schwedische Schiffbau-Holding Svenska Varv weist für 1983 - fünf Jahre nach ihrer Bildung - erstmals einen Gewinn aus und zahlt eine Dividende von umgerechnet 15 Mill. DM, nachdem der Staat dem Konzern bisher zur Sanierung der Schiffbauindustrie rund 5,4 Mrd. DM bereitgestellt hat. Die Belegschaft in den verbliebenen vier Werften schrumpfte seit 1978 um 5400, davon 2500 im vergangenen Jahr, auf 18 422.

Nach Angaben der Konzernführung erwirtschaftete die Svenska Varv 1983 einen Gewinn vor Rückstellungen und Steuern von 137 Mill. DM, eine Verbesserung gegenüber 1982 um 571 Mill. Dies war allerdings auch nur aus folgenden zwei Gründen möglich: Einmal konnte die konzerninterne Reederei Zenith abgestoßen werden. Und zum anderen hatte der Staat 1983 noch einmal eine Finanzspritze in Höhe von 540 Mill. DM verabreicht.

Damit konnten vor allem unvorteilhafte Darlehen abgelöst und die Eigenkapitaldecke gestärkt werden, so daß die Solidität von 15 auf 19 Prozent stieg.

Konzernchef Erlend Wessberg betont, daß im eigentlichen Schiffbau bereits 1982 die Schwelle zum Gewinn überschritten worden war. Der Umsatz stieg um sechs Prozent auf 2,84 Mrd. DM. Abgeschlossen wurden insgesamt acht Handelsverträge. Neubaufträge im Wert von ca. 1 Mrd. DM kamen herein.

Zum Konzern gehören heute vier Werften. Göteborgs Arendal hat sich auf den Plattformbau spezialisiert. Sie steigerte 1983 ihren Gewinn vor Rückstellungen und Steuern um 40 Prozent auf 91 Mill. DM. Der Order-erhalt hatte einen Wert von rund 500 Millionen. Die Uddevalla-Werft, eine der beiden Neubaufabriken, konnte einen Verlust von 92 Mill. DM in einen Überschuss von 5,6 Mill. DM umwandeln. Der zweite Neubaufabrik, Kockums, stockte seinen Ertrag um 34 Prozent auf 22,5 Mill. DM auf und verfügte zum Jahreswechsel über einen Auftragswert von 1,44 Mrd. DM, der die Werft bis ins Jahr 1987 hinein beschäftigt. Schließlich erwirtschaftete die Karlskrona-Werft, die hauptsächlich Kriegsschiffe baut, einen Gewinn von 11 Mill. DM.

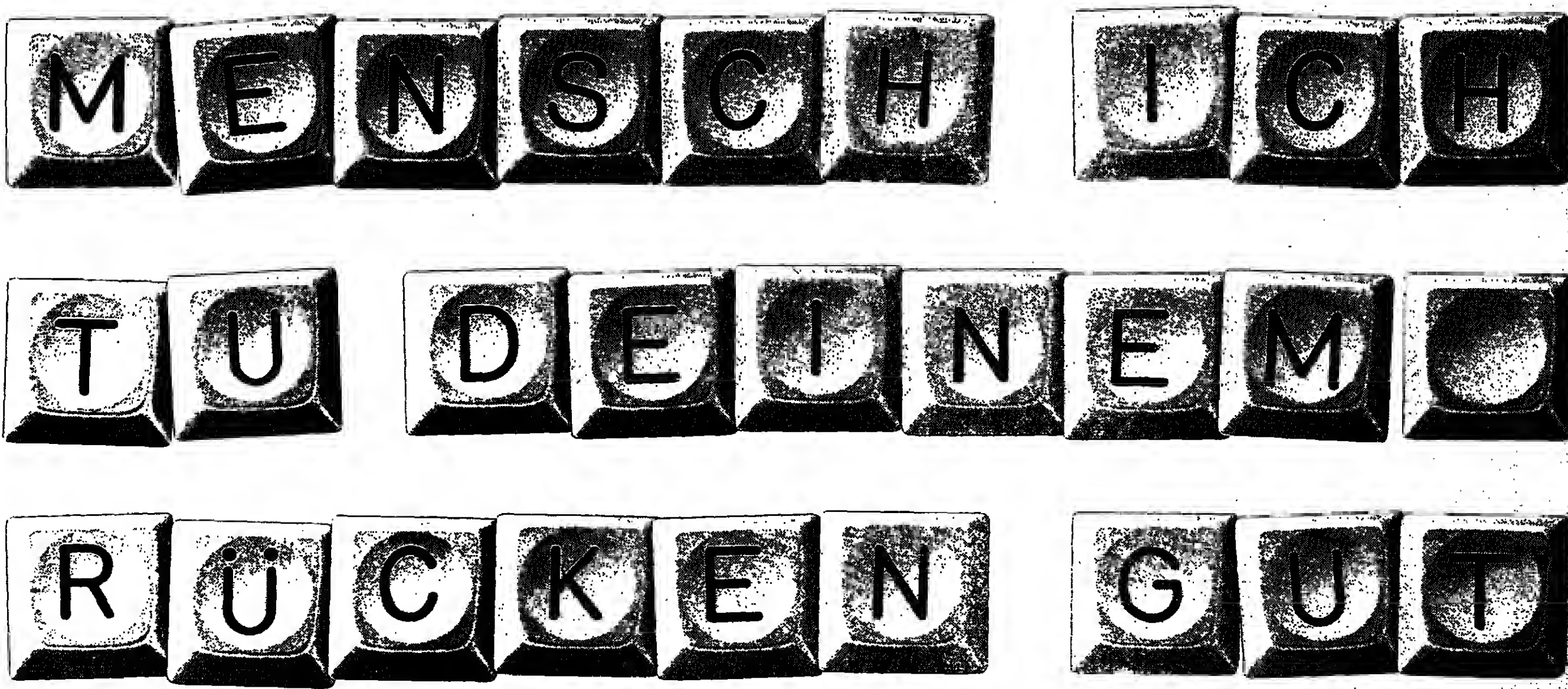
RENTENMARKT / Abkopplung von USA mißlungen

Bescheidener Zinsanstieg

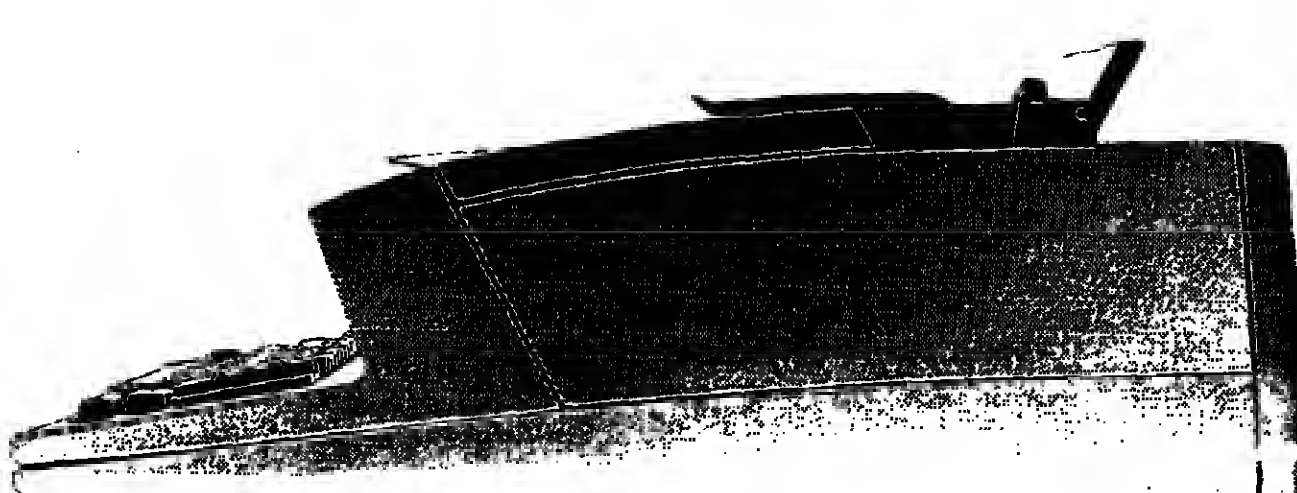
Der mit steigenden amerikanischen Zinsen einhergehende Anstieg des Dollarkurses und der deutschen Kapitalmarktzinsen demonstriert leider, daß es mit der "Abkopplung" der Bundesrepublik von den USA doch noch nicht so weit her ist. Allerdings ist der Zinsanstieg in der Bundesrepublik, wie aus der Tabelle ersichtlich, geradezu bescheiden im Vergleich zur Zinsskala in den USA.

wo die Rendite von Regierungsanleihen um 14 Prozentpunkte auf einen neuen Höchststand von 12 1/2 Prozent kletterte. Solange der Kapitalmarkt unter dem Einfluß von Inflationsängsten derart labil bleibt, kann man am deutschen Rentenmarkt kaum eine Zinssenkung erwarten. (ed)

Emissionen	19.4.84	13.4.84	29.12.83	30.12.83	30.12.82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,37	7,35	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,45	7,43	7,72	7,04	10,05
Sonderanleihen	7,49	7,46	7,82	7,81	10,05
Schuldverschreibungen der Industrie	7,74	7,91	8,29	8,24	11,53
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,45	7,46	7,90	7,85	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,12	7,13	7,04	7,43	10,04
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,06	8,08	8,30	7,94	8,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,45	7,46	7,89	7,83	10,10
DM-Auslandsanleihen	7,81	7,77	8,06	8,45	10,04



DEINE STARTYPE



Vor nicht wenigen Schreibmaschinen, die sich kleinmachen, sitzt man auch selber so: kleingemacht und mit gekrümmtem Rücken. Vor der neuen Startype (knappe 50 lang, 15 hoch und 44 breit) sitzt der geplagte Rücken endlich kerzengerade. Da spielen die Finger auf flachen, leichtgängigen Tasten. Da sehen die Augen in ein Display, das den richtigen Blickwinkel hat. Und da hören die Ohren fast nichts von dem leisen Druckwerk. Und noch jemand wird sehr geschont: der Inhalt Ihrer Brieftasche nämlich. So, jetzt

sind Sie aber dran, mal jemandem was von unserer Erfahrung mit Schreibsystemen abzugeben. Tun Sie es und stellen Sie Ihre Mitarbeiterin die neue Startype von Olympia auf den Schreibtisch. Die Schreibmaschine bekommen Sie bei Ihrem Fachhändler. Die Informationen schicken Ihnen auch gern die Olympia Vertriebsgesellschaft mbH, Hahnstraße 41, 6 Frankfurt/M. 71.



Woy...
Hin...
D...
K...
I...
D...
F...
J...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...
2.5 Millio...
St. I...
W...
v...
w...
x...
y...
z...
Die groß...
schen Lebens...
nach viel we...
Endkreis: Gr...
gegen die R...
beutend...
an den Vog...
galerische T...
kationen un...
Ormeck errie...
unsernehm g...
ten von Auss...
zu tragen; G...
Präsident der...
schen Gesell...
Geldpenden s...
de Terschütz...
tanten.
Er besitzt d...
schilling und...
die Jungfrau v...
spähen höher...
blumenreich...
wachsen Sin...
nel Lorenz und

MELITTA / Umsatz im Bereich Haushalt stabil

Plus mit neuen Produkten

HEINZ HILDEBRANDT, Minden
Der Markt der Haushaltsgeräte umfaßt eine Reihe sehr unterschiedlicher Produkte. Zu ihm gehören ausgetragene Gebrauchsgüter wie Kaffeemaschinen und ihre Ersatzteile, aber auch Verbrauchsgüter wie Filterpapier, Lebensmittelfolien, Staubsaugerbeutel und vieles andere mehr. Insgesamt wurden in diesem Segment in der Bundesrepublik 1983 Umsätze in Höhe von gut 1,3 Mrd. DM getätigt, was ziemlich genau dem Umsatz des Vorjahres entsprach. Es ist also ein stabiler Markt, allerdings weder mit nominellem noch realem Wachstum.

Die gleiche Aussage trifft auch für den Unternehmensbereich Haushalt der Melitta-Gruppe, Minden, zu, die hier 1983 einen Umsatz von 468 Mill. DM erzielte, ebenfalls genau auf der Vorjahreshöhe liegend. Mit dem geringen 1,5prozentigen Plus auf dem Inlandmarkt konnte dabei ein leichter Exportrückgang ausgeglichen werden. Der Exportanteil sank folglich von 30 auf 29 Prozent.

Im Gesamtmarkt Lebensmittelfolien und Filterpapier. Volumen 1983 immerhin 303 Mill. DM, war Melitta mit 46,2 Prozent eindeutig Marktführer, der zweitgrößte Anbieter folgte erst mit 9,2 Prozent. Auch bei Kaffeemaschinen mischt das Mindener Unternehmen kräftig mit, obwohl der Anteil an diesem 300-Mill.-DM-Markt nur bei knapp 10 Prozent liegt. Im-

merhin hat Melitta im Vorjahr 1,7 Mill. Stück dieser Haushaltsmaschinen hergestellt, davon rund eine Mill. Stück in den Werken Minden und Berlin, den Rest in Hongkong, diese allerdings vorwiegend für den Export bestimmt.

Erfolge gab es auch auf dem kleinen, allerdings noch wachstums-trächtigen Markt der Luftbefeuchter und -reiniger, wo fast aus dem Stand heraus Marktanteile von mehr als 40 Prozent erzielt werden konnten.

Sorgen macht derzeit die Preisentwicklung auf dem Rohstoffsektor, vor allem bei den Folien. Bei Alufolie gab es innerhalb Jahresfrist einen Preisauftrieb von 48 Prozent, bei Polyäthylen 42 Prozent und bei Normal-Zellstoff sogar 52 Prozent. Die 1983 stabilen Endpreise mußten bei diesen Produkten daher zu Jahresbeginn um durchschnittlich 2 Prozent angehoben werden.

1984 hat sich bisher positiv angelassen. Die Umsatzaufwicklung im ersten Quartal lag mit einem Plus von 5 Prozent über Plan. Neue Produkte, die jetzt auf den Markt kommen, sollen dieses Wachstum stabilisieren. Dazu gehören neue Modelle von Kaffeemaschinen, ein Elektro-Luftbefeuchter und erstmalig auch Teefilter eines dänischen Vertragspartners. Die gleichzeitige Erhöhung des Werbebudgets um 20 Prozent dient ebenfalls der expansiven Zielsetzung.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Hrsg. Jürgen Günther: Quo vadis Industriegesellschaft? Perspektiven zur Führungsfragen von morgen, L. H. Sauer-Verlag GmbH, Heidelberg 1984, 296 Seiten, Geb. DM 42

Den Autoren dieses Buches ist das Bemühen um die Integration zwischen Leistung und Humanität gemeinsam. Ausgehend von Perspektiven technologischen Fortschritts, über Fragen der Organisationsentwicklung, über kritische Überlegungen zu Lernprozessen, führt er hin zu Reflexionen über Selbstverwirklichung, die nicht die Leistung sondern das Sein des Menschen ins Zentrum stellen. Die vielfach nur äußerlich verordnete Humanisierung in der Arbeitswelt soll aus dem Geist einer inneren Humanisierung ein neues Fundament finden.

Der Weg, den die verschiedenen Autoren dieses Buches beschreiben, ist sehr unterschiedlich. Geleitet werden sie aber von diesem gemeinsamen Ziel, ob in Forschung, Lehre, betrieblicher Praxis oder therapeutischer und seelsorgerischer Arbeit.

Dieses Buch ist August Sahn zu dessen 65. Geburtstag gewidmet. Die Arbeit, die August Sahn geleistet hat und leistet, wird durch sein Bemühen bestimmt, durch Änderungsprozesse, die der Einzelne durchläuft, auch Organisationen in ihrer Entwicklung auszurichten. Er ist tief davon überzeugt, daß sich nur aus der Weiterentwicklung der persönlichen Innenwelt eines jeden eine fruchtbare Auswirkung auf seine gesamte soziale Umwelt erreichen läßt.

Miyamoto Musashi: Das Buch der fünf Ringe, Bohn Verlag GmbH, Düsseldorf 1983, 128 S., 24,80 Mark.

Im Grunde handelt es sich bei dem Buch um eine Schwerdkampflehre. Musashi, einer der berühmtesten Samurai Japans, beschreibt den Weg, den man einschlagen muß, um über die natürliche Entfaltung seiner körperlichen Kräfte, seines Entscheidungsvermögens, über Aktion und Reaktion die Oberhand über seinen Gegner zu gewinnen. Für manche knallharten Finanzmann, Makler oder Manager vermag solche, zumal mit dem Geheimnis des Fernen Ostens umgebene Kultgeschichte zum Leitfaden für seine Geschäftspolitik zu werden. Dem „Time Maga-

ne“ zufolge lauscht schon die ganze Wall Street, wenn Musashi spricht.

Horst Siebert (Hrsg.): Perspektiven der deutschen Wirtschaftspolitik, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1983, 196 S., (kart.), 36 Mark.

Anläßlich des 75jährigen Bestehens der Universität Mannheim debattierten namhafte Wirtschaftswissenschaftler über die Frage nach den Gesetzmäßigkeiten der Allokation in einem gemischten Wirtschaftssystem. Das Besondere der Beiträge ist der erkennbare Versuch, Erklärungsmuster bereitzustellen und Ansatzpunkte wirtschaftlichen Handelns anzuzeigen, um Wege aus der Arbeitslosigkeit, dem mangelnden Produktionsfortschritt und der wirtschaftlichen Stagnation zu finden. Ob die Wirtschaftswissenschaften der praktischen Wirtschaftspolitik mehr als nur eine Orientierung bieten kann, bleibt angesichts der sehr konträren wirtschaftspolitischen Philosophien fraglich.

Günther Geyer: Das Beratungs- und Verkaufsgespräch in Banken, Gabler Verlag, Wiesbaden 1983, 242 S., 44 Mark.

Der Bank- oder Sparkassenkunde wird von den Instituten mehr und mehr umworben, denn der Markt ist eng und die Konkurrenz groß geworden. Die vielfältigen Leistungen eines modernen Kreditinstituts wollen verkauft sein. Dies bedingt eine aktive Kundenbetreuung durch eine neue systematische Gesprächsführung. Die Beratung steht dabei im Vordergrund. Was zu beachten ist, wie man sich planmäßig auf die Beratungs-, Verkaufs-, Betreuungs- und Akquisitionsaufgaben vorbereiten kann.

Dieter Dahl: Volkswirtschaftslehre, Gabler Verlag, Wiesbaden 1983, 556 S., 44 Mark.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich dieses Lehr- und Lernbuch, das bereits in der fünften Auflage erscheint, durch seine beiden Grundthesen bewährt: Praxisbezogenheit und die Verbindung von Volkswirtschaftstheorie und Volkswirtschaftspolitik. Die Darstellung gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftstheorie, der gesamtwirtschaftlichen Daten und der wirtschaftspolitischen Instrumente und Ziele.

WESTFALENBANK / Im vierten Jahr ohne Dividende - Hohe Risikoversorge war bitter nötig

IBH-Konkurs verhegelte das Spitzenergebnis

HARALD POSNY, Bochum

Was über zwei Jahre als übervorsichtige Risikoversorge im Kreditgeschäft aussehen mochte, hat sich bei der Westfalenbank AG, Bochum, wieder einmal als bitter notwendig erwiesen. Trotz eines Spitzen-Ergebnisses wird für 1983 wieder nur ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen. Im vierten Jahr hintereinander muß der Großaktionär Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (99,5 Prozent) auf eine Dividende - zuletzt 14 Prozent - verzichten.

Nach den Worten von Hans-Herbert Weber war eine Wiederaufnahme der Ausschüttung bis Ende September 1983 „durchaus nicht ausgeschlossen gewesen“. 11 Mill. DM seien dafür notwendig gewesen. Doch dem hätten die besonders strengen Risikokonformitäten der Mutter entgegenstanden. Deshalb seien auch die Risiken im Ausland und beim Stahl stärker bedient worden.

Im Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen

und Wertpapiere sowie Rückstellungen im Kreditgeschäft“ - 1983 von rund 20 auf über 43 Mill. DM gestiegen - ist der Wertberichtigungsbedarf des Auslands (10 Prozent des Kreditvolumens) mit 20 Prozent enthalten, der gesamte Stahlkomplex ist bei den Zuführungen zu den Rückstellungen mit vielleicht 30 Prozent vertreten. Der größte Brocken von 50 Prozent gilt den Folgen der IBH-Pleite des in Haft befindlichen trübsinnigen Horst Dieter Esch. Die Westfalenbank zählte mit 50 Mill. DM Kreditengagement zu den Hauptbanken des Baumaschinenkonzerns, dem zusammen mit der SMH-Bank nur noch bittere Kommentare gelten.

Ein schwacher Trost: Es hätte noch schlimmer kommen können, wenn man nicht seit 1979, später - im Zuge von Kapitalerhöhungen - über längere Zeiträume die Engagements nicht zurückgeführt hätte. Dennoch: Ein wenig „blauäugig“ ist man wohl auch gewesen. Im Gegensatz zur IBH-Pleite glaubt man bei Stahl und Aus-

land, eher stille Reserven gelegt und nicht alles verloren zu haben. Immerhin: Weber hält nach dem heutigen Stand - „und wenn nichts Neues passiert“ - eine Ausschüttung für 1984 für „denkbar“, obwohl zur Zeit die Zinsspanne bei planmäßigem Geschäftsverlauf etwas gesunken ist.

Angesichts einer liquiden Kundschaft stieß das auf Großkredite spezialisierte Institut 1983 nur auf verhaltenen Bedarf. Außerdem sei man aus Bonitäts- und Rentabilitätsgründen im Neugeschäft zurückhaltend verfahren. Die Abhängigkeit von „großen Kreditbrocken“, etwa 10 Mill. DM und mehr je Adresse, sei von 72 auf 66 Prozent des Kreditvolumens zurückgeführt worden, der Kreditzahl nach von 107 auf 88. Ein kontinuierliches Geschäft sollen die erstmals begebenen Inhaber-Schuldverschreibungen von rund 118 Mill. DM bleiben, die mit marktgerechten Zinssätzen der fristenkongruenten Refinanzierung von Festzinskrediten und damit der Beschränkung von Zinsände-

rungsrisiken dienen. Sie hätten bei allen Anlegergruppen, in erstaunlichem Umfang auch bei Privatkunden, großes Interesse gefunden.

Der Konzern weist dank des Wachstums der Westfälischen Hypothekenbank ein Kreditvolumen von 16,6 (16,3) Mrd. DM, eine Bilanzsumme von 18,4 (17,9) Mrd. DM und einen Gewinn von 10,2 (9,7) Mill. DM aus.

Westfalenbank	1983	±%
Geldver von Banken (Mill. DM)	3061	- 0,2
Geldver von Kunden	2037	- 2,6
Forderungen an Banken	1714	+ 15,4
Forderungen an Kunden	2164	- 4,2
Kreditvolumen	3538	+ 7,6
Bilanzsumme	4786	+ 1,7
Geschäftsvolumen	5621	- 2,2
Zinsschluß in % der Bilanzsumme	86,5	+ 24,1
Bettlergebnis	1,46	(1,30)
Provisionsüberschuss	21,7	+ 7,1
Bettlergebnis	44,7	+ 65,6
Eigenkapital	223	(-)
in % d. Bil.-Summe	4,7	(4,8)
in % d. Verbindl.	5,0	(5,1)
Liquide Mittel	1111	+ 1,7
in % d. Verbindl.	24,8	(24,7)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Saudi-Auftrag

Essen (dpa/VWD) - Das Essener Bauunternehmen Huta-Hegerfeld AG hat von Saudi-Arabien einen 140-Millionen-DM-Auftrag zur Erweiterung des Entwässerungssystems der Stadt Dschidda erhalten. Ferner sollen nach Unternehmensangaben Brückenfundamente in der Stadt gebaut werden. In Kürze erwarte die Firma zwei weitere Aufträge aus Saudi-Arabien.

Michelin baut ab

Paris (dpa/VWD) - Der französische Reifenkonzern Michelin wird nach Ende 1984 in Frankreich 4920 der 46 000 Arbeitsplätze abbauen. Das wurde nach einer Sitzung von Geschäftsführung und Gewerkschaften in Paris bekannt. Betroffen ist nach Gewerkschaftsangaben vor allem das Hauptwerk in Clermont-Ferrand, wo von 26 000 Arbeitsplätzen 3880 gestrichen werden sollen.

Die Beschäftigten sollen entweder mit Erreichen des 55. Lebensjahres in den vorzeitigen Ruhestand geschickt werden oder, bei Gastarbeitern, eine Abfindung zur Rückkehr in die Heimat erhalten. Ein kleiner Rest werde umgeschult. Arbeitslos wird nach Angaben von Michelin keiner der derzeit Beschäftigten.

Schadenanstieg

Düsseldorf (P.) - Der Landwirtschaftliche Versicherungsverein Münster AG (LVM) hat 1983 zwar die Brutto-Prämienentnahmen um 9,3 (5,6) Prozent auf rund 919 Mill. DM erhöht, weist auf der anderen Seite wegen des ungünstigen Schadenverlaufs, namentlich in der Kfz-Versicherung bei einer Schadenquote von 95,3 (92,2) Prozent, ein schlechteres versicherungstechnisches Ergebnis aus als im Vorjahr (20,8 Mill. DM Gewinn nach Veränderung der Schwankungsrückstellung). In der

Kfz-Versicherung stieg die Zahl der gemeldeten Schäden um 9,6 (2,3) Prozent, in der Auto-Haftpflichtversicherung allein um 8,2 (Vorjahr minus 1,2) Prozent, die Schadenhäufigkeit um 4 (3,7) Prozent. Die Vermögensanlagen der LVM wuchsen um 9,1 (8,6) Prozent auf 1,23 Mrd. DM, aus denen Erträge von 105 Mill. DM (plus 7,1 nach 9,6 Prozent) flossen.

Esslingen erhöht

Esslingen (VWD) - Die Verwaltung der Maschinenfabrik Esslingen AG, Esslingen, die seit Jahren ihren Grundstücks- und Anlagebesitz an die Mehrheitsgesellschaft Daimler-Benz AG, Stuttgart, verpackt hat, schlägt für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie vor, für 1982 waren 10 DM je 100-DM-Aktie gezahlt worden. Der Bilanzgewinn 1983 beträgt laut Einladung zur HV am 4. Juni 3,1 (3,2) Mill. DM.

FLOHR-OTIS

Auftragseingang ist gestiegen

tb. Berlin

Auf „aufwärts“ war die Nachfrage nach Aufzügen und Fahrtreppen in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr gestellt. Der Inlandsmarkt wuchs um 15 Prozent; dabei gab es bei Fahrtreppen mit 20 Prozent ein stärkeres Plus als bei den Aufzügen, die um 12,7 Prozent zulegten. Von dieser Entwicklung hat auch die Flohr Otis GmbH, Berlin, profitiert, erklärte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Rudolf Kunnert, in Berlin.

Bei Aufzügen habe man einen überproportionalen Anstieg des Auftragseingangs verzeichnet, bei Fahrtreppen habe es eine wertmäßige Steigerung der Bestellungen gegeben.

Im ersten Quartal dieses Jahres habe Flohr Otis den größten Fahrtreppen-Auftrag aller Zeiten erhalten; für die U-Bahn in Singapur werden mehr als 200 Fahrtreppen geliefert. In der ersten Stufe seien es 155 Stück mit einem Volumen von 19 Mill. DM.

Ein weiterer großer Auftrag in Höhe von 3,5 Mill. DM kommt aus Atlanta in den USA. Dorthin werden 42 Fahrtreppen für ein Warenhaus geliefert. Am deutschen Markt hat das Unternehmen nach eigenen Angaben einen Anteil von 10 Prozent bei Aufzügen und von 20 Prozent bei Fahrtreppen.

Der Umsatz ging 1983 allerdings um 6,7 Prozent auf 291 (312) Mill. DM zurück. Dagegen nahmen die Aufträge um 4,3 Prozent auf 325 (312) Mill. DM zu. Davon entfielen mit 175 Mill. DM mehr als die Hälfte auf Serviceleistungen. Der Auftragsbestand Ende 1983 in Höhe von 109 (75) Mill. DM sichert eine Beschäftigung von acht Monaten.

Investiert wurden 19,2 Mill. DM gegenüber 14,2 Mill. DM im Vorjahr. Davon entfielen etwa 75 Prozent auf Berlin. In diesem Jahr sollen es insgesamt 11,5 Mill. DM sein. Die Zahl der Mitarbeiter in den beiden Werken Berlin und Stadthagen sowie den Service-Stationen ging 1983 um 5,5 Prozent auf 2442 zurück. Mit dem Ergebnis sei man zufrieden, heißt es.

Wenn Sie nicht wissen, wie sich Ihre unternehmerischen Ideen in Mark und Pfennig auswirken, können wir Ihnen helfen.

Sie denken darüber nach, wo Ihr Unternehmen 1986 oder 88 steht. Dazu entwickeln Sie Ihre unternehmerischen Ideen. Die entscheidende Frage dabei: Sind sie finanzierbar und wie zahlen sie sich aus?

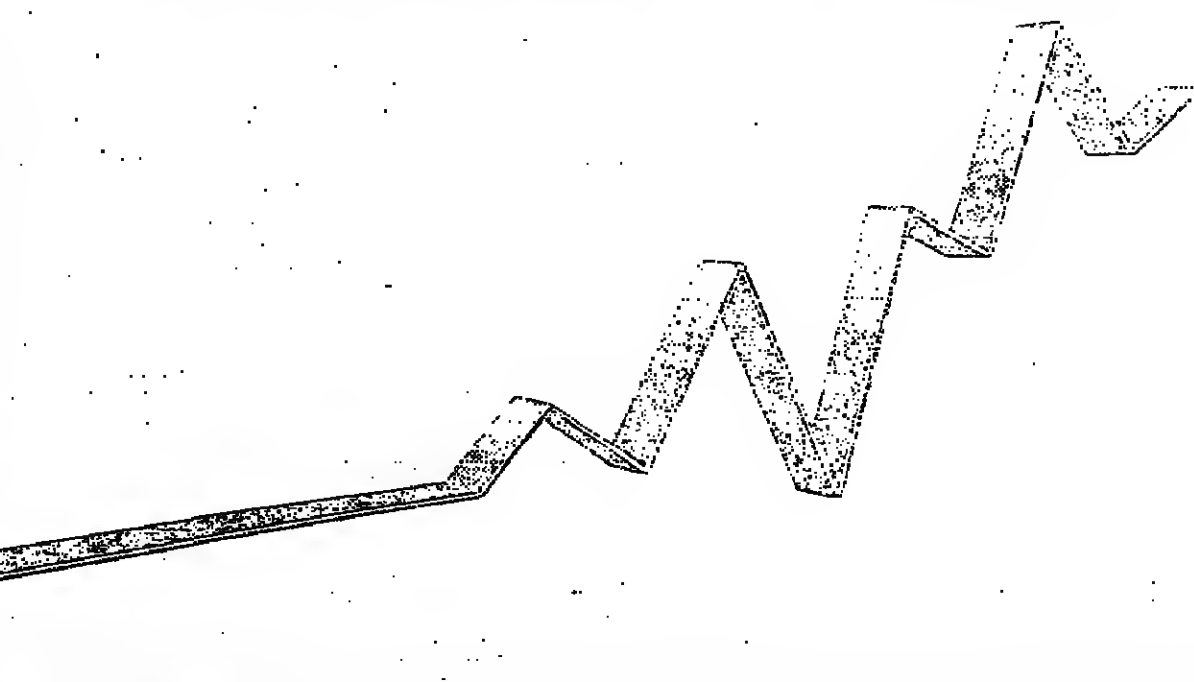
Hier können wir Ihnen als außenstehende Finanzfachleute helfen. Mit unserem computergestützten Finanzplanungs-Service.

Wir rechnen - natürlich vertraulich - Ihre alternativen Planungen durch. Sie bekommen konkrete Entscheidungshilfen: Welche Investitionen sind finanziell vertretbar? Und wie wirken sie sich auf Ihre Bilanzen und

Gewinn- und Verlustrechnungen der nächsten Jahre aus?

Wenn Ihr Computer-Programm erst mal steht, sind Ihre Planungen jederzeit nach oben oder unten korrigierbar. Das heißt: Ändern sich bestimmte Fakten, können Sie die Folgen sofort überblicken, ohne erst auf Ihre Bilanz warten zu müssen. Und Sie können reagieren, bevor Fehlentwicklungen eintreten.

Mehr über den Finanzplanungs-Service sagen Ihnen gern unsere Firmenkundenbetreuer. Sprechen Sie mit uns.



Drescher Bank
In Berlin: BHI

ITALIENISCHER WEIN / Größte Fachmesse Europas verlief erfolgreich

Deutscher Exportmarkt wird gepflegt

HENNER LAVALL, Verona
Italiens Weinwirtschaft „feierte“ dem Moment förmlich entgegen, war er doch mitentscheidend über den geschäftlichen Erfolg oder Mißerfolg für die nahe Zukunft. Gemeint ist die „Vinitaly“ in Verona, Europas bedeutendste Weinmesse. In diesem Jahr, so die Messegesellschaft (Ente fiere di Verona) und Aussteller zufrieden, wurden alle Erwartungen übertroffen. Das „Schaufenster des italienischen Weins“ habe sich als „phantastische Kontaktplattform“ erwiesen. „Die wichtigen Leute sind alle da“, freute sich eine Winzergenossenschaft aus dem Norden des Landes, und meinte damit vor allem die ausländischen Interessenten unter den 50 000 Besuchern.

Die 1200 ausstellenden italienischen Kellereien sind auf die Importeure aus aller Welt auch angewiesen, denn der Weinkonsum im Inland selbst sinkt wie in allen anderen bedeutenden Erzeugerländern auch seit Jahren beständig. „Die Jugend ist nicht mehr an dem traditionellen Getränk interessiert“, klagte ein Winzer. Sie bevorzugte heute modische Longdrinks oder Erfrischungsgetränke.

Waren es 1972 noch 109 Liter Wein,

die jeder statistische Italiener im Jahr konsumierte, so fiel der Verbrauch im letzten Jahr auf 82 Liter pro Kopf. „Wir befürchten, daß 1984 nur noch 80 Liter Wein bei uns getrunken werden“, meint das italienische Außenhandelsinstitut ICE, das deshalb seine Exportförderungsmaßnahmen intensiviert. Nachdem der überwiegende Teil der Winzer in Italien erkannt habe, daß über die Menge nichts mehr zu machen sei, gebe man inzwischen konsequent den Weg der Qualität. Nur so könne im Ausland der Absatz gesichert, möglicherweise sogar gesteigert werden.

Frankreich, das aufgrund der Billigwein-Lieferungen immer noch den ersten Platz im italienischen Wein-Mengenexport einnimmt, soll nach und nach zu einem bedeutungslosen Abnehmer werden. Zudem hat das Land erhebliche eigene Probleme, seine 83er Erzeugung von 88 Mill. Hektoliter unterzubringen. Die neuen, zahlungskraftigeren Kunden für italienischen Qualitätswein (DOC - denominazione di origine controllata), so zeigte sich auf der Vinitaly, kommen aus Deutschland, den Vereinigten Staaten und - erstmals - aus Japan.

„Die Bundesrepublik ist der einzi-

ge Markt in Europa, der (bei 20 Liter Konsum pro Kopf) für Qualitätswein noch ausbaufähig erscheint“, ermunterte die Messeleitung die Aussteller in Verona, gerade hier Kontakte zu pflegen. Anders als in Italien, wo Wein vom Preis und von den Verzehrgewohnheiten her ein Lebensmittel darstelle, habe er in Deutschland mehr das Image eines „Meditationsgetränks“, das auch außerhalb der Mahlzeiten konsumiert werde.

Mit vier Mill. Hektoliter haben die italienischen Weinelieferungen in die Bundesrepublik im vergangenen Jahr rund 25 Prozent des gesamten Exports dieses Sektors ausgemacht. Vom Volumen her nahm Deutschland den zweiten Platz hinter Frankreich ein, dem Wert nach war es allerdings der wichtigste Exportmarkt der italienischen Winzer. Nach der optimistischen Einschätzung aller Beteiligten auf der Vinitaly wird sich dieser Markt in nächster Zeit weiter ausbauen lassen. „Die führenden deutschen Importeure waren hier vertreten“, freute sich der Generalsekretär der Messegesellschaft von Verona, Angelo Betti. Für die 1700 italienischen Weinesportoren scheint dies gute Geschäfte in nächster Zeit zu signalisieren.

Moskaus KW-Sender „Frieden und Fortschritt“

Östliche Schocktherapie

Unheilvolle Schatten bewegen sich auf Europa zu: die Schatten der „Pershings“. Eine „amerikanische Atomnukleation“ steht bevor. Hauptopfer: Die Bundesrepublik Deutschland. Die „Vernichtung der BRD“ droht. Menschen, die vor der Gefahr warnen, werden von der Polizei „brutal niedergeknüppelt“. Denn die „Bonner Behörden“ spielen das Spiel der USA: „Die BRD leistet gehorsamst allen Forderungen aus Washington Folge“: sie wird systematisch in eine „Geißel des Pentagon“ verwandelt.

Mit solchen Geschichten versucht die Sowjetunion allabendlich, die Deutschen um ihren Schlaf zu bringen. Wer um halb zehn den Sender ansteuert

Menschen auf dem Planeten, bemerkt Heinz Krüger aus Hamburg. Für den Sender „Frieden und Fortschritt“ sitzen die Kriegstreiber in Washington. Vom Pentagon aus würden sie die Militärmaschine der NATO lenken, jener „aggressiven Allianz“, die die Hauptgefahr für den Frieden darstellt. Die Europäer seien nicht mehr Herr ihrer Entscheidungen. Antiamerikanische Agitation ist das Leitmotiv des Senders „Frieden und Fortschritt“. Offenkundige Absicht: einen Keil zwischen Europa und Amerika zu treiben. Trotz der klaren Stoffrichtung Washington bleibt genügend Sendeszeit für Attacken gegen die Bundesrepublik Deutschland: das Land der „Berufsverbot“, der „Neo-Nazis“, der „Massenarbeitslosigkeit“.

A propos Arbeitslosigkeit: Der Moskauer Sender sagt seinen Hörern, bei wem sie sich Gedanken machen, daß die Schlangen vor den Arbeitsämtern nicht noch länger sind. Aufträge aus der Sowjetunion sichern einige hunderttausend Arbeitsplätze, verkündet „Frieden und Fortschritt“. Zur wirkungsvollen Untermauerung der „Antikriegspropaganda“ in der BRD bedient man sich westlicher Importmusik. Auf dem Höhepunkt jenes Herbstes, der dann doch nicht so heiß wurde, wie es sich manche erhofft hatten, bestrahlte der Moskauer Sender seine deutschen Hörer täglich mit dem Titel „Radioaktivität“.

Übrigens: der Sender „Frieden und Fortschritt“ ist nicht mit Radio Moskau identisch. Die Programme werden zwar im gleichen Funkhaus produziert und auf den Wellen des Moskauer Rundfunks ausgestrahlt, doch damit hören die Gemeinsamen nicht unangelegentlich auf.

Die Botschaft ist eindeutig: Der Weltfeind heißt USA. An Kronzeugen für diese These mangelt es nicht. Man zitiert „die demokratischen Kreise der BRD“, das „Stern-Magazin“, den „angesehenen Politiker der BRD, Karsten Voigt“, die Deutsche Friedensgesellschaft – und nicht zuletzt die Hörer des Senders „Frieden und Fortschritt“. Sie wissen zwischen Friedensfreunden und -feinden zu unterscheiden: „Die sowjetischen Menschen sind die friedliebendsten

Gravierendster Unterschied: der ungleich aggressivere Ton des Senders „Frieden und Fortschritt“. Radio Moskau bietet zuweilen auch Information und Unterhaltung. Der Sender „Frieden und Fortschritt“ beschränkt sich dagegen ganz auf Agitation. Proteste gegen die Attacken der Moskauer Ätherkrieger wären zwecklos. Schließlich kann man 250 Millionen Sowjetbürgern nicht den Mund verbieten. Denn nach offizieller Lesart ist der Sender „Frieden und Fortschritt“ die „Stimme der sowjetischen öffentlichen Meinung“.

HENNING von LÖWIS

KRITIK

Reich an Zwischentönen

Wie haben die Dresdner das nur gemacht? Immer auf der Seite der Verlierer in der Geschichte, und doch Hausherrn in einer Stadt, die mit ihrem Glanz, ihrer Berühmtheit, ihrer Kunst in die deutsche Geschichte hineingewirkt hat wie kaum eine andere. Kunst- und Musikstadt, Barock- und Villenstadt, Hauptstadt der Romantik und des Expressionismus. Der Film Dresden von Helga Schütz und Wolfgang Felk in der Reihe „Schauplatz der Geschichte“ (ARD) geht davon aus, Impressionen, Bilder, Gewissens einer der liebenswürdigsten Filme, die einer Stadt gewidmet worden sind, farbecht, an Andeutungen und Zwischentönen reich – auch wenn darüber die brutale Gegenwart vielleicht zu kurz gekommen ist. Eine Erklärung für die unbegreifliche Ausstrahlung dieser Stadt ist auch ihm nicht gelungen.

Vielleicht, weil er bei seiner Spurensuche so wenig der Eigenart jenes

Fürstenhauses nachgeforscht hat, das unter den deutschen das älteste war und die Kunst und das geistige Leben in so einzigartiger Weise zur Entfaltung gebracht hat. Gewiß, Semper und Wagner standen in Dresden auf der Barock- und Revolutionszeit. Aber der sie nach Dresden geholt hat, war der sächsische König, Otto von Sachsen, der verfolgte Baumeister, baute in Dresden auch das zweite Opernhaus lange nach der Revolution, und es wurde eine der großen Wagner-Kultstätten der Welt. Nicht, weil die beiden mit Revolutionsheeren in Sachsen einmarschiert und den König zur Unterwerfung gezwungen hätten; sondern weil die Liberalität und der Kunststimm der sächsischen Krone ihnen das Privileg und sich selbst die Ehre damit zu geben wußten.

Man sollte sich an einem Schauplatz der Geschichte getrost auch dessen erinnern.

DANKWART GURATZSCH

STUDIO

Die Axel Springer Verlag AG hat von „Worldvision Enterprises Inc.“, USA, die deutschsprachigen TV-Rechte der amerikanischen Serie „Love Boat“ erworben. Neben Eigenproduktionen wird die Axel Springer Verlag AG die Serie „Love Boat“ als regelmäßigen Programmbeitrag im ECS-Kanal des deutschen Verlegers Konsortiums ausstrahlen. Diese weltweit in mehr als 100 Ländern erfolgreich laufende Serie wird damit ab 1985 auch in der Bundesrepublik zu sehen sein.

Die Preise der „Etna“ (European TV Magazine Association) für die besten Fernsehstars Europas werden am 27. April in Cannes verliehen. Die Preisträger wurden von insgesamt 60 Millionen Lesern aus sieben europäischen Ländern – Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Italien, Schweiz und Bundesrepublik – ausgewählt. Zu ihnen zählen Michael Schanze, der die Kinder im Fernsehen am besten unterhält, der Amerikaner Richard Cham-

berlain und Simone Signoret als beste Darsteller. Bester Show-Moderator ist nach Ansicht der Fernsehzuschauer Rudi Carrell, beste Sportlerin die Schweizerin Erika Hess, der beste Sänger der Engländer Boy George, die komischste Figur der englische Künstler Russ Abbot und die beste Moderatorin die Italienerin Raffaella Carrà.

In hundertdeutschen Fernsehhaushalten war an einem durchschnittlichen Wochentag des ersten Quartals dieses Jahres 92 Minuten lang das erste und 86 Minuten lang das zweite Fernsehprogramm eingeschaltet. Dies seien Werte, so die Programmdirektion des Deutschen Fernsehens, die bei beiden Systemen um zwei bzw. eine Minute über den vergleichbaren Werten für das erste Quartal 1983 lägen. Weiter hieß es in der Mitteilung: „Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß seit Beginn der neuen Programmstruktur beide bundesweiten Programme etwas mehr gesehen wurden und daß sich – trotz anderslautender Behauptungen – an der bekannten Relation zwischen ARD und ZDF überhaupt nichts geändert hat.“



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25	Seemannstraße	11.55	Mögliche Schicks: Potol
10.00	heute	12.25	Pressenschau
10.05	Der Leutnant und sein Kie	13.00	heute
16.00	Tageschau	16.00	heute
16.10	Wendepunkte	16.04	Musik
	Gücklich geschieden -- und dann ...		anschl. heute-Schlagzeile
16.55	Spät am Dienstag	16.35	Bavaria
	Mit Stefanis und Frank		2. Teil: Die zweite Oma
17.50	Tageschau	17.00	heute / Aus den Ländern
	dazu: Regionalprogramme	17.15	Tele-Übersichte
20.00	Tageschau	17.50	Waldheimat
20.15	Wundersame Tiere Kaliforniens		dazu: heute-Schlagzeilen
	Von Klappenschlangen, Kopfüßlern und Tintenfischen	19.00	heute
	Von Bernhard Grzimek	19.30	Der Leutnant und sein Kie
	300 Arten von Giftschlangen gibt es auf der Erde, und durch Schlagengisse sterben jährlich 30 000 bis 40 000 Menschen, mehr als durch alle anderen Wildtiere der Welt. Die bekannteste von allen Giftschlangen, die amerikanische Klappenschlange, ist unter den Viper		nach dem Roman von M. Gygis, 2. Teil
	nen noch die harmloseste.	21.15	heute
21.00	Menschen		Invasion der Deutschen
	Dar: Giftgas in der Ostsee / Menschenversuche für die Pharmaindustrie / Die Kinder von Izium		Rang und Namen unter den Politikern und Industriellen trifft sich in Tokio / Keine von Japanern -- Belgien, deutschen Firmen, die mit "technologie und Qualität erfolgreich sind und daher
21.45	Dalies		erfolgsplätze sichern / 50 000 für den Golf? -- Der
	Inferno auf Southfork		pamer am westlichen Luan
22.50	Tagesthemas		neue Marktchancen / A
23.00	Kulturspiegel		speak German? -- Über
	Mit Hansjörg Rosenbauer		und andere Bären, die
	Kulturreize Tel Aviv / Neue ungarische Tänz -- erste Rockmusical Osteuropas, "Starmaker", Tanz und Gesang gegen Machtmißbrauch und Unterdrückung / "Der		schützt mit den Japanern
	Der der großen weißen Welt"		ran
	Werbung in Afrika: Der Schein von Glück / Die Diva -- Der Film "Diva" zählt bereits zu den Kultfilmen und gehört zum festen Bestandteil der Filmprogramme in Raphael Alben	21.45	heute-Journal
	-- Am 25. April erbittet der spanische Lyriker den Cervantes-Preis	22.05	Heute Country USA
25.45	Tageschau		Amerikanischer Dokume
			(1972-1974) über die
			kämpfe in Marlan Coun
			tucky, einem der wichtigs
			ten Produktionsgebiete in
			der Originalfassung mit
			Untertiteln
			Regie: Barbara Kopple
		23.45	Ein Lobesfang
			Bernhard Grzimek im Gespräch
			Markt Donnpe zu seinem
			heute
		0.15	heute

Ein Walfisch im Keller

P.Ja. - Auf ihrer Rundreise durch die deutschen Museen ist die Sammlung Mühlberg mit ihren schönen Beispielen antiker Tierdarstellungen nun im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe angekommen. Allerdings unterscheidet sie sich hier von den bisherigen Präsentationen. Als Zugabe wurde nämlich der lange Flur vor den Ausstellungsräumen mit Tierplastiken geschmückt. Da werden also ungewöhnliche Zirkusnummern abgebildet oder der Walfisch, der im städtischen Schwimmbad für ein paar Tage besichtigt werden kann, Th. Th. Heines rote Bulldogge, die für den „Simplissimus“ warb, oder ein Tukan, der Krawatten im Schnabel hält. Es ist eine amüsante Galerie des Alltags, die das Museum aus den Beständen, die sonst in den Magazinen schlummern, beigeleuchtet hat.

Nicht anders ist es im Parterre. Da sind „Accessoires“ zu sehen, das Beiwerk der Mode aus zwei Jahrhunderten, wie Schirme und Mützen, Fächer und Hosenträger, ein

Hochzeitskleid und allerhand Hüte. Auch das gehört zu den sonst unsichtbaren Schätzen des Museums. Fast dasselbe Thema griff das Münchner Stadtmuseum auf. Es zeigt „Von Kopf bis Fuß“ vier einhundert Jahre alte Kopfbedeckungen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Diese Auswahl war nicht einfach zu treffen, weil die Textilsammlung sehr viel reichhaltiger ist.

Diese drei Beispiele zeigen, daß nicht nur die Kupferstichkabinette ohne Schwierigkeit - und nur mit Bordinstrumenten - sehenswerte Ausstellungen über einen Künstler oder zu einem Thema arrangieren können. Auch andere Sammlungen lagern in ihren Depots Schätze, die sich für alle möglichen reizvollen Präsentationen eignen. Das scheint in den Museen jedoch über dem Ehrgeiz, sich im Kreis des großen Ringelspiels internationaler Ausstellungen mitzudrehen, manchmal vergessen zu werden. Und dann und wann ein weißer Elefant, ziert gewiß jedes Karussell und nicht nur das Rikschas im Jardin du Luxembourg. Doch die Hauptsache bleibt „der Bestand von bunten Pferden“ - wie Hamburg und München gerade vorführen.

„Woyzeck“ an den Münchner Kammerspielen

Hirnwütig sind sie alle

Das letzte Bild von Benjamin Korn Münchner Kammerspielen inszeniert ist eine ergreifende Kanzen-Woyzeck verhält die tote Marie mit seinem Mantel, tritt vor an die Rampe, zieht ein Papier heraus und liest wie abgestorben: „Ich, Friedrich Johann Franz Woyzeck, Wehrmann, Füsiliert im 2. Regiment, 2. Bataillon, 4. Kompanie, geboren Maria Verdingung, den 20. Juni, ich bin heute alt 30 Jahre, 7 Monat und 12 Tage.“

Der Regisseur hat dieses Bühnen-Fragment von armen Mann Woyzeck als eine Tragödie der Fremdheit inszeniert, einer Fremdheit unter Menschen, die sich nicht mehr ausdrücken können, deren Gefühlswelt erstarrt ist und wo die Stummheit geradezu in die Katastrophe, in den Tod führen muß. Der Regisseur vertraute sich auf unerwartet intensive, ja zärtliche Weise dieser traurigen Mär von untreuer Eifersucht und Mord an. Das heißt, nur die Hauptfiguren und ihre Geschichte und nur ihr. Diese Münchner Regie verweist die von Bühnen so scharf gezogene Trennungslinie zwischen oben und unten zu Gunsten eines Schauspielers der Menschenschilddrüse, nicht der Menschenverurteilung. „Du bist hirnwütig“, sagt die Marie zu Woyzeck. Und hirnwütig sind eigentlich alle, die hier versammelt sind. Der Hauptmann, den Woyzeck rasend, leidet an der „ungeheuren Zeit“, er fürchtet sich vor dem Kreisen des Globus, vor der Bewegung der Zeit und am allermeisten fürchtet er sich vor seiner Umwelt - vor den Menschen. „Er ersticht mich mit seinen Augen“, sagt er zu Woyzeck. Aber auch der Doktor, der mit Woyzeck seine grausam-makabren Experimente anstellt, ist einer dem Pessimismus Verfallener, einer der die Apokalypse herbeiseht.

Und Woyzeck, hier in der Gestalt des Berliner Gastchauspielers Peter Fitz - ursprünglich sollte Franz Xaver Kroetz die Rolle spielen, zog sich aber nach vier Probenwochen zurück - ist von Anfang an ein Zweifler, ein Zerrissener, der ständig unter hohem Druck zu stehen scheint. Natürlich liebt dieser Woyzeck seine Marie. Und natürlich liebt er auch sein (uneheliches) Kind. Versorgt sie, gibt ihnen genügend Geld. Doch wenn die-

ser Woyzeck sich selber bei Zärtlichkeiten erwisch - es sind ganz kurze stille Momente, in denen er Marie zart umfaßt - schreit er sie nieder, drückt er sie brutal nieder. Er erschrickt vor sich selber, wenn seine Gefühle durchbrechen.

Und Marie, hier verkörpert durch Eva Mattes, sie leuchtet in tragischer Größe. Eine junge Frau, die auf kompliziert-simple Art immer bedeutungsvoll wirkt. Sie ist nicht das laute Luder, wie sie manchmal gesehen wird, sondern eine Warmherzige, die sich nimmt, wenn auch mit schlechtem Gewissen, was sie braucht. Es sind wunderschöne Szenen, wenn sie im kalten Raum ihrem Kinde Schatzenbilder an die Wand wirft oder wenn sie ihre tristen Wiegenlieder singt.

Zum Gelingen dieser Aufführung trägt das Bühnenbild von Klaus Heltenstein viel bei. Ein regnerischer Bühnenhimmel wie von Turner, davor die dunklen, halbhohen, diagonal verlaufenden „Erdegehäuse“. Das wirkt, als würden die Figuren jeden Moment von diesem farbenexplosivenden Himmel verschlungen. Fast entstehen Rembrandtsche Bilder, wenn in diesen Räumen Fenster und Türen sich öffnen, um das Licht einfallen zu lassen.

Alles scheint mit großer Umsicht inszeniert. So in der „Dance macabre“ am Schluß. Marie ist längst tot, liegt erstochen am Boden. Da drehen sich die Damen und Herren zu zärtlichen Geigenklängen in ihren biedermeierlichen Kostümen in einer aufgeputzten Welt. Doch mit jeder Drehung des wippenden Rockes, dem Verneigen der Herren mit Zylinder, deuten sich die feinen Fallstricke in Gesten und Haltungen der Personen an. Ganz behutsam hat der Regisseur hier seine Zweifel an dieser Zeit eingefädelt. Man sieht es, wie zum Beispiel die gerade noch zierlich tanzende Margarete sich aus dem Reigen löst und sich an Woyzeck heranmacht.

Das Ensemble dieser Münchner Aufführung ist von außerordentlicher Geschlossenheit. So seien neben den Protagonisten Maria Nicklisch (Großmutter), der Doktor (Rolf Boysen) und als Tambour-Major (Hans Krenner) genannt.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Zur Diskussion um die künftigen Elite-Hochschulen

Kuriert zunächst die Universitäten!

In der bildungspolitischen Diskussion der letzten Monate hat sich aus einer Reihe längst bekannter Elemente eine Argumentationskette gebildet, die von den japanischen Mikrochipschnurstracks zur Gründung privater Elitehochschulen in der Bundesrepublik führt. Die deutsche Volkswirtschaft, so heißt es, drohe in Zukunftsträchtigen Technologiebereichen in einen Rückstand zu geraten, der für ein rohstoffarmes und exportabhängiges Land existenzbedrohend sei; dies sei (auch) Folge mangelnder Spitzenforschung an den deutschen Hochschulen und dies wiederum Ausdruck einer jahrzehntelangen Bildungspolitik, die Chancengleichheit vor Hochbegabtenförderung und Masse vor Klasse gesetzt habe. Notwendig sei daher, so heißt es weiter, eine Wende zu mehr Spitzenleistung und Eliteförderung durch mehr Wettbewerb und Differenzierung; und dazu sei die Gründung privater (Elite-)Universitäten ein hervorragendes, wenn nicht gar vorrangiges Instrument.

Auch soweit die einzelnen Feststellungen zutreffend sind, besteht die Gefahr, daß ihre allzu naive Verknüpfung zu Fehldiagnosen und damit zwangsläufig zu falschen Therapien führen muß. Ich habe weder etwas gegen Eliteförderung noch gegen die Förderung von Hochbegabten, noch gegen Differenzierung und Wettbewerb und auch nichts gegen private Initiativen und Gründungen im Hochschulbereich. Es ist jedoch ein Vorurteil, zu glauben, alle staatlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland seien nur noch durch Gleichmacherei, Gießkannen und Mittelmaß geprägt und zur Förderung besonderer Begabungen und Leistungen nicht mehr in der Lage.

Die Hauptbelastungen in Forschung und Lehre

Es ist unerträglich, wenn die Politiker den bestehenden Hochschulen kalten Blutes steigende Studentenzahlen und Überlasten ohne zusätzliche Finanzmittel verordnen und ihnen anschließend unqualifizierte Massenausbildung vorwerfen, wenn sie das Netz bürokratischer Reglementierungen um die bestehenden Hochschulen immer enger knüpfen und zugleich mit erhobenem Zeigefinger auf das leuchtende Beispiel privater Konkurrenten verweisen. Da wird die Therapie nicht dort angesetzt, wo die Mängel sind, sondern man tritt die wohlfeile Flucht in alternative Institutionen an, die noch gar nicht bestehen.

Ich habe deshalb in meiner Eigenschaft als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz kürzlich ein ausführliches Gespräch mit dem FDP-Vorsitzenden Genscher geführt, der diese Diskussion ja in starkem Maße belebt hat. Dabei kam heraus: Auch Herr Genscher ist davon überzeugt, daß sich die Anstrengungen sowohl der staatlichen Politik wie des privaten Engagements vorrangig auf die bestehenden staatlichen Hochschulen konzentrieren sollten, die nicht nur die Hauptbelastungen tragen, sondern auch das Hauptpotenzial in Forschung und Lehre stellen. Wir waren uns darin einig, daß dafür noch eine Menge getan werden kann

und muß. Dazu aus meiner Sicht einige vorrangige Punkte:

● Absoluten Vorrang muß die Förderung hochqualifizierter Nachwuchskräfte haben. Es ist unübersehbar, daß die staatlichen deutschen Universitäten Gefahr laufen, nur noch die zweite oder dritte Garnitur zu gewinnen; Streichung von Stellen, Auslaufen der Graduiertenförderung, verzerrte Altersstruktur des Lehrkörpers, pauschale Absenkung der Besoldung und Mängel im Hochschulrecht (Personalstruktur) wirken auf ungünstigste Weise zusammen. Hier muß rasch Abhilfe geschehen. An Vorschlägen fehlt es nicht. Wichtig ist vor allem, daß für die Bestqualifizierten eine plausible Aussicht auf dauerhafte Beschäftigung in der Wissenschaft besteht. Wenn sich das Mittelmaß erst einmal etabliert, ist der Schaden langfristig irreparabel. Nur gute Leute ziehen gute Leute nach.

Privates Engagement hilft den Hochschulen

● Wir sollten den längst im Gang befindlichen Prozeß weiter fördern, daß die einzelnen Universitäten besondere Profile entwickeln, ihre Stärken besonders pflegen und sich notfalls von schwachen Gliedern lieber trennen, als unter deren Siechtum endlos zu leiden. Insider wissen, daß es erhebliche Qualitätsunterschiede innerhalb der Universitäten und zwischen den Hochschulen gibt. Auch wenn wir dies nicht, wie z.B. in den USA üblich, in einer Art „Bundesliga-tabelle“ publizieren, sollten wir es nicht als ehrenrührig scheuen, besondere Leistungen auch besonders zu honorieren, schwache Leistungen scharf zu benennen und zu verurteilen.

● Wenn man ernsthaft mehr Wettbewerb um bessere Forschung und Lehre haben will, dann werden eine Reihe von Korrekturen in den staatlichen Rahmenvorgaben nötig sein. Ich nenne als Stichworte nur: Erleichterungen in der Drittmittelforschung, Absicherung der Befristung von Zeitverträgen, stärkere Leistungsorientierung in der Besoldung und Abbau der Beschränkung für die Gewinnung von Spitzenkräften, flexiblere Regelungen bei der Verteilung der Lehrverpflichtungen und der Kapazitätsberechnung, mehr Mitwirkungskompetenz der Hochschulen bei der Auswahl ihrer Studenten und mehr Eigenverantwortung bei der Verteilung ihrer Mittel.

● Und schließlich sollten wir verstärkt privates Engagement in die Hochschulen einführen oder an sie heranführen, statt es an ihnen vorbei in neue Institutionen lenken. Dazu sollten wir die Einrichtung von privatfinanzierten Stiftungslehrstühlen und -instituten in geeigneten Bereichen nachhaltig fördern. Allerdings setzt das voraus, daß der Staat die steuerlichen und stiftungsrechtlichen Rahmenbedingungen verbessert, um private Investitionen attraktiver zu machen.

Hier wie an vielen anderen Stellen stehen politische Zusagen, zuletzt in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl, nach wie vor unerfüllt im Raum. Wenn ein Zeichen für eine Wende gesetzt werden soll, hier wäre ein Ansatz - und es gibt viele weitere, die den Schweiß der Edlen lohnen. THEODOR BERCHMANN



Verführeris Mélisande: Karl Armstrong und Ryland Davies in Götz Friedrichs Berliner Inszenierung von Debussys Oper FOTO: BROSCHTHIELE

Deutsche Oper Berlin: „Pelléas und Mélisande“

Todesfuge über Liebe

Die Welt als finstere Grotte, als eine tiefe schwarze Gruft, von riesigen pflanzenüberwucherten Domsäulen umgrenzt, die permanent einzustürzen und die Bewohner von Schloß Alenmonde unter sich zu begraben drohen: So düster und schwer von Verhängnis stellte sich an der Deutschen Oper Berlin Debussys lyrisches Drama „Pelléas und Mélisande“ dar.

Pelléas - ein lyrisches Drama? Wie Götz Friedrich und sein Bühnenbildner Andreas Reinhardt Debussys Oper sehen, gleicht sie eher einer wüsten Todesfuge, bei der Psychoterror, Gewalttätigkeit und böse Eifersucht die unheimlichen Themen sind. Liebe, gewiß, auch sie kommt zu Wort. Doch wird die Zeit der Zärtlichkeit von Friedrich immer wieder schnell von Grausamkeit und jähem Zorn kontrapunktiert.

Praktisch ohne große Modifikationen hat Götz Friedrich seine für Stuttgart vor fünf Jahren ausgearbeitete Neuschau des „Pelléas“ jetzt für sein Berliner Haus übernommen. Und wie die Premiere am Karfreitag zeigte, hat seine und Reinhardts Inszenierung von ihrer imponierenden Wucht nichts verloren und ihre Gültigkeit bewahrt, gerade weil sie sich nicht an einen leeren Ästhetizismus klammert. Friedrich hat - und das macht die Kraft seiner „Pelléas“-Interpretation aus - den Figuren alle Vagheit genommen und sie in ein Beziehungsgeflecht gespannt, das vieles in diesem mysteriösen Stück verständlich macht.

Er hat sich dabei nicht gescheut, den Protagonisten neue Facetten hinzuzugewinnen. So ist Mélisande, das kleine scheue zarte Wesen bei Maeterlinck/Debussy, bei ihm nicht nur Unschuldig, sondern auch Verführerin, Femme fatale. Pelléas, ein linksischer, irritierbarer Jüngling, trägt gar andere Züge. Am schärfsten hat sich Friedrich als Regisseur aber mit Golaud auseinandergesetzt. Lange

vor dem Brudermord läßt er ihn mit ungemein realistischen und einsichtigen Aktionen bereits alle Stadien des Jähzorns, der krankhaften Eifersucht, des Männlichkeitswahns durchlaufen. Ein Gefangener im Kerker seiner Wahnvorstellungen und seiner starren Denkart. So wie auch die anderen Schloßbewohner Gefangene sind. Die Eingeschlossenen von Alenmonde - auch dieses Drama hat Friedrich klug und folgerichtig mitinszeniert.

Diesen scharfsinnig ausgeleuchteten Szenen stehen allerdings auch Einfälle gegenüber, deren Aufdringlichkeit und überzogene Symbolik irritiert. Die Turmszene mit ihrem ausgreifenden Sexspiel um Mélisandes Haar droht in Komik umzukippen, weil das Haar wie die unendliche Geschichte immer länger und länger und länger wird.

Am Pult spürte Jesus Lopez Cobos den Pelléas und Debussys sehr aufmerksam und atmosphärisch genau nach, durchaus der Vorstellung des Komponisten folgend, daß die Musik ein diskretes, unaufdringliches Element bleiben solle. Doch veranlaßte er im Laufe des Abends auch die beflügelter Gefühlsausbrüche der Partitur zur Wirkung zu bringen und so stärkere Übereinstimmung mit Friedrichs Regiekonzept zu erzielen. Unter den Sängern beherrschte Wolfgang Schöne als Golaud eindeutig das Premierenfeld. Bewundernswert, wie er krasses Autoritätsgebarren, Liebeswünsche, Grausamkeit und Verzweiflung zu einer glänzenden, in jedem Detail stimmigen Einheit baute. Ryland Davies sang den Pelléas schön, aber ohne durchschlagendes Charisma. Karl Armstrong bot eine sehr intensive Darstellung der Mélisande, die jedoch nicht immer ganz frei von koketten Zügen. Sie hatte neben Beifall auch Buhs hinzunehmen. Ähnlich erging es Friedrich, dem Hausherrn und Regisseur. KLARE WARNECKE

JOURNAL

Ehrendoktorwürde für Vaclav Havel

dpa, Paris Der tschechoslowakische Dramaturg und Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ Vaclav Havel wird Ehrendoktor der südfranzösischen Universität Toulouse. Wie das französische Komitee für Verteidigung der Freiheiten in der Tschechoslowakei Paris mitteilte, soll der kritische Dramaturg Tom Stoppard Havel am 14. Mai bei der Verleihung der Auszeichnung durch Erziehungsminister Alain Savary vertreten. Havel war in seiner Heimat 1979 zu vierzehnjährigen Haft verurteilt und im Februar 1983 aus gesundheitlichen Gründen freigelassen worden.

Potsdam präsentiert Bücher aus der Schweiz

AP, Berlin In Potsdam ist eine Ausstellung mit dem Titel „Bücher aus der Schweiz“ eröffnet worden. Die rund 1600 Bücher umfassende Ausstellung soll später auch in Magdeburg, Cottbus und Karl-Marx-Stadt zu sehen sein. Die Schau wurde von der „DDR“-Arbeitsgemeinschaft für das Schweizer Buch und der Stiftung Pro Helvetia in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Buchhändler- und Verlegerverband und dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig organisiert.

Berlin hört die „Stars von morgen“

DW, Berlin Der Verband Deutscher Musiklehrer hat für diesen Herbst wieder einen Bundeswettbewerb Gesang ausgeschrieben, und zwar in den Fächern Oper und Konzert. Eine Vorentscheidung fällt in den einzelnen Landeswettbewerben, dessen Sieger dann in Berlin zur Endauswahl antreten. Das Schlußkonzert unter dem Motto „Stars von morgen“ findet am 3. Dezember ebenfalls in Berlin statt. Preise von insgesamt 50 000 Mark stehen zur Verfügung. Unterlagen: Bundeswettbewerb Gesang, Bismarckstr. 17, 1000 Berlin 12.

M. Lainez gestorben

AFP, Cordoba Der argentinische Schriftsteller Manuel Mujica Lainez ist am Ostermontag im Alter von 73 Jahren gestorben. Seine Erzählung „Bomarzo“ hatte dem argentinischen Komponisten Alberto Ginastera als Libretto für eine Oper gedient, die internationalen Erfolg erlangte. Der 1910 in Buenos Aires geborene Sohn eines reichen Landbesitzers hatte in seiner Jugend mehrere Jahre in Paris gelebt. Er war ein Bewunderer von Marcel Proust und Oscar Wilde. Seine Übersetzungen von Shakespeares Sonetten ins Spanische gelten als Meisterstücke. Nach seiner Rückkehr nach Argentinien wurde er durch zahlreiche Romane bekannt, darunter „La Casa“, „Los Portenos“, „El Laberinto“ und „Misteriosa Buenos Aires“, die überwiegend Themen seines Landes gewidmet waren.

Marcel Janco tot

dpa, Tel Aviv Der israelische Maler und Mitbegründer der dadaistischen Künstlerbewegung, Marcel Janco, ist am Samstag im Alter von 89 Jahren in Tel Aviv gestorben. Janco (eigentlich Janca), der aus Rumänien stammte, flüchtete 1941 aus Frankreich vor den Deutschen nach Palästina. Er hatte zu der Künstlergruppe gehört, die 1916 in Zürich die dadaistische Bewegung gründete, die sich gegen alles Traditionelle wandte und das damalige Bildungsbürgertum provozieren wollte. Janco statete die Aufführungen aus und experimentierte in verschiedenen Richtungen, wobei er u.a. zartfarbig bemalte geometrische Gipsreliefs gestaltete. Nach seiner Flucht aus Frankreich ließ er sich in Tel Aviv nieder. Nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg (1948/49) gründete er das später internationale bekannt gewordene Künstlerdorf Ein Hod südlich von Haifa.

Mabel Mercer †

dpa/AP, Pittsfield Im Alter von 84 Jahren ist am Karfreitag in Pittsfield (Massachusetts) die Sängerin Mabel Mercer gestorben, für die so populäre Lieder wie „Fly me to the Moon“ und „While we were young“ geschrieben wurden. Sie war die Tochter einer englischen Kabarettistin und eines amerikanischen Jazz-Musikers und kam im britischen Staffordshire zur Welt. In den zwanziger Jahren trat sie in Cabarets in Paris auf und zählte Ernest Hemingway, F. Scott Fitzgerald und Gertrude Stein zu ihren Freunden. 1940 ging sie nach Amerika. Ihr Gesangsstil soll Frank Sinatra, Peggy Lee, Barbara Streisand, Johnny Mathis und Nat King Cole beeinflusst haben. Mabel Mercer trug ihre Lieder vor, während sie auf der Bühne mit gefalteten Händen auf einem Stuhl mit hoher Lehne saß.

2,5 Millionen Tiere gratulieren Bernhard Grzimek

St. Franziskus der Zoos

Wenn Bernhard Grzimek heute vor 75 Jahren nicht geboren worden wäre, lebten derzeit allein in der ostafrikanischen Serengeti 2,5 Millionen Großtiere weniger. Seit er 1958 diese Stätte zum Nationalpark machte, vermehren sich dort 60 Elefanten auf gegenwärtig 4500, 837 Giraffen auf über 10 000, 1700 Impalas auf 60 000, 1500 Büffel auf 74 000, 57 000 Zebras auf 200 000, 200 000 Gazellen verschiedener Arten auf über 1 000 000, 100 000 Gnus auf 1,5 Millionen.

Die großartige Bilanz eines Menschenlebens erstreckt sich jedoch noch viel weiter über den gesamten Erdkreis: Grzimek war der erste, der gegen die Robbenschlächtereien vor Neufundland protestierte sowie gegen den Vogelmord in Italien und die quälische Tierhaltung in Hühnerbatterien und Kalb-Mastboxen; Grzimek erreichte es, daß es heute als unvornehm gilt, Pelzmäntel aus Fellen vom Aussterben bedrohter Tierarten zu tragen; Grzimek unterstützt als Präsident der Frankfurter Zoologischen Gesellschaft von 1958 mit den Geldspenden seiner Millionen Freunde Tierschutzprojekte aus allen Kontinenten.

Er besitzt die Persönlichkeitsausstrahlung und den Kampfegeist wie die Jungfrau von Orléans, eine in den Sphären hoher Wissenschaft fundierte blumenreiche Art der publizistisch-wirksamen Simplifizierung wie Konrad Lorenz und ein Sendungsbewußt-

sein zum Wohle der Tiere wie der heilige Franz von Assisi. Kein Wunder, daß ihn seine Gegner am liebsten auf dem Scheiterhaufen verbrennen möchten. Dabei tut er ihnen nicht einmal den Gefallen, am Herzinfarkt zu sterben. Und das, obwohl er einst Direktor des Frankfurter Zoos war, sowie Professor der Veterinärmedizin an der Universität Gießen und, obwohl er derzeit noch immer Chefkurator der ostafrikanischen Nationalparks, Chefredakteur der Zeitschrift „Das Tier“, Herausgeber des umfassendsten zoologischen Lexikons der Welt, Star der Fernsehreihe „Ein Platz für Tiere“ und Autor von mehr als zwanzig Büchern, darunter mehreren Bestsellern, ist ein noch nicht ausgestorbener „Dinosaurier“ an Schaffenskraft und Effizienz! Jede einzelne dieser Tätigkeiten könnte ein Menschenleben schon mehr als ausfüllen.

Aber Bernhard Grzimek schafft dies alles zusammen, und das auch noch in einer Art, in der man ihm nie die geringste Heftigkeit anmerkt. Wenn heute wenigstens in einigen Teilen der Welt der verbrecherischen Barbarei gewisser Menschen gegen die vierbeinigen und gefiederten Geschöpfe Gottes Grenzen gesetzt sind und wenn dadurch auch für den Menschen die Welt wieder lebenswerter geworden ist, dann ist dies nicht zuletzt das Verdienst dieses Mannes.

VITUS B. DRÖSCHER



Feiert heute seinen 75. Geburtstag: Der Zoologe Bernhard Grzimek, hier mit gefiedertem Freund FOTO: OKAPIA

Kunst am Oberrhein: L. Quinte und R. Girke

In weißen Rhythmen

Der gegenwärtige Bilderflut am Oberrhein erinnert an die Zeit vor dreißig Jahren, da Freiburg ein Zentrum moderner Ausstellungen war, die mehr als das vielbesprochene Nachholbedarf befriedigten. Der Freiburger Kunstverein zeigte als Frühjahrsausstellung gerade neue Arbeiten von Lothar Quinte, den man seit den sechziger Jahren einer Gruppe von Malern zugeordnet hat, die wie Geiger oder Grabauer an der „Raumaktivierenden Kraft der Farbförmen“ (Juliana Roth) interessiert waren. Quinte erregte seinerzeit Aufsehen durch Bilder, deren monochromer Grund durch helle Lichtkeile oder Lichtschlitze in optische Bewegung versetzt werden sollte. Beispiele dieser früheren Malweise waren auch in der Ausstellung zu sehen, die im übrigen das Gewicht ganz auf die Arbeiten seit den siebziger Jahren legte.

Es ist die Reihe der „Netz“, „Vorhang“, „Fenster“ und „Nebelbilder“, wie Quinte sie mit genau treffenden Bezeichnungen nennt. Die gemalten Bildgründe sind übermalt und damit gleichsam verhängt, vernebelt oder wie Fenster verschlossen. Sie bekommen auf solche Weise etwas eigentümlich Geheimnisreiches, gewinnen große Ruhe und Stille, ohne stark zu werden, wozu die Zurückhaltung der Farben wesentlich beiträgt. Sie drängen sich nicht auf, haben aber etwas vom Charakter stummer Fragen.

Badenweiler darf regional dem Freiburger Kunstgeschehen zugeordnet werden, wiewohl die Galerie Luise Krohn seit langem ein ganz eigenes Gesicht zeigt. Sie erwirbt sich jetzt ein Verdienst durch die Präsentation der neuen Arbeiten von Raimund Girke. Wollte man Vergleiche zwischen ihm und Quinte aus der Sicht der von beiden verehrten Farbmalerei etwa eines Ad Reinhardt ziehen, so hieße das äußerlich - selbst im Blick auf Girkes Bilder in Elfenbein, diese völlig weiß zugestrichenen, nur durch den Duktus des Pinsels bewegten Flächen. In seinen jüngsten Werken, namentlich dem halben Dutzend der in Badenweiler gezeigten großen Bildtafeln hat Girke eine ganz neue Sprache gefunden: sie schwingt nicht mehr in farbigen Melodien, sondern in weißen Rhythmen.

Die dunklen Bildgründe sind weiß übermalt, überschrieben. Es ist, als gingen Schneestürme über die ganze Fläche, manchmal in kleinsten Wurzeln von Orange oder Blau ansetzend, dann aufwachsend, stürzend, jagend, sich schmiegend - weiße Ahrenbündel, Licht-Ähren eines riesigen weißen Feldes. Ein Windrauschen geht über die ganze Bildfläche, über den Bildrand hinaus. Ein Vorgang, der aller Bezüge zum Gegenständlichen entäuert ist - und doch in einer seltsamen Nähe zum Natürlichen bleibt.

HEINRICH W. PETZET

STAATSBESUCH IN BONN / Mit General Prem Tinsulanond kommt der Premier eines Landes der Freiheit

Erfolg mit dem demokratischen Experiment

Von CHRISTEL PILZ

Der Welt ist bekannt, daß Thailand das Land des Lächels ist. Warum aber lächelt es? Der Grund könnte nicht einfacher sein.

Es hat immer Glück gehabt, von seiner Reichsgründung an im 13. Jahrhundert, als ein Thailändischer Herrscher Sukhothai aufbaute und sein Sohn, König Ramkhamhaeng der Große, das Alphabet und die buddhistische Religion einführte und das Vorbild eines eng mit dem Volk verbundenen Monarchen setzte. Vor seinem Palast hing eine Glocke, die jeder schlagen durfte, der seine Probleme dem König vortragen wollte. Jeder wurde vorgelassen, alle Untertanen waren dem König gleich.

Noch immer ist Thailand Königreich, das letzte in Südostasien. Während bei seinen Nachbarn, Birma, Laos, Kambodscha und Vietnam die Monarchien fielen, blieben die Thais der seit 1782 herrschenden Dynastie der Chakris treu. Denn auch mit den Chakri-Königen haben sie Glück gehabt. Sie waren Regenten politischer Weisheit und des Fortschritts. Europäer waren für sie keine weißen Teufel, sondern Ausländer, von denen man was lernen konnte.

Am Vorbild der Deutschen kopierte Chulalongkorn (Rama VI.) den Aufbau seiner Streitkräfte. Thais wurden zur Kadettenausbildung nach Potsdam und Kassel geschickt. Deutsche kamen ins Land. Sie bauten die Eisenbahn, bauten das Postwesen auf, führten deutsche Schulmedizin und das Apothekensystem ein. Bereiche, in denen die Thais bis heute führend in Südostasien sind. Deutsche halfen auch dabei, die Bürokratie zu einem Grundpfeiler für die Stabilität des Landes zu machen. 207 Europäer standen damals in des Königs Diensten. Thailand schloß sich der Entwicklung des Westens an, übernahm auch dessen politische Ideen. Das Thema der Demokratie wurde Mode, bis 1932 eine neue Elite gegen die absolute Macht des Königs putschte und Thailand zur konstitutionellen Demokratie erklärte.

König Rama VII. war ein weiser Mann. Statt sein Volk gegen die Putschisten zu mobilisieren, beugte er sich dem Geist der neuen Zeit. Thailands Experiment mit der Demokratie begann, mit der Monarchie im Hintergrund, die letzten 34 Jahre un-

ter der Regentschaft von König Bhumipol der Rama IX. ist.

"Solange wir einen König haben", pflegen Thais in tiefster Überzeugung zu sagen, "kann uns nichts passieren." Westlichen Ausländern mag das naiv erscheinen, für die Thais aber ist der König der Hüter der nationalen Einheit, sein Wort hat die Macht einer magischen Kraft. König Bhumipol ist ein Volkskönig, der mit seiner Familie ständig durch die Provinzen reist, sich um die Nöte und Sorgen der Menschen auf dem Lande kümmert, für Fortschritt sorgt, der durch seine aufrichtigste Persönlichkeit Hoffnung und Liebe in die Herzen seines Volkes strahlt.

Selten hält er politische Reden, denn er steht über der Politik. Doch wenn er redet, wird er gehört. Was er sagt, wird getan. Glück haben die Thais auch mit sich selbst. Sie sind ein homogenes Volk, ohne Feindseligkeiten zwischen Regionen, ohne Rassenprobleme. Mit den chinesischen Zuwanderern haben sich zu einer geschäftstüchtigen, lebenslustigen Bevölkerung vermischte, die stolz darauf ist, Thai zu sein, die gerne Späße macht, um ihr Leben gern ist und ihre würdige Küche preist.

Der Nordosten, der an Laos und Kambodscha grenzt, indes war bis Anfang der 70er Jahre war Hochburg der Kommunisten. Ganze Dörfer unterstanden ihrer Kontrolle. Auch hier kam die Wende unter einem General, der primär mit politischen Waffen kämpfte, der Bevölkerung gab, was die Kommunisten nur versprochen. Er brachte Ärzte und Krankenschwestern in die Dörfer, half beim Bau von Schulen und Straßen. Der

General, ein stiller, gründerlicher Mann, war Prem Tinsulanond. 1978 wurde er Heereschef, 1980 wählte ihn das Parlament zum Regierungschef. Das ist er bis heute.

Er ist der erste Premierminister, der die Probleme seines Volkes aus eigener Erfahrung kennt und sich energisch für ihre Behebung einsetzt. Seit seiner Machtübernahme hat er sein Antikommunistenrezept zu nationaler Politik gemacht, niedergeschrieben in der Regierungsverordnung.

THAILAND



ประเทศไทย

nung Nr. 66/23, die allen Kommunisten Amnestie und die Wiederaufnahme in die Gesellschaft verheißt.

Jetzt, so sagen Sprecher der Militärs, sei der fast 20jährige Kommunistenkrieg zu Ende. Die Zahl der bewaffneten Kämpfer, die noch 1980 über 120 000 Mann betrug, sei auf knapp über 1000 gesunken. 24 000 Guerrillas und Sympathisanten seien zur Seite der Regierung zurückgekehrt.

Die Militärs als Demokraten? Klingt das nicht paradox? Nicht in

Thailand, wo die eigentliche Entwicklung zur Demokratie erst im Oktober 1973 begann, als eine Studentenrevolte den Sturz der Feldmarschälle Thanom und Prapas erzwingen. Bis dahin war Demokratie nur ein Aushängeschild, unter dem die jeweils regierende Generalseite ihre eigenen Interessen pflegte. Diese Eliten wechselten mit steter Gewißheit von einem Putsch zum anderen. Nach 1973 folgte eine Phase politischer Laissez-faire. Es war eine Art Kulturrevolution.

Langaufgestaute Volkswut tobte sich aus, kreative Kräfte konnten tätig werden. Es wurde selbstverständlich gegen korrupte Beamte, Politiker und Militärs zu protestieren, Skandale in die Zeitungen zu bringen, Recht und Gerechtigkeit zu verlangen. Politik wurde zum Tagesgespräch der Thais, jeder hatte die Chance, politisch aktiv zu werden. Parteien schossen aus dem Boden, Gewerkschaften waren erlaubt. Interessengruppen und Diskussionskreise entstanden. Jeder behauptete, im Interesse des Volkes zu handeln.

Es waren Lehrjahre, die die Nation an den Rand des Chaos trieben. Unter der stillen, aber zielbewußten Führung von Premierminister Prem hat Thailand sich politisch stabilisiert. Eine neue Generation ist hochgekommen, in der Beamtenschaft, in der Regierung, im Militär, in der Privatwirtschaft. Männer und Frauen, die fließend Englisch sprechen, die im Ausland studierten, die wissen, wovon sie reden. Die selbstbewußt in ihre Zukunft sehen.

Thailand hat heute eine freie Presse, eine einigermaßen funktionierende Demokratie, zwar mit Rückentwicklung der Militärs, aber die beste in Südostasien. Es kann sich fortan seiner Aufgabe widmen.

Tausende von Studenten und Aktivisten sind unter ihm in den Dschungeln

gel flohen. Ruhe kehrte in die Städte zurück. Ruhe vor neuem Sturm. Wieder hat Thailand Glück gehabt. General Kriangsak setzt Thanin ab und übernahm das Regierungsamt. Er erließ eine Generalamnestie, appellierte zur nationalen Versöhnung und ernannte eine neue Verfassung als Hüter der Demokratie. Kriangsak regierte knapp über zwei Jahre, von Ende 1977 bis Anfang 1980, als Parteiquellen ihn zur Aufgabe seines Amtes bewegten.

Daß es den Thais immer wieder gelang, unheilvolle Entwicklungen abzuwehren und gestärkt aus ihnen hervorzugehen, verdanken sie ihrer Eigenschaft, ihren Gegnern zu vergeben, sich zu versöhnen, und sich anzupassen. "Wir Thais" witzeln sie über sich selbst, "sind wie Wasser. Wir passen in jedes Gefäß" - wenn auch nur in "Gefäße" nach ihrem Geschmack.

Das erklärt auch, warum die Thais als einzige Nation in Südostasien als Kolonialland wurden. Sie blieben im Sinne des Wortes "Thai". Denn Thai bedeutet frei.

Was sie von anderen Ländern übernommen haben, übernahmen sie freiwillig und aufgrund eigener Initiativen. Sie reisen viel ins Ausland, schicken ihre Kinder an die besten Universitäten der Welt. Sie interessieren sich für alles, was modern und praktisch ist. Sie kaufen leidenschaftlich gern ein. Was ihnen nützlich erscheint, ihr Prestige zu Hause hebt oder was ihnen schmeckt, wird mitgebracht. Seien es bloß Ideen zum Kopieren, Konsumgüter wie Schokolade und Käse oder moderne Technologien. Zur Zeit sind sie dabei, sich auf Computer umzustellen, mit Kursen schon im Kindergarten.

Unter der stillen, aber zielbewußten Führung von Premierminister Prem hat Thailand sich politisch stabilisiert. Eine neue Generation ist hochgekommen, in der Beamtenschaft, in der Regierung, im Militär, in der Privatwirtschaft. Männer und Frauen, die fließend Englisch sprechen, die im Ausland studierten, die wissen, wovon sie reden. Die selbstbewußt in ihre Zukunft sehen.

Thailand hat heute eine freie Presse, eine einigermaßen funktionierende Demokratie, zwar mit Rückentwicklung der Militärs, aber die beste in Südostasien. Es kann sich fortan seiner Aufgabe widmen.

PREM-PORTRÄT / „Papa“, der Junggeselle

Vorbild an Disziplin und Prinzipientreue

Die thailändische Presse ernannte Prem Tinsulanond zum bestgekleideten Mann und zum langweiligsten Premierminister, an den sie sich erinnern kann. Das Attribut „langweilig“ ist jedoch nur scherzhaft, keineswegs abwertend gemeint, denn Prem, 63 Jahre alt, mit über vier Jahren Amtszeit einer der am längsten regierenden Premierminister seit 1932, als Thailands Experiment mit der Demokratie im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie begann, ist anders als seine Vorgänger waren. Deshalb nennt ihn der Volksmund auch „Papa“. Nichts gibt es über ihn zu klatschen. Er raucht nicht, trinkt nicht, er joggt jeden Morgen. Da er ewiger Junggeselle ist, hat er auch keine Familie.

Er ist ein Führer, der mit Prinzipientreue und Disziplin ein nationales Vorbild gibt, der die Sache über persönliche Sympathien stellt wie am 1. April 1981, als „seine Boys“, eine Gruppe der von ihm beförderten Obersten und Majoren einen Putsch versuchten, um das Parteiengestänge zu beenden, das Parlament nach Hause zu schicken und „Papa“ die volle Macht zu übertragen. Prem aber war dagegen.

Obgleich er sein Leben lang Soldat und zu jener Zeit Chef des Heeres war, ist er überzeugter Demokrat. 13 Monate vorher hatte er sein Amt mit dem Gelöbnis angetreten, den Aufbau der Demokratie zu fördern und die Monarchie zu schützen.

Heute zeigt sich, daß Premes damalige Weigerung, den Jungtürken nachzugeben, ein Segen für die Entwicklung Thailands war. Zum ersten Mal gibt es keine Putschgruppen in den Streitkräften mehr. Thailand ist politisch stabil und dank der Bemühungen von Prem, die Regierungsmacht zu dezentralisieren, Wirtschaftsscheidungen zu entpolitisieren, Staat und Privatwirtschaft erstmals zur Kooperation zusammenzubringen, blühen die 73 Provinzen, boomt die nationale Wirtschaft.

Für Prem kann seine politische Karriere ungewollt und unerwartet. Als gläubiger Buddhist lebt er nach dem Motto, daß sein Werk, was sein muß. Er, der alles andere als politisch ehrgeizig ist, sieht es deshalb als sein Schicksal an, nationale Verantwortung zu tragen und seinem Volk zu dienen. Als er nach den Parlaments-

wahlen vor einem Jahr in den Ruhestand treten wollte, zeigte sich seine wahre Popularität. Alle wollten „Papa“ wieder haben, die Mehrheit des gewählten Parlaments und des ernannten Senats, das Volk, die Presse, die Militärs und die Wirtschaft.

Doch erst als König Bhumipol den parteilosen Ex-General persönlich um die Fortführung seines Amtes bat, willigte Prem ein. Alle waren es zufrieden bis auf die Chart Thai Partei, die Prem aus guten Gründen nicht in seine Regierung nahm. Zwar ist die Chart Thai Partei die stärkste Partei im Parlament, aber sie hat den Ruf, Demokratie nur zu ihren eigenen Gunsten zu nutzen. Nichts widerstrebt Prem mehr als das. Daß seine Fünfparteienkoalition relativ gut funktioniert, liegt vorwiegend an Premes zurückhaltend stiller Art.



Begleit heute Besuch in Bonn: Thailands Premier General Prem

Er hört lieber zu, als daß er redet. Er redet nur, wenn er reden muß und nur soviel wie nötig. Am liebsten lächelt er. Mißfallen beschränkt er auf stille Mimik, wenn er seine Stirn in Falten legt, seine Lippen zur Schnaute zusammenzieht und tiefenst aus seinen dunklen Augen blickt, dann weiß jeder, daß es keinen anderen Weg gibt, als sich mit „Papa“ zu versöhnen oder den kürzeren zu ziehen. Prem kennt keine Kompromisse in seinem Kampf gegen Armut und Korruption, gegen Ungerechtigkeit und Rückständigkeit. Doch er weiß, was möglich und was unmöglich ist.

INVESTITIONEN / Dieses Entwicklungsland kalkuliert kühl, was es benötigt

Wettlauf der Minister hat längst Wettbewerb der Firmen ersetzt

Von R. RINDERMANN

Erdgas- und Ölvorkommen Thailands garantieren schon heute dessen Wirtschaftswachstum und Stabilität. Japanische und amerikanische Anlagenbauer geben sich die Klinke beim thailändischen Industrieminister in die Hand, wenn sie ihre Ingenieurstudien, petrochemischen Verarbeitungsverfahren und Großanlagen anbieten, alles das zinsvergünstigt, versteht sich, mit welchen Krediten einschließlich rückzahlungsfreier Jahre.

Allein an ihrer Ostküste bei Rayon investieren die Thais fünfzehn Milliarden Mark bis 1989, darunter ein kombiniertes Düngemittelwerk für zwei Milliarden mit einer Stickstoff-, Kali- und Phosphatlinie. Eine Gastrennanlage ist im Bau. Anlagen zur Herstellung von Niederdruckpolyäthylen, Propylen und PVC werden vorbereitet. Zwei neue Tiefwasserhäfen, Eisenbahnverbindung, zwei Raffinerienerweiterungen, neue Hochspannungsleitungen und Schnellstraßen garantieren moderne Infrastruktur für das neue Industriezentrum 160 Kilometer südöstlich von Bangkok.

Japanische und amerikanische Großindustrie haben die Zeichen der Zeit in Thailand erkannt. Thailand ist ein Käufermarkt. „Der Wettlauf der Entwicklungshilfenfinanzierungen“ - so ein deutscher Insider aus Bangkok - „hat längst den Herstellerwettbewerb um Qualitäten und Preise ersetzt.“

Deutsches Engagement

Analysen dieser Sonderangebote für das Entwicklungsland Thailand zeigen, daß sie ebenso kalkulierend vom Geberland kalkuliert sind wie Saisonschlussverkäufe geschäftstüchtiger Warenhäuser. Was zum Normalpreis keinen Kunden findet, wird veramscht, um das Lager zu leeren und die Kassen für neue Dispositionen zu füllen. Nach dieser klugen Kaufmannsregel verfahren heute Geberländer in ihrer Entwicklungshilfe.

Die deutsche Industrie und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke distanzieren sich von solchen Praktiken.

Bei jüngsten Diskussionen ortsansässiger deutscher Industrieller und Kaufleute mit durchreisenden deutschen Politikern in Bangkok einigte man sich auf die Formel einer nötigen Änderung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens deutscher Kapitalhilfe. Es müsse ein Weg gefunden werden, daß die deutsche Industrie

bestimmte Kreditbedingungen verbindlich in ihre Ausschreibungsangebote einkalkulieren könne. Bisher mußte die Industrie auf nachträgliche Genehmigungen warten, was ihre Wettbewerbsposition gegenüber anderen Industrieländern verschlechterte.

Die Frankfurter Metallgesellschaft, der Hamburger Tapioca-Importeur Krohn und der Porzellanhersteller Hutschenreuther zählen zu den aufälligsten deutschen Investoren der letzten sechs Monate. Sie sind exemplarisch für das deutsche Engagement in der thailändischen Wirtschaft.

- Das investierte Kapital der Metallgesellschaft dient dem Ausbau von Blei- und Zinkerzgruben in der Nähe der berühmten Brücke am River Kwai.

- Krohn baut Verarbeitungs-, Lager- und Transporteinrichtungen für die Maniokwurzel, die als gepresste Tapioca-Tabletten von Deutschland als Schweinefuttermittel eingeführt werden. Deutsche Importeure kauften 1983 von Thailand Tapioca für 644 Millionen Mark.

- Hutschenreuther wird aus thailändischem Kaolin Tischporzellan herstellen.

Gemeinsam ist diesen Aktivitäten, daß sie als Joint ventures mit gut eingeführten thailändischen Partnern verwirklicht werden. Tendenziell versucht die thailändische Seite bei solchen Gemeinschaftsunternehmen mehr als 50 Prozent, oft lieber 65 bis 70 Prozent Kapitalmehrheit zu sichern.

Die Thais fühlen sich gern als Herr im Haus, sind zwar an deutschem Know-how äußerst interessiert, aber nicht wirklich kapitalistisch. Einige der einflussreichen chinesisch-thailändischen Familien, die gern mit Ausländern Joint Ventures gründen, haben ausgezeichnete Verbindungen nach Hongkong, Singapur oder Taiwan und überraschen den Ausländer gern mit ihrer Kapitalkraft.

Deutsche Unternehmen haben rund DM 220 Millionen seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Thailand angelegt. Darin sind reinvestierte Gewinne und sogenannte Offshore-Finanzierungen eingeschlossen. Die Mehrheit der 65 deutschen Investoren sind in der thailändischen Industrie tätig. Es werden Glasbehälter hergestellt, Farbenrohstoffe, Rizinusöl, Miederwaren und Badeanzüge, Kacheln, Surfbretter, Pharmazeutika, Kosmetika, Kunststoffe, Verpackungsmaschinen, Rattanmöbel und vieles andere.

Bei der Kölner DEG - Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern - liegt derzeit wohl der größte Erfahrungsschatz, was deutsche Investitionen in Thailand angeht. Sie ist an acht Unternehmen beteiligt. Die Hamburger European Asian Bank AG ist mit einer Niederlassung in der City von Bangkok vertreten.

Im Anlagengeschäft bricht die deutsche Industrie jetzt zunehmend aus eingefahrenen Handelsgeleisen in Thailand aus. Das Gleiche gilt für deutsche beratende Ingenieure, die bislang noch meinten, Thailand als Jet-Set auf dem Rückweg von Sidney nach Frankfurt erobern zu können. Hard-selling vor Ort durch eigene Verbindungsbüros im Verbund mit thailändischen Beratern heißt die Devise. Der Thai kennt die Winkel und Wege des verzwickten Anlagenbau- und Consultinggeschäfts. Der deutsche Ingenieur schafft Vertrauen beim Kunden durch Kenntnisse und Ansehen: eine gute Kombination.

Historische Verbindung

Die Thais erinnern sich gut, daß vor hundert Jahren deutsche Ingenieure die erste Eisenbahnlinie durch den Dschungel verlegten und kraftstrotzende Dampfloks geliefert hatten. Dem Bundespräsidenten strömte bei seinem Thailand-Besuch vor sieben Wochen ein Hauch dieser historischen Verbindung entgegen. Scherzhaft äußerte er daraufhin, er wolle seinen Ruhestand gern im sonnigen Thailand verleiben. Die Thais hörten das gern.

Das Informationsdefizit der vielen mittelständischen deutschen Exporteure, Maschinenbauer und elektrotechnischen Spezialisten über den Absatzmarkt Thailand ist unschwer zu beheben. Der Markt ist durchsichtiger als viele andere fernöstliche Märkte.

Es ist kaum zu glauben, aber nach einer Umfrage der thailändischen Investitionsförderungsanstalt anlässlich des Besuchs von Professor Rodenstock mit einer BDI-Delegation im November 1983 zeigten mehr als einhundert thailändische Unternehmer Interesse an der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit der deutschen Industrie. Rund ein halbes Dutzend Joint Venture-Vorschläge sind gegenwärtig in der Verhandlung oder Vorbereitung. Ein Überwachungsorgan der Thai über die wenig entscheidungsfreudigen Deutschen.

Rudolf Rindermann ist Geschäftsführer der Deutsch-Thailändischen Handelskammer in Bangkok.

Europe's Specialist Bank for Asia



Bang Pa In - Former summer residence of the Thai royal family. A symbol of Eurastbank's business philosophy - to blend European and Asian interests.

European Asian Bank

Head Office: Neuer Wall 50, D-2000 Hamburg 36, West-Germany



3

if ihrer

samen April 90 sch. Je-mann-fran-zo-je vier das ur-gelegt publik ähnlich an die

ierung, sämtli-olischer er wie-gefor-dieses Wunsch m Krei-en, hat morali-leß zur NS-hm ein des it allen er Ver-it", for-Mertes

en Jein

nen da-letzen morgen on neu-lein der Sowjet-

en und insseitig ne Haft Young, en Au-azu vor in den das ersten daß es imen zu met ha-werwie-Ganzes

jünger heinlich



Was dem Fremden exotisch und unheimlich ist, ist dem Jungen aus Bangkok vertrauter Alltag. FOTO: T. HOPKIN

FREMDENERKEHR / Devisenbringer Nr. 2

Ferien mit Orchideen

Der Fremdenverkehr ist für Thailand zum zweitwichtigsten Devisenbringer geworden. 1983 haben 2,2 Millionen Touristen das Land besucht und damit die Rekordmarke des Jahres '82 wiederholt. Von 1974 bis 1983 hat sich die Zahl der ausländischen Touristen verdoppelt.

Trotz wirtschaftlich bedingter Einbrüche im Fernreise-Tourismus hat sich Thailand auf dem europäischen Markt gut behauptet. Die Europäer stellen über 20 Prozent aller Touristen, die Deutschen rangierten 1983 mit 87.800 Urlaubern nach den Briten. Die Reisenden kommen überwiegend mit dem Flugzeug, und hier im Luftverkehr hat sich Thai Airways eine Sonderposition erarbeiten können. Thai fliegt Frankfurt und eine Reihe anderer europäischer Städte an, bietet mit der „Royal Executive Class“ besonderen Service auf den interkontinentalen und regionalen Routen.

Steigender Beliebtheit erfreuen sich auch die Stopover und An-

schlußprogramme der Thai, die „Royal Orchid Holidays“, die im vergangenen Jahr von mehr als 50.000 Reisenden in Anspruch genommen wurden. Diese Programme sind individuell konzipiert, bei Ausflügen und Transfers steht auch ein englisch sprechender Führer zur Verfügung. Die wesentlichen Touren für Touristen sind fraglos die Thailand-Rundreisen. Darunter die Tour „Zentral-Thailand und der Norden“, die sieben Tage dauert, die Tour „Thailand, der Süden“, ebenfalls 7-tägig und das „Anschlußprogramm Süd-Thailand, Malaysia und Singapur“ mit einer Dauer von acht Tagen.

Für die Hauptstadt Bangkok gibt es spezielle Programme als Stopover drei- und fünftägig und einen Strauß von Ausflügen. Im Landesinnern sind die beliebtesten Zielorte die River Kwai Brücke, der Badeort Pattaya, Shiang Mai, Shiang Rai, Rose Garden, die Insel Phuket und eine Fahrt in das alte Thailand nach Kamphaengphet und Ayuthya. P. bk.

INVESTOR DEG / Aus Deutschland Nummer 1

Beratung, Erfahrung und Unterstützung

Von GERHARD NOREK

Die jüngsten Entwicklungen in Südostasien zeigen, daß auch dort die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Mitgliedsländer der Asean-Gruppe mußten sich inzwischen an ein geringeres Wirtschaftswachstum als noch vor wenigen Jahren gewöhnen. Dies gilt vor allem für die Philippinen und Indonesien. Doch die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Südostasiens ist keineswegs gebrochen. Experten in Europa, Japan und den USA sind sich einig, daß die Region auch zukünftig ein beachtliches Entwicklungstempo verzeichnen wird.

Dies gilt in besonderem Maße für Thailand, das sich im Vergleich zu anderen Partnerländern in der Asean-Gemeinschaft durch einen stetigen Entwicklungsprozess auszeichnet, das jährliche Wirtschaftswachstum liegt nahezu konstant bei etwa sechs Prozent, im produzierenden Gewerbe bei durchschnittlich neun Prozent in den letzten Jahren. Es entspricht nicht der Thai-Mentalität, die wirtschaftlichen Aufbauleistungen und die damit verbundenen Chancen für ausländische Investoren publikumswirksam herauszustreichen. Dies ist wohl einer der Gründe dafür, weshalb Thailand noch heute im westlichen Ausland – je nach Geschmack – als exotisches Touristenparadies oder als ein von kommunistischer Subversion bedrohter „Dominostein“ eingestuft wird. Es ist Zeit, diese Beurteilung zu korrigieren und den geschäftlichen Möglichkeiten, die das Land ausländischen Unternehmen bietet, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Thailand wandelt sich. Innerhalb traditioneller Strukturen, denen man sich verpflichtet fühlt, ist auf wirtschaftlichem Gebiet eine Dynamik erkennbar, die eine beschleunigte Industrialisierung unter Nutzung modernster Technologien trägt. Triebfeder dieser Entwicklung ist eine junge, zumeist im Ausland ausgebildete, technokratisch orientierte Führungsschicht von Managern, Bankern und Beamten, die bereits in vielen Bereichen Spitzenpositionen einnehmen.

Die deutsche Wirtschaft hat bisher lediglich etwa 80 Millionen Mark investiert, nicht annähernd soviel wie in Singapur, Indonesien oder Malay-

sia. Größter deutscher Investor im Land ist seit Jahren die DEG, Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern, auf die allein etwa 30 Prozent des deutschen Investitionsvolumens entfallen. Die Erfahrungen der DEG sind positiv; die mitfinanzierten Unternehmen arbeiten durchweg mit Gewinn, und Betriebsverweiterungen sind Normalfälle. Es lohnt sich auch für deutsche Unternehmen in Thailand, geschäftliche Aktivitäten zu entfalten. Für die erforderliche Beratung stehen die Deutsch-Thailändische Handelskammer in Bangkok, das Frankfurter Thai Trade and Investment Center (Zweigstelle der thailändischen Investitionsbehörde Board of Investment) und die DEG in Köln gern bereit, wobei die DEG Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen auch finanziell fördert und unterstützt.

Für die Mittfinanzierung von Joint ventures in Thailand steht auch im Lande selbst eine hervorragende Infrastruktur zur Verfügung. Finanzierungsinstitute wie die lokale Entwicklungsbank Industrial Finance Corporation of Thailand, die Bangkok Bank oder Thai Farmers Bank sind wie zahlreiche Merchant Banks an der Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren interessiert. Insbesondere mittleren Betrieben bietet die Thai Factoring Development Company zu günstigen Konditionen schlüsselfertige Fabrikgebäude in mehreren Industriezonen des Landes an.

Das Service-Angebot auf deutscher und thailändischer Seite, das günstige Investitionsklima, eine liberale Wirtschaftsordnung, interessante staatliche Investitionsvergünstigungen und eine aufgeschlossene lokale Unternehmerschaft erfüllen die Voraussetzungen für die Tätigkeit ausländischer Investoren im Rahmen partnerschaftlicher Joint ventures. Erwünscht sind sowohl Betriebe, die einen Beitrag zur Importsubstitution erbringen, als auch exportorientierte Unternehmen, zumal dann, wenn lokale Rohstoffe verarbeitet werden. Gute Investitionsmöglichkeiten bieten die Agro-Industrie, der Grundstoff- und Konsumgüterbereich, Elektroindustrie und Maschinenbau.

Gerhard Norek ist Head of ASEAN-Division der DEG, Köln.

WICHTIGE ADRESSEN

IN DER BUNDESREPUBLIK
Botschaft des Königreichs Thailand
mit Konsularabteilung, Ubiestraße
45, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/35 50 65-68.

Hanaukonsulate in:
Königsallee 27, 4000 Düsseldorf,
Tel.: 0211/858 22 47.
Am Feentelch 14, 2000 Hamburg 76,
Tel.: 043/220 43 56.

Meglingerstraße 19, 8000 München
71, Tel.: 089/78 19 97.
Strohenbergstraße 43, 6050 Of-
fenbach, Tel.: 0611/88 02 51.
Thai Trade and Investment Center,
Bethmannstr. 58, 6000 Frankfurt 1,
Tel.: 0611/28 10 91-92.

Thailändisches Fremdenverkehrs-
büro, Bethmannstraße 58, 6000
Frankfurt 1, Tel.: 0611/29 57 04.
Thai Airways, Bettinstraße 62,
6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/74 02 86.
Thai Farmers Bank, Gänsemarkt 24-
28, 2000 Hamburg 36,
Tel.: 040/341411.

Bangkok Bank, Brandsende 6, 2000
Hamburg 1, Tel.: 040/5095080. (Eröff-
nung: 26. April 1984)

IN THAILAND
Botschaft der Bundesrepublik
Deutschland, 9, South Sathorn Road,
Bangkok, Tel.: 00662/286 42 23-27.

AUF EINEN BLICK

German-Thai Chamber of Com-
merce
P. O. Box 1728
Bangkok/Thailand
Telex-Nr. 82 836 GYCC TH
Tourism Authority of Thailand, Rat-
chadamnoen Nak Avenue, Bang-
kok.

Luthansa, 331 Silom Road, Bang-
kok, Tel.: 00662/234 15 50.
European Asian Bank, 28/1 Surosak
Road, Bangkok,
Tel.: 00662/233 8660-67.

EINREISE
Gültiger Reisepaß für einen Auf-
enthalt bis zu vierzehn Tagen.

WÄHRUNG UND DEISEN
1 Baht = 100 Stangs. 100 Baht = ca.
12 DM.

ASEAN TRADE FAIR '84
Vom 26. Oktober bis 4. November
1984 hält die ASEAN Trade Fair in
Bangkok ihre Pforten geöffnet. Die
Mitgliedsländer der ASEAN wer-
den dort ihre wirtschaftliche Ein-
heit und Stärke in einer Gemein-
schaftsdemonstration vorführen.

Nähere Informationen: The Secre-
tariat ASEAN Trade Fair '84, De-
partment of Commercial Relations,
Ministry of Commerce 22/77 Ratcha-
dapisek Road, Bangkok, Khan
Bangkok-10 900 Thailand. Tel.
511 5066 77 Telex: 82 354 THC TH.

ZEITGENÖSSISCHE GRAPHIK AUS
THAILAND
ist noch bis zum 3. Mai in Bonn,
Institut für Auslandsbeziehung, zu
sehen, darunter der Garuda von
Chuang Moopinit, der auf der Ti-
telseite abgebildet ist.



TAPIOKA / Schwergewichtige Wurzel für den thailändischen Export

Basis eines sinnvollen Joint venture

Bei einem Blick auf die Exportsta-
tistik Thailands fällt ein Produkt
auf, das das Schwergewicht der Liefe-
rungen in die Bundesrepublik
Deutschland ausmacht: Tapioka. Es
handelt sich dabei um die Wurzel ei-
ner Pflanze, in anderen Ländern Ma-
niok genannt, der Südkartoffel ver-
gleichbar, die in der Bundesrepublik
als Tierfutter Verwendung findet.

An der Tapioka zeigt sich zugleich,
daß eine solche Wurzel vielmehr zu
bieten hat, als etwa nur die Mast von
Schweinen, daß sich darum vielmehr
ein ganzer Strauß wirtschaftlicher
Beziehungen rankt. Das fängt damit
an, daß man für die Böden, auf denen
die Tapioka wächst, Dünger braucht,
und dieser kommt unter anderem aus
der Bundesrepublik, von der BASF,
die jährlich 470.000 Tonnen liefert mit
einem Gegenwert von 100 Millionen
Mark.

In Gegenrichtung erreichen 1,2
Millionen Tonnen Tapioka die Bun-
desrepublik, von insgesamt 5 Mil-
lionen Tonnen, die in die EG geliefert
werden. Größte Firma, die diesen Wa-

renfluß steuert, ist die Chao Phya Co.,
eine Tochter der Metro Group in
Bangkok. Die Metro Group ist nach
der staatlichen Öl-Gesellschaft im-
merhin das zweitgrößte Unterneh-
men in Thailand, mit einem Jahres-
umsatz von 2 Milliarden Mark.

Um die Futterwurzel geht es auch
bei einem Joint venture zwischen der
Hamburger Firma Krohn und Chao
Phya Co. Dieses Joint venture hat
einen Wert von 8 Millionen Mark, und
es bringt deutsche Maschinen zum
Einsatz.

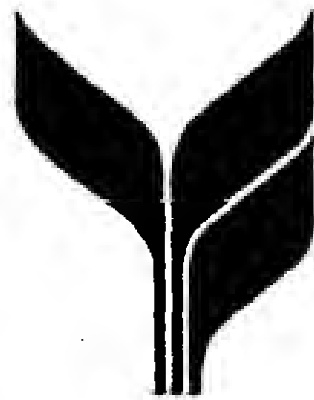
Die Thais würden gerne den
Tapioka-Export nach Europa ver-
stärken, aber die fünf Millionen sind
die Grenze, die von der Europäischen
Gemeinschaft gesteckt worden ist.
Darüber hinaus müßten hohe Zölle
bezahlt werden, die den Absatz un-
wirtschaftlich werden ließen. Die
Produktion zu erhöhen, wäre für die
Thais kein Problem, denn die Tapi-
oka läßt sich sehr einfach anbauen, wie
der Deutschland-Direktor von Chao
Phya Co., Veera Chaitanpongse, in
Hamburg erläutert: „Schneide eine

Wurzel in sieben Stücke, und du hast
sieben Tapioka-Pflanzen.“ Die EG
hat ihrerseits natürlich die Interessen
der europäischen Bauern im Blick-
punkt, und sie versucht sie zu über-
zeugen, auf europäische Futterpflan-
zen umzustellen.

Daß man in Brüssel an die fünf
Millionengrenze herangehen werde,
hält Veera Chaitanpongse für wenig
wahrscheinlich, denn schließlich
könnte man sich damit ins eigene
Fleisch schneiden, denn jede Tonne
Tapioka weniger bedeutet geringe-
ren Bedarf an Dünger.

Jedenfalls die Bundesrepublik
Deutschland setzt auf einen verstärk-
ten Wirtschaftsaustausch mit Thai-
land, dies wurde nicht zuletzt da-
durch unterstrichen, daß Bonns Bot-
schafter in Bangkok, Hans-Christian
Lankes, dem Vorstandsvorsitzenden
der Metro Group eine hohe deutsche
Auszeichnung verlieh für seine „her-
vorragende Rolle bei der Förderung
der deutsch-thailändischen Wirt-
schaftsbeziehungen.“ H. H.

Wir begrüßen
His Excellency
General Prem Tinsulanonda
Prime Minister
bei uns in Deutschland



Thai Farmers Bank Limited
Hamburg Branch
Gänsemarkt 24-28
2000 Hamburg 36

Thai Farmers Bank Limited Head Office, Bangkok · 249 Filialen in Thailand · Vertretungen in: Hamburg, London, New York, Los Angeles, Houston/Texas und Hongkong.
Kapital: Baht 2 Milliarden (voll eingezahlt) · Reserven: rd. Baht 3,9 Milliarden · Bilanzsumme: rd. Baht 83 Milliarden



The Metro Group of Companies

Metro Co Ltd MC Broker Co Ltd

180-184 Metro Bldg, Rajawongse Road, Bangkok 10100, Tel: 222-9154-60, 221-1161, 221-8261, 222-4528, 221-8273
Telex: 82271, 81158, 81113, 84303, 84081 METROCO TH

UMC International Corp Ltd

177 United Flour Mill Bldg, Rajawongse Road, Bangkok 10100
Tel: 223-0470-9, 223-2160-2, 223-0114-20, 223-0901-9, 223-2164-6, Telex: 82230, 82203, 20258 UMC TH

United Flour Mill Co Ltd

United Grains Co Ltd

UGC Warehousing Co Ltd

United Silo and Services Co Ltd

International Warehousing Co Ltd

Thai UFM Marketing Co Ltd

Siam Flour Trading Co Ltd

177 United Flour Mill Bldg, Rajawongse Road, Bangkok 10100
Tel: 223-0470-9, 223-2160-2, 223-0114-20, 223-0901-9, 223-2164-6, Telex: 84631 UFM TH

MC Shipping and Agency Corp Ltd

177 United Flour Mill Bldg, Tel: 222-9154-60, Telex: 20379 MCSHIP TH

Thai Central Chemical Co Ltd

205 United Flour Mill Bldg, Rajawongse Road, Bangkok 10100, Tel: 222-7142, 222-7149, 222-7154,
Telex: 82350 TCNCHEM TH

Bangkok Steel Industry Co Ltd

205 United Flour Mill Bldg, Rajawongse Road, Bangkok 10100,
Tel: 222-7166-7, Telex: 84631 UFM TH

NIM Co Ltd

205 United Flour Mill Bldg, Rajawongse Road, Bangkok 10100, Tel: 223-0470-9, Telex: 84631 UFM TH

Chao Phya Co Ltd

717 Soi 55, Sukhumvit Road, Bangkok 10110
Tel: 392-1916, 392-1918, 392-1870, Telex: 72079 CHAPYCO TH

OVERSEAS BRANCHES

Hong Kong:

CPAC Trading Co. Ltd.,
11th Floor, The Commercial Bank of Hong Kong Bldg.,
120 Des Voeux Road, Central Hong Kong, Tel: 5-410400,
Telex: 66231 CPACTHX

Singapore:

CPAC International Trading Pte. Ltd.,
09-09 Manhattan House 151, Chin Swee Road,
Singapore 0316
Tel: 7336711, Telex: RS20312 UMC CPS

USA:

Central Pacific Ex-Im Corp.
Suite 809 Interfin Bldg, 1400 Post Oak Blvd.,
Houston TX 77056
Tel: 4390701-4390708, Telex: 203359 CPACUR
(023) 4620211 CPACUI

*We welcome the visit to Hamburg of H. E. General Prem
Tinsulanonda, the Prime Minister of Thailand for the grand
opening of Bangkok Bank Ltd., Hamburg Branch*

with the compliments of



Central Pacific Ex-Im (Europe) GmbH

Neuer Wall 69, 2000 Hamburg 36 • Tel.: (0 40) 3 61 20 20 - Tlx: 21 44 660 cp d
The largest Thai Company in Europe and the Hamburg Branch of Metro Group of Companies in Thailand

UNTERNEHMER SCHNEIDER / Zahnpaste-Idee

Man muß ein Gefühl der Sicherheit vermitteln

Hartmut Schneider war ein junger Mann, als er 1953 für ein Hamburger Handelshaus nach Thailand kam. 1956 gründete er seine erste eigene Firma zur Vertretung europäischer Firmen. 1961 entschloß er sich, Fabrikant zu werden und Aluminiumtuben zu produzieren.

Die Idee dazu kam ihm beim Zähneputzen. Zahnpaste wurde damals importiert. Es hätte keinen Sinn gehabt, sie lokal herzustellen, weil es an Tuben zur Verpackung fehlte. „Aluco“ wurde damit eine der ersten Auslandsfirmen und der erste deutsche Fabrikationsbetrieb, der die Förderungsprivilegien des damals brandneuen „Board of Investment“ erhielt. Heute beschäftigt Aluco fünf hundert Arbeiter und Angestellte. Nach Fertigstellung der geplanten Expansion werden es siebenhundert sein.

Als Schneider 1961 begann, sagte man ihm, er sei verrückt, er würde Schiffbruch erleiden. Weshalb Schneider dennoch Erfolg hatte, erklärt er in einem Gespräch mit der WELT.

Schneider: Wir haben eine Hausgewerkschaft, die sich aber mehr als Bindel zwischen den Arbeitern und der Firmenleitung denn als Opposition versteht. In all den Jahren haben wir nie einen Streik gehabt. Und das, obwohl wir es ablehnen, über die Höhe der Löhne zu verhandeln. Unsere Gewerkschaft akzeptiert das, wir zahlen ohnehin mehr als die Konkurrenz. Wir verhandeln mit unserer Gewerkschaft z. B. über die ärztliche Versorgung, die wir voll übernehmen, über Geld bei Kindsgeburten oder Todesfällen, über Kredite für Landkauf und zum Hausbau. Man kann sagen, daß den Thais der wirtschaftliche Erfolg und die Stabilität der Firma wichtiger ist als die Höhe der Löhne. Für sie ist wichtig, daß ihnen der Arbeitsplatz ein Gefühl der Sicherheit, der Geborgenheit und der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft gibt.

WELT: Welche Erfahrung haben Sie im Umgang mit Behörden? Schneider: Man redet viel von Schwierigkeiten und Korruption. Das schreckt manchen potentiellen Auslandsinvestoren ab. Ich meine, das Gerücht besteht zu Unrecht. Gewiß, es gibt sie, aber nicht mehr als überall. Jedenfalls hat unsere Firma alle Genehmigungen ohne besondere Um-

stände erhalten. Auch haben wir in all den Jahren noch nie Schmiergeld bezahlt. Es kommt darauf an, wie man mit der Bürokratie umgeht.

WELT: Soll ein Auslandsunternehmer den Umgang mit Behörden seinem einheimischen Partner überlassen?

Schneider: Auf gar keinen Fall. Sonst kann es ihm passieren, daß er ganz schön ausgenommen wird. Ich kann nur jedem potentiellen Auslandsinvestor empfehlen, bei Verhandlungen mit der Beamtenschaft dabei zu sein. Wenn der Thaipartner aufrichtig ist, wird er das begrüßen und der Beamte wird es schätzen, vom Ausländer nicht ignoriert zu werden.

WELT: Zahlreiche Auslandsfirmen klagen über Steuern?

Schneider: Die Steuern sind zu hoch, vor allem wenn man bedenkt, daß Thailand ein Entwicklungsland ist. Wir werden doppelt besteuert. Erst auf den Firmengewinn, dann auf die ausgeschütteten Dividenden.

WELT: Weshalb wollen Sie expandieren?

Schneider: In Thailand wächst nicht nur die Bevölkerung. Es wächst auch der Lebensstandard. Damit wächst die Nachfrage. Zudem sehen wir gute Chancen im Ausbau unseres Exportgeschäfts. Wir exportieren zur Zeit 30 bis 40 Prozent unserer Fabrikation in die ASEAN-Länder, nach Australien, Japan und Amerika. Unser Vorteil liegt darin, daß wir schnell liefern und auf Kundewünsche eingehen können.

WELT: Meinen Sie, daß Deutsche in Thailand Chancen verpassen? Schneider: Allerdings. Die Deutschen haben zu viele Vorurteile gegenüber Thailand.

Internationale Sonderbeilage THAILAND

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Redaktion und Gestaltung: H.-H. Holzner, Bonn

Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Internationale Sonderbeilage

Stella Gesellschaft mbH & Co. KG, Leo C. F. Bursky, W 180 10 84

UMFRAGE DER HANDELSKAMMER / Zufriedenheit und Bereitschaft

Erfahrung lautet: Lieber zwei Koffer öffnen als einen packen

Die Deutsch-Thailändische Handelskammer (DTHK) hat die etwa 75 deutschen Firmen, die im Lande engagiert sind, nach ihren praktischen Erfahrungen befragt. Die Befragung lief in den Monaten April/Mai des vergangenen Jahres, das Ergebnis liegt jetzt vor.

Bei den Motiven für eine Niederlassung in Thailand wurde eine ganze Reihe von Gründen angegeben. Sie reichen von historisch gewachsenen Geschäftsbeziehungen bis hin zu einer erst jüngst entwickelten Firmenstrategie. Letztere wurde bestimmt durch die Exportorientierung bestimmter Branchen, die es notwendig machte, weltweit aufnahmefähige Märkte zu entdecken. Diese Voraussetzungen wurden für Thailand beachtet und führten zunächst zum Aufbau eines Vertriebs durch bereits ansässige Unternehmen. Erst die Zunahme des Geschäftsvolumens und der steigende Bedarf an begleitenden Serviceleistungen legten die Entscheidung für eine eigene Niederlassung nahe.

Bei der Frage, ob man im Allein- oder im Partnergeschäft in Thailand engagieren wolle oder ob eine thailändische Kapitalbeteiligung ins Auge gefaßt worden sei, gab die Mehrheit der befragten Firmen an, die Kapitalmehrheit sei deutsch, doch wenn und soweit die kapitalmäßige Beteiligung eines thailändischen Partners aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Erwägungen heraus sinnvoll erschiene, würde man nicht zögern, diesen Schritt zu tun.

Weniger Probleme mit den Behörden

Neben dem Ausklammern rechtlicher Schwierigkeiten wurde als Grund dafür angegeben, daß man ruhig eine thailändische Beteiligung suchen sollte, daß es geringere Probleme im Umgang mit den thailändischen Behörden gebe und daß dadurch die Kreditwürdigkeit bei lokalen Geschäftspartnern und Banken gehoben würde.

Der sich zwangsläufig ergebende geringere Einfluß auf die Geschäftspolitik wird demgegenüber nicht als Hinderungsgrund gesehen, weil erfahrungsgemäß auch bei Firmen mit

thailändischer Mehrheit die Konzeption der Geschäftspolitik den deutschen Partnern überlassen blieb. Die thailändische Seite war mehr an den laufenden Erträgen aus ihrer Beteiligung und der repräsentativen Funktion des Präsidenten der Gesellschaft interessiert.

Befragt zum laufenden Geschäftsbetrieb, wurde übereinstimmend geantwortet, daß die infrastrukturellen Voraussetzungen für Aufbau und Betrieb der Niederlassung in Thailand insgesamt zufriedenstellend seien. Verkehrs- und Transportsysteme wurden als leistungsfähig und preiswert bezeichnet. Kritisiert wurden in Einzelfällen die Einrichtungen der Telekommunikation - die Versorgung von Telefon-Neuanschlüssen sei teilweise mit Wartezeiten von bis zu vier Jahren verbunden, die Übernahme bereits bestehender Anschlüsse sei kostspielig.

Als zufriedenstellend wird die Elektrizitätsversorgung bezeichnet. Die klimatische Bedingung ständiger erforderlicher Kühlung, insbesondere von Büroräumen, schlägt sich in relativ hohen Stromrechnungen nieder. Gleichwohl halten sich Stromunterbrechungen innerhalb der Landeshauptstadt in Grenzen. Nicht so günstig sieht es in der Provinz aus. Ein Lob verdient sich bei den ausländischen Firmen das Bankensystem. Es gilt als effizient und gut organisiert.

Daß während des Betriebs weiterhin der Umgang mit den Behörden zu pflegen ist, wird als notwendig akzeptiert. Probleme gibt es indes beim Zoll; insbesondere Importprodukte, die ihrer Klassifizierung nach auch als lokal hergestellt gelten, werden mit sehr hohen Zöllen belegt. Dabei erfüllen häufig bereits geringfügige Änderungen des Produkts bis hin zu bloßen Verpackung den Tatbestand der lokalen Herstellung.

Neue Probleme tauchten im Gebiet des Umweltschutzes auf. Einige Unternehmen mußten auch nach Erteilung der Betriebserlaubnis eine Prüfung der Umweltverträglichkeit hinnehmen. Da die zuständigen Behörden mit den noch verhältnismäßig jungen Vorschriften wenig Erfahrung haben, ist es gelegentlich zu behördlichen Überreaktionen bis hin zur zeitweiligen Schließung des Betriebes

gekommen. Es empfiehlt sich, durch entsprechende Unterrichtung der Anwohnerschaft auch zu dieser ein spannungsfreies Verhältnis zu schaffen, da in Thailand auch Einzelpersonen gegen Betriebserlaubnis ein Anspruchsberechtigt sind.

Im Personalbereich wird darauf hingewiesen, daß ein ganz wesentlicher Schlüssel zum Erfolg des Unternehmens die richtige Motivation der thailändischen Arbeitnehmer sei. Das Bemühen um Verständnis der thailändischen Mentalität, der Aufbau einer über das rein Geschäftsmäßige hinausgehende persönliche Beziehung und materielle Anreize können maßgeblich dazu beitragen, die Mitarbeiter dauerhaft für die Firma zu gewinnen und ihre Leistungsbereitschaft zu stärken. Nicht der harte und selbstbewußte Manager ist gefragt, sondern derjenige, der Sensibilität und Anpassungsfähigkeit zeigt, gepaart mit einem hohen Maß an Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen.

Kernpunkt Arbeitszeit

Das Arbeitsrecht ist im National Executive Council announcement Nr. 103 von 1972 modifiziert. Zu den Kernpunkten gehört die Regelung einer Arbeitszeit von maximal 48 Wochenstunden, von mindestens sechs Arbeitstagen Urlaub pro Jahr bei einjähriger Betriebszugehörigkeit und ein gesetzlicher Mindestlohn, der alljährlich neu festgesetzt wird und zur Zeit in Bangkok 66 Baht beträgt.

Die Arbeitskosten sind im Vergleich zur Bundesrepublik niedrig. Nicht nur die Löhne sind geringer, auch die Lohnnebenkosten, die mit durchschnittlich zehn Prozent angegeben werden.

Günstig sind auch die Wachstumsrate des BIP und die Inflationsrate, die in den vergangenen Jahren erheblich gedrückt werden konnte. Auch für die Zukunft zeigten sich die befragten Firmen zuversichtlich. Das Investitionsklima wurde generell als positiv beurteilt. Sie waren überwiegend bestrebt, ihr Engagement zu intensivieren und zu expandieren. Keiner der Befragten saß auf gepackten Koffern.

P. B.-K.

BUSINESS-KLIMA / An der Weltspitze

Rahmenbedingungen sind hier in Ordnung

Man sollte, sagte Werner H. Striegel auf der Konferenz über die Märkte Südostasiens, die vom Ifo-Institut in München Ende Oktober des vergangenen Jahres durchgeführt wurde, „stärker solche Märkte in die Verkaufs- und Investmentstrategie einbeziehen, deren zukünftige Wachstumsrate doppelt so hoch wie die der Europäischen Gemeinschaft sein wird“. Dabei dachte er auch und vor allem an Thailand; ein Land, dessen „Business-Klima“ von Experten, wie auf der Ifo-Konferenz vorgetragen wurde, im Herbst 1983 als „gut“ bezeichnet wurde und das damit die Spitzenposition der Länder Südostasiens einnahm vor Taiwan, Südkorea, Hongkong, Singapur, Malaysia, Indonesien und dem Schlußlicht Philippinen. Immerhin brauchte sich das „Klima“ in Thailand nicht vor dem der USA zu verstecken, war mithin nach den Ifo-Untersuchungen günstiger als etwa in Japan und der Europäischen Gemeinschaft.

Der günstige Wert für Thailand war nicht nur eine Zustandsbeschreibung für den Herbst '83, sondern die Experten prognostizierten auch für die nächsten sechs bis zwölf Monate für Thailand, Taiwan und Hongkong günstige Entwicklungen.

Dieses Bild wird ergänzt von den Informationen, die Patrot Somporit, der Wirtschaftsattaché im Thai Trade and Investment Center, Frankfurt, liefern konnte. Danach wuchs Thailand eine wirtschaftliche Wachstumsrate in 1983 von 5,5 Prozent auf, gegenüber minus 0,2 des gesamten Westens. Auch Spitzenreiter USA kommt nach diesen Angaben, die Untersuchungen der Chemical Bank als Grundlage haben, nur auf 2,9 Prozent.

Verblüffender noch wird diese Feststellung bei einem Blick auf die vergangenen Jahre. 1979 etwa lag die Wachstumsrate im Westen bei 6,7 Prozent, in Thailand bei 6,1. Dann ging die Entwicklung auseinander, während sie im Westen in den Jahren 1981 und '82 durch eine Wirtschaftsentwicklung von minus 0,1 beziehungsweise minus 1,5 Prozent gekennzeichnet war, konnte sie in Thailand auf dem Stand von 6,3 bezie-

hungsweise 4,2 Prozent in diesen beiden Jahren gehalten werden.

Auch ein Blick auf die Inflationsrate bestätigt das solide thailändische Bild. Nach Angaben des International Monetary Fonds (Internationaler Währungsfonds) betrug sie 1983 3,5 Prozent und damit exakt die gleiche Marke wie in der Bundesrepublik. In der gesamten westlichen Welt dagegen lag die Marke bei immerhin 9,2 Prozent.

Diese Stabilität hatte natürlich auf die Investitionstätigkeit Auswirkungen. Das Board of Investment berichtete, daß 1983 um 70 Prozent mehr Investitions-Vorhaben gefördert werden konnten. So wurde 1983 die Zahl von 341 erreicht, mithin ein Höchststand innerhalb der letzten fünf Jahre. Im Vergleich zu 1982 eine Steigerung auf 56 Millionen Baht, das entspricht einer Erhöhung um 161 Prozent. Das Board of Investment führt dies neben den günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen darauf zurück, daß der Kapitalmarkt über genügend Liquidität verfügte, daß die Ölpreise stabil blieben und sich die Wirtschaftserholung in den USA konsequent entwickelte. Schwerepunkte im Investitionsbereich, laut Board of Investment, sind der chemische, der petrochemische, der agrochemische Bereich sowie die Zement- und Glasindustrie.

Zum Schutz von Kapitalanlagen zwischen Thailand und der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 ein Abkommen in Kraft, ein Doppelbesteuerungsabkommen besteht seit 1968.

Begünstigt werden Investitionen in Thailand auch insoweit, als ein guter Arbeitsmarkt vorhanden ist. So ist auf Grund eines strengen Erziehungssystems die Analphabetenrate verschwindend gering. Die Gehälter sind auch im Vergleich mit anderen asiatischen Staaten günstig. Es liegen Zahlen vor aus Ende '81, die die Mindestlöhne mit 64 Baht pro Tag für die Region Bangkok, mit 61 für die Zentralregion und mit 52 für den Norden und Nordosten angeben. Das durchschnittliche Monatsgehalt eines Facharbeiters betrug etwa 3000 Baht, das eines Ungelernten etwa 2000 Baht im Monat.

H. B.

KROHN & CO.

IMPORT - EXPORT
(GMBH & CO. KG)

FEED PRODUCTS
DERIVATES - OILSEEDS
TAPIOCA



Blumenstraße 59
2000 Hamburg 60

Telefon (0 40) 46 65-1
Telex 02 17 012-0 kcd

INVESTIEREN IN THAILAND

Ihr neuer Industriestandort

DAS ATTRAKTIVE ANGEBOT FÜR INVESTOREN:

- Stabile politische Lage, keine Rassen- und Religionsunruhen
- Durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7 % p. a., Inflationsrate unter 6 %
- Gut ausgebaute Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen
- Expandierender Markt der 48 Millionen Einwohner, freie Marktwirtschaft, lernfähige und leistungsfähige Arbeitskräfte
- Liberales Ausländergesetz, es gewährt in der Regel ausländischem und einheimischem Investitionskapital die gleiche Behandlung
- Liberale Devisenein- und -ausfuhr, zahlreiche Steuerprivilegien
- Eine Vielzahl von Industriegebieten, u. a. Export Processing Zone

Nehmen Sie bitte mit uns den Kontakt auf. Beratung und individuelle Information erhalten Sie gern durch

Thai Trade and Investment Center

THAILAND OFFICE OF THE BOARD OF INVESTMENT

Bethmannstraße 58

6000 Frankfurt/Main

Telefon: 06 11 / 28 10 91-92 · Telex 4 189 399 ttic d

ERLEBEN SIE DAS EXOTISCHSTE LAND ASIENS.

Thailand. Mit seinen märchenhaften Tempeln und uralten Städten, mit seiner üppigen, tropischen Flora und seinen goldenen Stränden ist dieses exotische Land einmalig unter allen orientalischen Reisezielen.

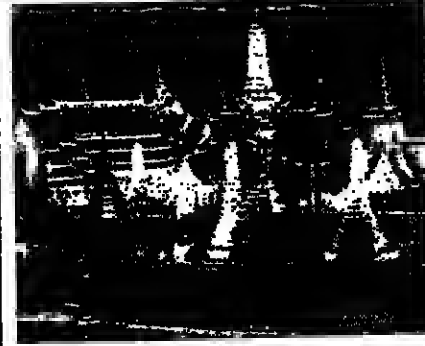
Ihre Kunden erwarten ein herzliches Willkommen von der freundlichen Bevölkerung dieses sanftmütigen Landes.

Sie können Ihren Urlaub mit einer Besichtigung der schwimmenden Märkte beginnen, an denen auch saftig gelbe gekleidete Mönche vorbeikommen.

Dann geht es weiter zu den Märkten, wo thailändisches Kunstwerk und Schmuck zu unschlagbaren Preisen angeboten werden.



SHOPPING IN BANGKOK



DER GROSSE PALAST

Kommen Sie bald nach Thailand, um eine Exotik zu erleben, von der Sie noch lange träumen werden.



KAP PHROMTHEP BEI PHUKET

An Thailandisches Fremdenverkehrsministerium, Bethmannstraße 58, 4. Stock, D-6000 Frankfurt (Main). Bitte senden Sie mir kostenloses Prospektmaterial über Thailand.

Name: _____

Adresse: _____

Stadt: _____

Staat, Postleitzahl: _____

Thailand